



Plenarprotokoll

51. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 24. Januar 2002

Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein ..	3799	Silke Hinrichsen [SSW]	3805, 3810
Landtagsbeschluss vom 16. November 2001		Dr. Johann Wadephul [CDU]	3806, 3810
Drucksache 15/1306 Nr. 3		Holger Astrup [SPD]	3807
Bericht der Landesregierung		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3808
Drucksache 15/1499		Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:	3809
Antrag der Fraktion der CDU		Anke Spoorendonk [SSW]	3811
Drucksache 15/1530		Dr. Ekkehard Klug [FDP]	3812
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	3799	Klaus Schlie [CDU]	3812
Torsten Geerds [CDU]	3801	Klaus-Peter Puls [SPD]	3813
Birgit Herdejürgen [SPD]	3802	Martin Kayenburg [CDU]	3814
Dr. Heiner Garg [FDP]	3803, 3808		
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3804, 3811	Beschluss: 1. Überweisung des Berichts Drucksache 15/1499 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Bildungs-	

ausschuss zur abschließenden Beratung 2. Überweisung des Antrages Drucksache 15/1530 an den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss	3815	Landtagsbeschluss vom 22. Februar 2001 Drucksachen 15/735 und 15/759 Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1408	
Gemeinsame Beratung	3815	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	3837
a) Senkung der Sozialversicherungsbei- träge für niedrige Einkommen	3815	Caroline Schwarz [CDU]	3840
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1494		Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]	3842
		Dr. Ekkehard Klug [FDP]	3844
		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3846
		Anke Spoorendonk [SSW].....	3848, 3851
		Jürgen Weber [SPD]	3850
b) Neuorientierung des Arbeitsmark- tes	3815	Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]	3852
Neuregelung der geringfügigen Be- schäftigung		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3852
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1497		Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3853
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3815, 3828	Beschluss: Überweisung an den Bildungs- ausschuss.....	3854
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3817	Zukunft der Regionalisierungsmittel	3854
Wolfgang Baasch [SPD]	3820	Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1506	
Roswitha Strauß [CDU]	3822, 3829	Gerhard Poppendiecker [SPD].....	3854
Silke Hinrichsen [SSW]	3824	Uwe Eichelberg [CDU]	3855
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, So- ziales, Gesundheit und Verbraucher- schutz.....	3826	Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	3856
Beschluss: Überweisung an den Sozial- ausschuss und den Wirtschafts- ausschuss.....	3829	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3858
Liberalisierung des Wettbewerbsrechts ..	3829	Lars Harms [SSW]	3858
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1504		Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr.....	3859
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	3829	Beschluss: Annahme	3860
Thomas Rother [SPD]	3830	Konzept zur Herstellung von Chancen- gleichheit beim Qualitätswettbewerb der strukturschwachen Regionen im „Re- gionalprogramm 2000“	3860
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	3831	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1514	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3833	Lars Harms [SSW]	3861
Lars Harms [SSW]	3833	Jutta Schumann [SPD].....	3862
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	3834	Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	3862
Uwe Greve [CDU]	3835	Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	3864
Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU].....	3836	Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3866
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3836	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirt- schaft, Technologie und Verkehr.....	3867
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschafts- ausschuss.....	3837		
Haus der Geschichte	3837		

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss..... 3868

Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Wirtschaft..... 3868

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/1507

Birgit Herdejürgen [SPD]..... 3868

Manfred Ritzek [CDU]..... 3869

Dr. Ekkehard Klug [FDP] 3871

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 3872, 3876

Silke Hinrichsen [SSW] 3874

Wolfgang Kubicki [FDP] 3875

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr..... 3876

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung ... 3877

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen allen einen schönen Morgen! Das Präsidium beabsichtigt, die Beratungen wiederaufzunehmen. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Humboldt-Schule, Kiel, sowie Unteroffiziere der Luftwaffe als Gäste der Hermann-Ehlers-Akademie zu Kiel begrüßen. - Allen Besucherinnen und Besuchern ein herzliches Willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Nach Mitteilung der Fraktionen ist Frau Abgeordnete Dr. Gabriele Kötschau beurlaubt. Frau Abgeordnete Monika Heinold ist erkrankt. Wir wünschen Frau Heinold von dieser Stelle aus gute Besserung!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein. Entsprechend der Vereinbarung rufe ich Tagesordnungspunkt 37 auf, der gestern aus Zeitgründen nicht mehr aufgerufen wurde:

Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 16. November 2001

Drucksache 15/1306 Nr. 3

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1499

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1530

Für die Landesregierung erteile ich Frau Jugendministerin Lütkes das Wort zum Bericht.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen in Erfüllung des Beschlusses vom November 2001 den Bericht über **Angebote der Prävention** bei Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein vorgelegt. Dieser Bericht steht in engem Kontext mit der gestrigen Debatte über den Umgang mit dem Rechts extremismus in der Bundesrepublik, aber auch in Schleswig-Holstein. Der Bericht geht zunächst von dem **Präventionsbegriff der Vorbeugung** aus, der seinen Ursprung in der Medizin, aber auch in der Kriminalpolitik hat. Er beinhaltet die Vorbeugung von Gewalt als Mittel gegen die Verschlechterung eines Zustandes.

Wir gehen ebenso wie die Fachwelt davon aus, dass dieser Begriff für die Aufgabe, mit Gewalt in dieser

(Ministerin Anne Lütkes)

Gesellschaft sowie mit dem Rechtsextremismus fertig zu werden, zu eng gefasst ist. Der Präventionsbegriff muss auf die Akzeptanz der Aufgabe, ein Lebenskonzept zu entwickeln, erweitert werden. Es geht um das Konzept, Kindern und Jugendlichen eine Kultur des Aufwachsens zu garantieren. Es geht um eine Aufwachskultur, die von einer Gesellschaft geprägt ist, die die kulturelle Bedeutung ihrer aktuellen Situation ernst nimmt. Es geht um eine Kultur, die von Wissen, Bildung, ethischen Grundsätzen und der Verantwortungsübernahme für den anderen geprägt ist. Es geht um eine Kultur, die geprägt ist von Aufrichtigkeit und rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Kinder und Jugendliche werden die Verantwortung für diese Gesellschaft nur übernehmen können, wenn sie eine grundsätzlich positive und wissensgeprägte Einstellung zu dieser Gesellschaft haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Daher nehme ich an dieser Stelle die Gelegenheit wahr, dem Kinderschutzbund und allen Verbänden der Jugendhilfe zu danken. Ich danke aber auch allen, die sie dabei unterstützt haben, dass im vergangenen Jahr die Kampagne „Mehr Respekt vor Kindern“ sehr erfolgreich durchgeführt worden ist. Insbesondere danke ich auch dafür, dass die Träger dieser Kampagne sich dazu bereit erklärt haben, sie in 2002 fortzuführen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten Torsten Geerds [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Unser Ziel muss sein, die Grundeinstellung zu Gewalt in dieser Gesellschaft zu verändern. Dazu gehört die Akzeptanz des **Rechts auf eine gewaltfreie Erziehung**. Das darf nicht nur in Form von Presseerklärungen geschehen, sondern muss in Form von grundsätzlichen Einstellungen geschehen, deren Umsetzung beispielsweise in Schweden nach einigen Jahren intensiver Arbeit gelungen ist. Daher gilt mein Dank auch allen in diesem hohen Hause, die diese Kampagne unterstützt haben und sie weiter tragen werden.

Einstellungen werden auch durch das Alltagsgeschehen in der Politik geprägt. Herr Präsident, insofern erlauben Sie mir an dieser Stelle die Bemerkung, dass auch das Umgehen mit rechtsstaatlichen Verfahren Bedeutung hat, wenn wir über Einstellungen zur Zivilgesellschaft diskutieren. Insofern erlaube ich mir die Bemerkung, dass das Verhalten des Bundesinnenministeriums sicher nicht hilfreich war.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Gerade das höchste Verfassungsorgan, das Bundesverfassungsgericht, muss in jeder Lage des Verfahrens geachtet werden. Der Sachvortrag muss umfassend sein.

Wenn wir über die **Kultur des Aufwachsens** sprechen, dann sprechen wir auch von Vorbildern. Jeder Mensch macht Fehler, aber wir müssen uns alle bemühen, diese **Vorbildfunktion** - auch in der Politik - zu erfüllen. Ich bin sicher, dass sich die Landesregierung dieser Verantwortung bewusst ist und dass die Landesregierung sich gerade dieser Kultur verpflichtet fühlt. Sie muss nicht - wie es am Ende der gestrigen Debatte anklang - den Vergleich mit anderen Landesregierungen scheuen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Was die **rechtsstaatlichen Grundsätze** angeht, muss sie gerade den Vergleich mit Ländern nicht scheuen, in denen die FDP an Regierungen beteiligt ist. Wenn wir darüber sprechen, dass wir Präventionsaufgaben zu erfüllen haben, müssen wir auch darauf achten, dass die Reaktion auf strafrechtlich relevantes Verhalten bei Jugendlichen rechtsstaatlich ist. Gerade die Vorschläge, die von Regierungen unter Beteiligung der FDP gemacht werden, beispielsweise das Jugendgerichtsverfahren zu verwässern, sind nicht geeignet, die Einstellung der Jugendlichen zu dieser Zivilgesellschaft positiv zu unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aus der Ferne ist es leicht, die Hände in Unschuld zu waschen. Die eigenen Grundpositionen durchzuhalten, ist aber auch in der Politik entscheidend und hat Vorbildcharakter. Ich wiederhole, dass wir hier Vergleiche nicht zu scheuen haben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In diesem Sinne leistet die Landesregierung weiter Präventionsarbeit. Wir werden im Sinne des Auftrags des Landtags intensiv die Zusammenarbeit mit den Kommunen fördern und fortsetzen. Ich bin mir in diesem Punkt einer breiten gesellschaftlichen Übereinstimmung sicher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Torsten Geerds das Wort.

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat in seiner Sitzung am 16. November 2001 beantragt, zu dieser Tagung einen Bericht über das Angebot an präventiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Extremismus und der Ausländerfeindlichkeit vorzulegen. Ich hätte mir von der Landesregierung bei der Auflistung dieser Maßnahmen etwas mehr Redlichkeit gewünscht. Oder können Sie mir die Frage beantworten, was zum Beispiel Prävention zum Thema Essstörung mit der Extremismusbekämpfung oder der Ausländerfeindlichkeit zu tun hat?

Sie listen hier Präventionsmaßnahmen jeglicher Art auf und tun so, als würden Sie damit Extremisten von links oder rechts bekämpfen können. Was hat das Projekt „Schutzengel“ mit dem Thema **Ausländerfeindlichkeit** gemeinsam? Dort werden präventive Angebote für Eltern zur Vermeidung von Erziehungsproblemen bei Kleinkindern angeboten. Was hat das in Schafflund existierende Projekt „Schule im ländlichen Raum - auf dem Weg vom Lernort zum Lebensort“ mit der Ausländerfeindlichkeit oder dem Extremismus zu tun?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Über so viel Ignoranz kann man nur stauen!)

Ich nenne weitere Beispiele, die hier aufgezählt werden - ganz ruhig, Frau Fröhlich, wir fangen doch erst an -: „Flux-Kinderwege für das Land“, „Sicherheitswesten für Erstklässler“, „Fahrradprüfungen“. Damit bekämpfen Sie den Extremismus in diesem Land!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Diese Fragen muss man zu einer Vielzahl der von der Landesregierung aufgezählten Projekte präventiver Jugendarbeit stellen. Was Sie hier vorgelegt haben, ist in weiten Teilen Aktionismus und die CDU-Landtagsfraktion hat ihre Zweifel daran, ob es richtig ist, jede jugendpolitische Initiative nur noch unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit und des Extremismus von links oder rechts zu stellen. Die jungen Menschen wollen sich nicht ständig in solche Ecken gestellt sehen. Die übergroße Mehrzahl der jungen Menschen ist ausländerfreundlich, tolerant und lehnt jede Form des Extremismus ab.

(Beifall bei CDU und FDP)

Neben den eben genannten Kritikpunkten schmückt sich die Landesregierung auch noch mit falschen Federn in dem Bericht. Unter den von Ihnen gelobten präventiven Maßnahmen befindet sich auch das Kinder- und Jugendtelefon sowie das Elterntelefon, also

ein Angebot für Kinder und Eltern, wo man ohne Hemmschwellen, ohne dass Kosten entstehen, unbürokratisch Hilfe abrufen kann. Hier werden ganz konkrete Hilfestellungen organisiert und Kontakte hergestellt, um Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sowie Gewalt unter Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Was ist es für eine Unaufrichtigkeit, dieses ehrenamtliche Angebot an Prävention als rot-grünen Erfolg zu nennen? Es waren im Dezember 2001 die Sozialdemokraten und die Grünen, die hier im hohen Hause eine finanzielle Unterstützung des Kinder- und Jugendtelefons abgelehnt haben.

(Zurufe von der CDU: Hört, Hört!)

Ihre in dem Bericht vorgelegte Aufzählung von Vereinen und Verbänden, die Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen unterbreiten, haben mit den Leistungen dieser Landesregierung nur wenig zu tun.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Erinnern muss ich Sie an dieser Stelle daran, dass SPD und Grüne den Antrag der CDU, für die **Förderung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit** 2 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung zu stellen, abgelehnt haben. Mit diesem Geld hätten die Jugendämter vor Ort gemeinsam mit den Aktiven der Jugendarbeit passgenaue Präventionsangebote entwickeln können. Es waren SPD und Grüne, die die Maßnahmen der **außerschulischen Jugendbildung** gekürzt haben. Und es waren SPD und Grüne, die dafür gesorgt haben, dass die Haushaltsmittel für die Jugendbildungsreferenten deutlich gekürzt worden sind. Diese Referenten sorgen dafür, dass die vielen Ehrenamtler der **Jugendverbandsarbeit** eine professionelle Unterstützung erhalten. Wo, wenn nicht in der Jugendverbandsarbeit, wird eigentlich mehr zur Bekämpfung von Jugendgewalt und Extremismus geleistet? SPD und Grüne haben hier allerdings die Mittel gekürzt.

Genau diese Fraktionen fordern jetzt eine Vernetzung bestehender Projekte. Das mag im Einzelfall richtig sein, aber bevor wir vernetzen, müssen wir uns über die finanziellen Grundlagen und die Ausrichtung einzelner geförderter Projekte überhaupt erst einmal unterhalten.

Insgesamt gilt: Wer das Augenmaß verliert und nur das Problem des Rechtsextremismus beschreibt, alle anderen Probleme aber ausblendet, trägt zur Abstumpfung in der Bevölkerung bei.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Torsten Geerds)

Ausländerfeindlichkeit und Extremismus sind in der Lebenswirklichkeit der jungen Generation nur ein Teilproblem und das muss in so einer Debatte genannt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Aber vielleicht - darauf freuen sich ja die Mitglieder aller Fraktionen - ergreift zu diesem Thema auch einmal die **Kinder- und Jugendbeauftragte** der Landesregierung das Wort.

(Beifall bei der CDU)

Die jungen Menschen werden sich noch stärker mit unserem Staat identifizieren, wenn wir uns mit ihren wirklichen Problemen befassen. Sie haben Zukunftsängste und verlangen von uns zum Beispiel besser ausgestattete Schulen, damit sie später eine Perspektive in ihrem beruflichen Fortkommen haben. Das sind die wirklichen Probleme der jungen Generation. Darüber müssen wir diskutieren. Was Sie vorgelegt haben, leistet aus unserer Sicht keinen Beitrag zu einer sachgerechten Diskussion über die Situation der jungen Generation.

(Beifall bei der CDU)

Die junge Generation ist nicht ausländerfeindlich und sie ist auch nicht links- oder rechtsextrem, sondern es ist eine ganz normale junge Generation.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] - Jürgen Weber [SPD]: Alles ist schön!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Herdejürgen das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Torsten Geerds, es ist offenbar nicht auf den ersten Blick erkennbar, welcher Zusammenhang zwischen den Angeboten, die Sie hier aufgeführt haben, oder beispielsweise einem Beachwork-Projekt, einem Unternehmensplanspiel und dem Thema des Berichts „Prävention von Rechtsextremismus bei Kindern und Jugendlichen“ besteht. Lieber Kollege, ich habe das Gefühl, dass Sie den Bericht gar nicht gelesen haben, denn offenbar ist Ihnen die Intention der **Primärprävention** entgangen. Das finde ich sehr schade. Es wäre schön, wenn Sie sich nicht nur in irgendwelchen Appellen an die Kinder- und Jugendbeauftragte wendeten, sich im Landtag zu Wort zu melden, sondern wenn auch Sie sich, wie es die Kinder- und Jugendbeauftragte macht, von Zeit zu Zeit mit Kindern und Jugendlichen unterhielten. Das wäre sehr hilfreich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Der Bericht stellt diesen Zusammenhang, den ich angesprochen habe, her und richtet das Augenmerk auf einen sehr nachvollziehbaren Ansatz von **vorbeugenden Maßnahmen**. Die jugendpolitische Zielsetzung präventiver Ansätze kann sich nicht auf die Bekämpfung des Phänomens Rechtsextremismus in scheinbar besonders gefährdeten Gruppen beschränken. Es geht vielmehr darum, sich mit den **Ursachen** von Gewalt, mit den Ursachen für die Attraktivität, die rechte Gruppierungen für Jugendliche haben, auseinander zu setzen. Es geht darum, die Präventivmaßnahmen zu Beginn dieser Ursachenkette zu verstärken und zu etablieren.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Herr Wadephul, natürlich sind gewaltbereite Jugendliche ein Problem, nicht nur im rechtsextremen Spektrum, und natürlich heißt Prävention gegen rechte Gewalt auch Prävention gegen **Gewaltbereitschaft** überhaupt. Das ist die Natur des primärpräventiven Ansatzes. Das hat Frau Fröhlich gestern schon angesprochen. Herr Wadephul, es reicht nicht, Forderungen zu formulieren, die die Wertevermittlung innerhalb der Familie in den Mittelpunkt rücken, ohne Ansätze zu bieten, wie dies wirkungsvoll umzusetzen ist. Die Bereitstellung von Geldern reicht da nicht.

(Klaus Schlie [CDU]: Bildungspolitik, Familienpolitik, da haben wir genug!)

Wenn Sie das glauben, kennen Sie die Realität in vielen Familien nicht. Gerade im Umgang mit Kindern kommen wir mit pathetischer Polemik nicht weiter.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Zeit zu Zeit lösen Berichte über jugendliche Gewalttaten immer wieder hektische Reaktionen aus. Das Augenmerk von Angeboten, von Aktionen richtet sich auf Jugendliche, denen bereits ein gewisses Gefährdungspotenzial zuzuordnen ist oder die dem gewaltbereiten rechtsextremen Spektrum eindeutig zugewiesen werden können.

Sicherlich ist es wichtig, Zeichen gegen rechtsextreme Gewalt zu setzen. Es ist wichtig, Solidarität zu bekunden mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, mit den Opfern rechter Gewalt. Öffentlichkeitswirksame Aktionen geben unserer demokratischen Haltung einen festen Ort und setzen Zeichen, auch gegenüber dem Ausland, wo die Entwicklungen in Deutschland sehr genau beobachtet werden. Und gerade Jugendliche haben sich in Schleswig-Holstein

(Birgit Herdejürgen)

mit Aktionen hervorgetan. Ich erinnere an die Aktion „Schüler gegen rechte Gewalt“ vor ziemlich genau einem Jahr.

Der wirkungsvolle Kampf gegen den Rechtsextremismus findet zu einem nicht unerheblichen Teil jedoch im Stillen statt, sicherlich auch in der Familie. Der im Bericht hervorgehobene **primärpräventive Ansatz** beschreibt dies sehr deutlich. Es ist unumgänglich - wenn vielleicht auch weniger öffentlichkeitswirksam -, neben punktuellen Aktionen ein breites **Maßnahmenbündel** vorzuhalten, das sich an alle Kinder und Jugendliche wendet, das eine kontinuierliche Kinder- und Jugendarbeit garantiert. Neben den im Bericht genannten Projekten spielen die zahlreichen Angebote von Vereinen, von Verbänden, von vielen Akteuren im Lande eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, wenn wir uns auf die Suche nach den Ursachen rechtsextremer Gesinnung begeben. Das Deutsche Jugendinstitut als, wie ich denke, anerkannte Kapazität im Bereich der Jugendforschung hat sich - auch das ist gestern schon angesprochen worden - mit diesem Thema beschäftigt. Ergebnisse aktueller Untersuchungen werden im vorliegenden Bericht zitiert und unterstützen den Ansatz des Ministeriums.

Die sozioökonomischen Lebensumstände geben keinen eindeutigen Anhaltspunkt für Gefährdungspotenziale. Wo können die Maßnahmen also ansetzen? Die **emotionalen Wurzeln von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt** sind nur schwer greifbar. Das Ziel - dies kommt in den Untersuchungen eindeutig zum Ausdruck - muss in jedem Fall sein, grundsätzlich alle Kinder und Jugendlichen zu stärken und zu festigen - „**Lebenskompetenzförderung**“ ist das Stichwort im Bericht. Hinter Ausländerfeindlichkeit versteckt sich häufig allgemeine Menschenscheu und Menschenfeindlichkeit; dies ist eine zentrale Aussage der angesprochenen Untersuchung. Das Fremde wird zur Bedrohung. Auch die Bedeutung von Cliques ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Sie werden als Orte der Solidarität, der sozialen Heimat und damit der Sicherheit empfunden. Eine Reihe von Angeboten tragen diesem Umstand Rechnung. Sie wenden sich an eine Altersgruppe, die auf der Suche nach Freundeskreisen ist, und bieten Orientierung.

Schnellschüsse sind in der Kinder- und Jugendarbeit immer fehl am Platze. Daher sollten wir gerade mit diesem Thema, das zu Schnellschüssen verleiten mag, sehr sensibel umgehen. Wir bauen auf eine **breit angelegte Präventionsarbeit**, die frühzeitig ansetzt und die allen Kindern die Chance bietet, sich zu selbstbewussten Persönlichkeiten zu entwickeln, die im Frem-

den keine Bedrohung sehen, sondern die Chance zur Bereicherung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt dem Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Gestatten Sie mir, bevor ich mich dem eigentlichen Bericht zuwende, drei Vorbemerkungen. Erstens, Frau Ministerin Lütke, ich habe Ihre Ausführungen zum NPD-Verbotsverfahren wirklich dankbar zur Kenntnis genommen. Sie hätten das ja auch bleiben lassen können; ich fand es mutig und richtig. Das entsprach genau meinem rechtsstaatlichen Empfinden. Herzlichen Dank!

Zweitens, als der Kollege Plüschau eben die Abziehbilder verteilt hat, habe ich für mich gedacht: Am liebsten würde ich all die Leute, über die wir heute reden, für ein Jahr auf die Skipiste schicken. Dann wären sie an der frischen Luft, kämen nicht auf dumme Gedanken und würden in internationalen Wettbewerben Menschen aus anderen Ländern kennen lernen.

Drittens, lieber Kollege Geerds, bei allem Verständnis für die Kabbeleien mit der Kinder- und Jugendbeauftragten: Ich glaube, für die Qualität des Berichts - dabei habe ich über die Qualität noch gar nichts gesagt - zeichnet die Kollegin Redmann nun wirklich nicht verantwortlich.

(Widerspruch bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Aber für die Arbeit, die dahinter steckt! Oder für die nicht getane Arbeit!)

Die Qualität des Berichtes kommt dadurch zustande, dass wieder ein Abfragen sämtlicher Präventionsmaßnahmen seitens der Antragsteller stattfand. Das führt dann zu einer Darstellung der verschiedensten Präventionsebenen, der nochmaligen Aufdröselung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und zu der dann obligatorischen Auflistung von 93 Angeboten der Prävention bei Kindern und Jugendlichen nach Ressortzuständigkeiten. So weit mag das ja auch gut sein; eine solche Erfassung mag möglicherweise auch ganz wichtig und notwendig sein. Doch ehrlich gesagt vermisse ich, welche **Handlungsoption** die Regierung aus dieser Bestandsaufnahme eigentlich ableitet.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es schade, dass vieles, was in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zum The-

(Dr. Heiner Garg)

ma „Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein“ bereits ausgeführt worden ist, nicht im jetzt vorgelegten Bericht eingearbeitet wurde. Auch daran zeigt sich wieder, dass ein solcher **Vernetzungsgedanke**, obwohl er immer wieder verbal vorgetragen wird, immer noch fehlt.

Warum werden in dem jetzt vorgelegten Bericht ausschließlich Schwerpunkte im Bereich der Primärprävention aufgelistet? Wäre es nicht notwendig gewesen, die Angebote aller drei Präventionsebenen gedanklich miteinander zu verzahnen? Was ich bislang vermisste, sind konkrete Aufschlüsse darüber, zu welchen **Erfolgen** die bisherigen Angebote geführt haben. Ich will Ihnen ein Beispiel geben, um ganz konkret klar zu machen, was ich damit meine: Es gibt im Kreis Pinneberg ein spezielles Aussteigerprogramm, das von den Jugendpflegern der Gemeinden, den Jugendzentren, den Schulen, den Amtsgerichten Elmshorn und Pinneberg, dem Kreisjugendring, der Jugendgerichtshilfe, den Sozialen Diensten, der Polizei, dem Verfassungsschutz, der Kreisjugendpflege und dem Kreisjugendschutz getragen wird. Das **Aussteigerprogramm** wird darüber hinaus durch die Einrichtung eines speziellen Beratungstelefon unterstützt, sodass sogar rund um die Uhr Ansprechpartner für aussteigewillige Jugendliche aus der rechten Szene zur Verfügung stehen. Bei diesem Projekt stehen die verschiedenen Präventionsebenen nicht statisch nebeneinander, sondern gehen fließend ineinander über. Um so spannender ist für mich deshalb die Frage, welche Erfahrungen in diesem Programm gesammelt werden konnten und wie sich die dort bereits vorgenommene Verzahnung der verschiedenen Präventionsebenen in der Praxis bewährt hat. Eine Antwort auf solche Fragen würde ich mir in der Zukunft von solchen Berichten wünschen.

(Beifall bei der FDP)

Möglicherweise können wir dazu ja in der Ausschussberatung kommen. Die Frage lautet nur - und diese Frage müssen sich die Antragsteller einfach gefallen lassen -, ob wir uns in Zukunft alle nach wie vor damit zufrieden geben, eine Liste von irgendwelchen Maßnahmen abzufordern, die das Ministerium dann selbstverständlich vorzulegen hat. Das ist gar keine Frage. Die Frage ist vielmehr, was wir eigentlich damit anfangen, dass wir wissen, dass es 93 Maßnahmen gibt.

(Beifall bei der FDP)

Viel interessanter wäre für mich, dass man, wenn man sich auf eine einzige Maßnahme wie zum Beispiel die im Kreis Pinneberg beschränkt, fragt, was dabei herausgekommen ist und ob sich das auf andere Kreise oder kreisfreie Städte übertragen lässt. Ich erinnere beispielsweise an die Aktion auf dem Kieler Ostufer „Sport gegen Gewalt“, die der ehemalige SPD-

Landtagsabgeordnete Herrmann ins Leben gerufen hat. So sollten wir uns in Zukunft über Präventionsprojekte unterhalten und sollten uns nicht fragen, wer 93, 100 oder 120 angeboten hat!

(Beifall bei der FDP und vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Irene Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bewerte ich es als ein gutes Zeichen für die Ernsthaftigkeit, mit der sich die Landesregierung des Themas Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen annimmt, dass sie in dieser kurzen Zeit von November bis Januar - von der Weihnachts- und Winterpause ganz zu schweigen - eine so umfangreiche Zusammenstellung von konkreten Präventionsangeboten vorlegen kann.

(Beifall bei der SPD)

Es geht dabei um konkrete Projekte und konkrete Angebote, Herr Garg. Insofern sind wir, denke ich, nicht so weit auseinander. An dieser Stelle begreife ich das Wissen, das uns die Landesregierung so kurzfristig geben kann, als ein gutes Omen dafür, dass der Gedanke der **Vernetzung** nicht so fern liegt. Weil diese Informationen so präsent sind, liegt doch die Antwort auf die Frage, was wir mit diesen Informationen machen, eigentlich recht nahe. Man muss an das Thema mit einer normalen Lebenseinstellung herangehen. Das bedeutet doch: Dinge, die man präsent hat, kann man auch einigermaßen normal „controllen“.

Wir haben unterschiedlichste Angebote für Multiplikatoren, Beratungsangebote, sportliche und pädagogische Angebote, Freizeitangebote, Demokratieangebote, Projekte gegen Gewalt in der Schule und gegen sexuelle Gewalt, Sucht- und Gesundheitsprävention, Projekte aus dem Jugendministerium, aus dem Innenministerium, aus dem Verkehrsministerium und vieles andere mehr. Ich finde es hervorragend, wie wir in Schleswig-Holstein den Ansatz von Prävention oder „Lebenskompetenzerziehung“ real mit Leben erfüllen, und zwar durch alle thematischen Bereiche hindurch, die das Leben und Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen berühren.

Leider fand ich Ihre Rede, Herr Geerds, ganz im Vergleich zu dem, was Herr Wadepuhl gestern angeboten hat, eine Nullrede. Bei der gestrigen Debatte des Themas haben Sie wohl nicht zugehört, denn sonst wüssten Sie, dass es für Kinder einen bestimmten Punkt

(Irene Fröhlich)

gibt, an dem sie es offensichtlich nicht mehr schaffen, **Vertrauen zu anderen Menschen** ihrer nächsten Umgebung aufzubauen. Kinder, denen so etwas passiert - das Deutsche Jugendinstitut schildert zum Beispiel Fälle, in denen Kinder selbst aus Kindergärten geschmissen werden, weil sie dort nicht mehr tragbar sind -, nehmen eine Belastung von Fremdenfeindlichkeit und eine Unkultur an Vertrauen mit in ihr Leben. Das fördert Fremdenfeindlichkeit. Lesen Sie diese Studie des Deutschen Jugendinstituts einmal nach, dann sind Sie hinterher vielleicht ein bisschen klüger als jetzt!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Prävention ist harte Arbeit; Prävention ist Alltagsarbeit. Sie findet in klitzekleinen Schritten statt, die aufeinander aufbauen und erst nach Jahren erkennbare **Erfolge** aufweisen. Natürlich muss man nichtsdestotrotz immer wieder fragen, was tatsächlich und konkret passiert. Insofern will ich mich überhaupt nicht verschließen, diesem Projekt in Pinneberg unsere Aufmerksamkeit einmal exemplarisch besonders zuzuwenden. Das halte ich für sehr gut.

Unsere Aufgabe als Gesellschaft und auch die Aufgabe von Familien, Jugendhilfe, Schulen, und vielen anderen Einrichtungen, die sich mit Kindern und Jugendlichen beschäftigen, ist es, Kinder stark zu machen, Eltern zu unterstützen, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und Toleranz und Menschenwürde in einer Kultur des Aufwachsens zu sichern.

(Frauke Tengler [CDU]: Wunderbar! Das ist einmal konkret!)

Präventive Maßnahmen richten sich nicht nur an einzelne, so genannte Problemjugendliche, sondern zielen auch auf die **Verbesserung der Lebensbedingungen** aller Jugendlichen. Durch eine Stärkung ihrer Kompetenzen zur Lösung von Problemen sowie ihre Aktivierung für die Interessen des Gemeinwesens werden Kinder und Jugendliche sozial eingebunden und in ihren Entwicklungschancen bestärkt.

Insofern hätte ich noch verstanden, wenn Sie, Herr Geerds, gefragt hätten: Was soll da eine Fahrradschule? Auch das hätte ich Ihnen erklären können. Aber da Sie nun auch noch das Bus-Engel-Projekt nennen, zeigt mir, dass Sie es einfach nicht begriffen haben.

(Frauke Tengler [CDU]: Aber Sie natürlich!)

Prävention verbindet darüber hinaus Ansätze aus einer breiten Palette von Themenfeldern, die sich mit der Erziehung, Entwicklung und Unterstützung von Kin-

dern und Jugendlichen und ihren Familien beschäftigen. Dazu gehört eine ganze Reihe von Themen, die alle aufgelistet sind.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Entschuldigung. - Ich darf um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin bitten!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Erfahrungen aus diesen Aktivitäten haben aus meiner Sicht aber auch aufgezeigt - insofern ist natürlich eine kritische Stellungnahme notwendig und sinnvoll -, wo und in welcher Richtung weiterer Handlungsbedarf besteht. Ich nenne hier nur beispielhaft: Wir brauchen eine verbesserte **Abstimmung** der unterschiedlichen Aktivitäten **in den Regionen**. Wir arbeiten daran. Wir arbeiten im Jugendhilfeausschuss daran. Wir arbeiten auch in dem Projekt „Jugendhilfe und Schule“ daran. Wir arbeiten an verschiedenen Stellen daran. Insofern rennen Sie bei uns offene Türen ein. Für die Jugendpolitik bedeutet dies eine Umsteuerung von einer Intervention durch Maßnahmen der Hilfen zur Erziehung zu frühzeitig angelegten präventiven Angeboten, die spätere massive Hilfen möglichst überflüssig machen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Vorbeugung ist es immer so eine Sache. Legt man den Begriff der Prävention einerseits zu eng aus, dann übersieht man viele sinnvolle Maßnahmen im Bereich der so genannten primären Prävention, die die Entstehung der Probleme von vornherein vermeiden sollen. Legt man ihn andererseits zu breit aus, dann droht der Überblick und damit die politische Problemlösungsfähigkeit abhanden zu kommen.

Die Landesregierung und ihr Bericht gehen zu Recht davon aus, dass es bei der **Verhinderung von Rechtsextremismus** zuvörderst auch um einen breiten Begriff von **primär präventiven Maßnahmen** geht.

(Silke Hinrichsen)

Es sollen jene Faktoren im Leben von Kindern und Jugendlichen vermieden werden, von denen erwartet wird, dass sie die Affinität zu rechtsradikalem und fremdenfeindlichem Gedankengut fördern. Es sollen jene Faktoren gefördert werden, die geeignet erscheinen, demokratische Gesinnung und Toleranz zu unterstützen.

Maßnahmen, die aus einem solchen Ansatz der **frühzeitigen Vermeidung** abgeleitet werden, sind aber dadurch gekennzeichnet, dass sie nicht unbedingt direkt auf das Problem des Rechtsextremismus bezogen sind. Sie basieren auf einem breiten lebensweltlichen Ansatz, den auch die Landesregierung für sich in Anspruch nimmt. Das ist der Regierung auch nicht zu verdenken. Dabei kommt dann aber schnell heraus, dass der Verkehrskasper auch gegen die Nazis hilft. Das mag zwar zutreffen, bringt uns aber politisch nicht wirklich weiter. Denn unter diesen Vorzeichen ist es fraglich, ob es überhaupt Sinn hat, über diese Maßnahmen zu reden. Dann stellt sich schon ernsthaft die Frage, ob nicht andere Faktoren wie die Arbeitsmarktpolitik, die Innenpolitik oder die ausländerpolitische Rhetorik von Politikern mittelbar nicht einen größeren Einfluss auf die Neigung zu rechtsradikalem Gedankengut haben als die Fahrradprüfung.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Sehr richtig!)

Wenn die Maßnahmen zur Prävention von Rechtsextremismus für uns Landespolitiker wirklich noch greifbar bleiben sollen, dann hätte man besser nicht nur eine so breite Liste vorgelegt, die zudem gleich auf den ersten Seiten als unvollständige Ressort-Umfrage gekennzeichnet wird.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Ja!)

Ein solcher Bericht hat nur Sinn, wenn man trotz des breiten Präventionsansatzes auch die Beziehung zur Problematik der Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Ausländerfeindlichkeit aufzeigt.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Ansonsten lässt sich schwer nachvollziehen, was wir wirklich unternehmen, ob die Anstrengungen verstärkt worden sind und ob sie die Facetten der Problematik ordentlich abdecken, also ob wir genug und das Richtige tun.

Es wäre besser gewesen, besonders die speziellen und neuen Ansätze und Projekte herauszustellen, statt nur eine Sammlung von Lebenskompetenz stärkenden Einzelmaßnahmen für Kinder und Jugendliche aufzuführen. Zum Auftrag an die Landesregierung gehörte auch, gemeinsam mit anderen Stellen Konzepte für eine bessere **Verzahnung der Angebote** zu entwick-

keln. Hierzu möchte ich anfügen - das führt die Regierung in ihrem Bericht ebenfalls aus -, dass diese Arbeit noch läuft. Wir bekommen das Ergebnis noch vorgelegt. Darüber hinaus hat die Regierung in ihrem Bericht explizit gesagt, die Zeit sei zu kurz gewesen. Wir hoffen also, dass wir noch eine solidere Datengrundlage bekommen werden.

Positiv möchte ich aber gerne Folgendes hervorheben. Bei der Lektüre des Berichts habe ich mich wirklich über die Vielfalt der bereits genannten Maßnahmen gefreut. Sie zeigt, wie viele Menschen dazu beitragen, den Wert der Demokratie im Bewusstsein unserer Kinder und Jugendlichen zu verankern. Dafür verdienen sie unsere Anerkennung und unseren Beifall.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Ich freue mich darauf, die weiteren Informationen zu erhalten, und hoffe, dass wir diese Debatte dann weiterführen können.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt dem Abgeordneten Dr. Johann Wadephul das Wort.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Garg, bei allem Verständnis dafür, dass Sie den Beitrag der Kollegin Herdejürgen verteidigen wollen - er enthielt sicherlich manch Nachdenkenswertes -, muss ich schon sagen: Der Union wird immer vorgeworfen, dass wir sehr pauschal und ungerechtfertigt die große Zahl von Beauftragten dieser Landesregierung kritisierten. An der Stelle sollten wir aber, wie ich finde, durchaus festhalten: Wenn wir denn schon Beauftragte haben, dann sollten sie eine fachspezifische Debatte wie diese dazu nutzen, um Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen und um uns vielleicht davon zu überzeugen, wie sinnvoll ihre Tätigkeit ist. Wenn Sie, Frau Kollegin, dies als Kinder- und Jugendbeauftragte nicht tun, dann spricht das sehr dafür, dass wir auf diese Stelle entweder verzichten sollten oder dass Sie die falsche Besetzung sind.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Dr. Wadephul, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Herdejürgen?

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Nein. Bei einem Dreiminutenbeitrag geht das nun wirklich nicht. Sie können ja vielleicht anschließen.

Im Übrigen muss ich den Kollegen Geerds an dieser Stelle nicht nur in Schutz nehmen, sondern will ihm auch herzlich dafür danken, dass er überhaupt bereit war, zu diesem „Bericht“ Stellung zu nehmen. Frau Fröhlich, wenn man sich den Bericht genau ansieht, sieht man, dass er mit dem sehr ernsthaftem Thema der **Gewaltprävention** bei Kindern und Jugendlichen und mit der Frage der Prävention, damit sie sich nicht extremistischen politischen Gruppierungen zuwenden, nichts zu tun hat. Das sind ja zwei sehr ernsthafte Themenbereiche. Wir haben über sie gestern auch gut miteinander diskutiert. Aber dieser Bericht, von Fahrradkursen bis zu Essstörungen und einer Adressenaufzählung, ist peinlich für diese Landesregierung.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist so schade, dass die CDU das nicht kapiert!)

Zuletzt möchte ich auf den gestrigen Wortbeitrag des Herrn Innenministers zurückkommen, der insbesondere an einer Stelle, an der der Minister auch für die Frau Bildungsministerin gesprochen hat, einen sehr guten Ansatz enthielt, den wir nachhaltig unterstützen wollen. Das hohe Haus hat Gelegenheit, diesen zu unterstützen. Ich habe mich sehr gefreut, Herr Innenminister, dass Sie gestern im Einvernehmen mit der Kultusministerin erklärt haben, diese Landesregierung wolle den **deutschsprachigen Islamunterricht** an den schleswig-holsteinischen Schulen in Angriff nehmen. Damit wir jetzt auch über die Konzepte sehr schnell und sehr konkret miteinander reden können,

(Silke Hinrichsen [SSW]: Es besteht doch schon ein Konzept!)

sollte das hohe Haus die Gelegenheit nutzen, nicht nur über den unvollständigen Bericht zu diskutieren, sondern - dazu ist die Opposition auch sehr gerne bereit, jedenfalls die CDU-Fraktion - die Landesregierung darin auch unterstützen, dass sie endlich an das Thema des deutschsprachigen Islamunterrichts herangeht und somit vielen anderen Ländern endlich folgt. Das ist ein praktischer Beitrag zur Integration. Deswegen wollen wir Sie, Herr Innenminister, auf diesem Weg sehr gern unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Dem Präsidium liegt jetzt eine Reihe von Wünschen zu Kurzbeiträgen vor. Der Reihenfolge der Meldungen

gemäß darf ich zunächst dem Abgeordneten Holger Astrup das Wort nach § 56 Abs. 4 erteilen.

Holger Astrup [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Kollege Dr. Wadephul, über die Rede der Kollegin Herdejürgen sollten diejenigen entscheiden, die etwas davon verstehen. Dazu zähle ich Sie nicht. Insofern lohnt es sich auch nicht, darauf einzugehen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Die habe ich gar nicht kritisiert!)

Wenn Sie sich schon hier hinstellen und glauben, Sie könnten gemeinsam mit Herrn Geerds die Arbeit der Kinderbeauftragten insoweit kritisieren, als Sie sie auffordern, sie möge sich hier hinstellen und Rechenschaft ablegen, bitte ich Sie, doch einmal darüber nachzudenken, welche Aufgabe die Kinderbeauftragte hat. Sie ist **Kinderbeauftragte** der Landesregierung. Wir sind hier in einer Parlamentsdebatte der jugendpolitischen Sprecher. Insofern habe ich nicht verstanden, warum ausgerechnet Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie seien auf diesem Gebiet ein Fachmann.

(Klaus Schlie [CDU]: Und wir verstehen jetzt nicht, warum Sie das tun! Wenn man keine Ahnung hat, sollte man überhaupt nicht nach vorn gehen, Herr Kollege Astrup!)

Das hat sich mir noch nicht erschlossen. Das kommt vielleicht auch noch.

(Abg. Dr. Johann Wadephul (CDU) meldet sich zu Wort)

- Ich halte es an dieser Stelle mit Ihrer Verhaltensweise, Herr Kollege Wadephul: Bei Kurzbeiträgen schaffen wir das nicht.

Ich komme zu dem Antrag, den Sie gerade auf den Tisch gelegt haben. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass wir über Ihren Antrag nicht abstimmen, sondern ihn überweisen, damit wir ihn nicht ablehnen müssen.

Der Hintergrund ist folgender. Wir sehen wie Sie die Notwendigkeit, in diesem Bereich etwas zu tun, sehen aber zugleich die Schwierigkeiten, dem Wortlaut zustimmen zu können.

(Zurufe von der CDU)

Dafür wäre ich Ihnen dankbar - vielleicht, Frau Todsen-Reese, hören Sie einfach zu Ende zu und machen dann eine Zwischenbemerkung -, weil ich glaube, dass wir uns bei diesem wichtigen Thema nicht zu weit voneinander entfernen sollten. Ich möchte vermeiden, dass wir wegen der Wortwahl und einzelner Zahlen in dem Antrag sagen müssen: Das wollen wir nicht. -

(Holger Astrup)

Wir wollen mit Ihnen gemeinsam an dieser Stelle weiterkommen.

(Peter Lehnert [CDU]: Welche Zahl? Die Drucksachenummer? - Heiterkeit bei der CDU)

Deshalb bitte ich, einer Überweisung zuzustimmen, damit wir nicht ablehnen müssen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Kollege Wadephul, nur um das richtig zu stellen: Ich habe keinen Redebeitrag der Kollegin Herdejürgen in Schutz genommen. Sie hat hier auch überhaupt keinen Redebeitrag abgeliefert, den man in Schutz nehmen müsste.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Ich habe lediglich gesagt: Für die Qualität des Berichtes zeichnet die **Kinder- und Jugendbeauftragte** nicht verantwortlich.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoheit-Lücke [FDP])

Nicht mehr und nicht weniger habe ich hier gesagt.

Wir können hier wunderbar eine Debatte auch über die Qualität der Arbeit der Kinder- und Jugendbeauftragten führen.

(Claus Ehlers [CDU]: Wer ist das?)

Ich schlage Ihnen vor, einen Berichts Antrag zu stellen, mit dem Sie einen Rechenschaftsbericht von der Kinderbeauftragten abfordern. Dann können wir hier auch über diesen Rechenschaftsbericht debattieren. Dann wird sie mit Sicherheit hier auch Stellung dazu nehmen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoheit-Lücke [FDP])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wadephul, den zweiten Teil Ihres Redebeitrages halte

ich für Wert, besprochen zu werden. Auch meine Fraktion spricht sich für Antragsüberweisung aus. Ich möchte hier ganz deutlich zu verstehen geben: Das soll kein Vertagen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag sein.

Sie erinnern sich vielleicht, dass unser Fraktionsvorsitzender vor Weihnachten einen Brief an das Bildungsministerium, aber auch an die Vertreter der großen - so nenne ich sie einmal - theistischen Religionsgemeinschaften geschrieben hat. Das betrifft in diesem Fall den Islam, das Judentum und das Christentum. Wir haben die entsprechenden Vertretungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften gebeten, sich zu der Frage zu äußern, ob nicht endlich ein Religionsunterricht an der Zeit sei, der auf all diese Religionen eingeht, der gemeinschaftlich vereinbart wird, der bestimmten ethischen Grundnormen folgt.

Wir haben darauf sehr unterschiedliche Antworten aus ganz Deutschland bekommen, die wir im Augenblick auswerten. Es ist offensichtlich ein Thema, das sehr viele sehr tief berührt. Manche hatten Angst, wir wollten die Kirchen in Moscheen verwandeln und Ähnliches. Daran sieht man einerseits die irrationalen Vorstellungen. Andererseits haben wir auch viele ermutigende Zuschriften erhalten.

Uns fehlen allerdings noch die Antworten einiger derjenigen, die angeschrieben worden sind. Auch aus diesem Grund halten wir es für sinnvoll, zu einem Gespräch in den Bildungsausschuss einzuladen, um das Thema mit denjenigen, die es angeht, das heißt, die für den Religionsunterricht Verantwortung tragen, zu erörtern,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

um zu einer Lösung zu kommen. Das kann man nicht verordnen, und schon gar nicht als Landtag.

Stellen Sie sich einmal folgendes vor: Die Türkische Gemeinde erfährt aus der Zeitung, was wir besprochen haben, und wir haben mit ihnen überhaupt nicht geredet.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das würden sie doch als sehr schikanös empfinden.

(Caroline Schwarz [CDU]: Es geht um ein Konzept, Frau Birk!)

Unser Parlamentsverständnis sollte nicht so sein, dass wir so etwas von oben nach unten verordnen.

Aber wir müssen das Thema aufgreifen und wir müssen in absehbarer Zeit ernsthaft zu Gesprächen und zu einer Lösung kommen. Wenn wir das nämlich auf die

(Angelika Birk)

lange Bank schieben, werden die Schwierigkeiten zwischen den Religionen eher größer als kleiner.

Auch das hat der 11. September gezeigt: Es geht um Verständigung. Und sie muss schon in der Schule beginnen.

Ich weiß, dass auch die Bildungsministerin seit längerem auf diesem Gebiet tätig ist. Insofern würde ich auch gern ihre Erfahrungen aus den bisherigen Gesprächen in den Bildungsausschuss einfließen lassen. All dies spricht also für Überweisung, aber nicht für Vertagung.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Insofern bitte ich um das Einverständnis des hohen Hauses. Wir versuchen nicht, dem Thema mit kleinen Tricks auszuweichen, sondern wir wollen einen neuen Schritt tun.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich bin dankbar, dass Herr Wadephul neben seinen Beiträgen, die ich nicht so hilfreich fand, mit seinem Antrag hier einen wirklich konstruktiven Vorschlag gemacht hat. Ich hoffe, dass wir einstimmig zu einer Überweisung und zu einer raschen Bearbeitung kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Unter Verweisung auf § 56 Abs. 6, also der Zur-Verfügung-Stellung weiter Redezeit, erteile ich jetzt der Vertreterin der Landesregierung, Frau Ministerin Erdsiek-Rave, das Wort. Für die Fraktionen bedeutet das, das sich die Redekontingente um die entsprechende Zeit erhöhen. Über weitere Beiträge nach § 56 Abs. 4 können wir danach entscheiden.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur deswegen gemeldet, weil Sie, Herr Dr. Wadephul, in Ihrem Beitrag leider einen Eindruck erweckt haben, der so nicht zutrifft. Es trifft nicht zu, dass in anderen Bundesländern **deutschsprachiger Islamunterricht** unter der Aufsicht des Staates sozusagen in gemeinsamer Verantwortung mit den Muslimen von ausgebildeten Lehrern existierte. Das trifft nicht zu.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Natürlich!)

Es gibt eine Übereinkunft zwischen den Ministerpräsidenten anlässlich der letzten Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember, in der man sich darauf verständigt hat - ich zitierte das sinngemäß - zu prüfen, ob die

Länder an Schulstandorten mit einer entsprechenden Anzahl von muslimischen Kindern ein Unterrichtsangebot unter Berücksichtigung der jeweiligen rechtlichen Rahmenbedingungen entwickeln sollen

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das ist schlicht falsch, Frau Ministerin!)

- Sie brauchen gar nicht den Kopf zu schütteln; Sie können sich das Protokoll besorgen -,

(Renate Gröpel [SPD]: Das Protokoll kann nicht falsch sein!)

und zwar unter folgenden Bedingungen: unter Aufsicht des Staates in gemeinsamer Verantwortung mit den Muslimen und entsprechend dem Bildungsauftrag unserer Schulen und entsprechend der Wertordnung des Grundgesetzes!

Dies sind meiner Ansicht nach die unabdingbaren Voraussetzungen für die Einführung eines geordneten deutschsprachigen islamischen Religionsunterrichts. Ob und wie diese Bedingungen erfüllt werden können, liegt ganz wesentlich an der muslimischen Seite. Es liegt nämlich daran, ob es gelingt, zwischen den unterschiedlichen islamischen Verbänden und Religionsvereinigungen eine Basis herzustellen, die überhaupt als Grundlage für die Entwicklung der Inhalte eines islamischen Unterrichts unter staatlicher Aufsicht dienen kann. Das ist ein ganz großes Problem.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wissen Sie eigentlich auch. Wir haben hier schon mehrfach darüber gesprochen. Ich finde, Sie sollten dies hoch schwierige Thema nicht durch solche populistischen Schnellschüsse belasten.

(Klaus Schlie [CDU]: Was sind „populistische Schnellschüsse“?)

Ich glaube, wir tun gut daran, sehr sorgfältig mit den islamischen Gruppen, mit den Kirchen insgesamt weiter daran zu arbeiten. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich der Bildungsausschuss mit dieser Frage inhaltlich beschäftigte und den Antrag modifizierte. Es ist schlicht und einfach nicht möglich, einen Zeitpunkt X zu setzen und dann ein umsetzbares Konzept vorzulegen. Dies geschieht in Abstimmung mit allen anderen Bundesländern. Hier kann es keine landesspezifischen, sondern nur übergreifende Lösungen geben. Ich wäre dankbar, wenn der Bildungsausschuss diese Beratungen und Entwicklungen mit unterstützte.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich runde die Zeit der für die Fraktionen zur Verfügung stehenden zusätzlichen Redezeit auf. Zur Verfügung stünden zweieinhalb Minuten. Ich schlage vor, daraus drei Minuten zu machen. Ich bitte die Redner, sich darauf zu konzentrieren. Nach drei Minuten werde ich abklingeln.

Jeder Fraktion stehen jetzt noch einmal drei Minuten zusätzliche Redezeit zu. Anschließend kämen, falls sie noch gewünscht würden, die Redebeiträge nach § 56 Abs. 4.

Als Erster gebe ich der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden dem Antrag zustimmen, sofern eine Ausschussüberweisung stattfindet. Eines an dem Antrag stört mich - das will ich hier einmal deutlich machen -: Wir behandeln das Ganze unter dem Antrag „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein“. Vor dem Hintergrund finde ich es sehr schwierig, unter diesem Tagesordnungspunkt einen Integrationsansatz zu behandeln;

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn Sie haben Integrations- und Präventionsangebote hineingeschrieben. Ich frage mich, ob nicht die große Gefahr besteht, dass man sagt: Wir wollen alle integrieren. Zunächst sollen alle Ausländer etwas tun und dann fangen wir bei uns an. - Für mich ist das jedenfalls sehr schwierig.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Heiner Garg?

Silke Hinrichsen [SSW]:

Nein. - Ich möchte aber gern, dass darüber im Bildungsausschuss gesprochen wird, insbesondere angesichts der Ausführungen, die Frau Erdsiek-Rave gemacht hat. Ich halte das für wichtig und finde diesen Ansatz, der auch in dem vorgelegten Migrationskonzept enthalten ist, im Prinzip gut.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile jetzt das Wort dem Abgeordneten Dr. Johann Wadehul.

Dr. Johann Wadehul [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich möchte noch einmal den Versuch machen, diesen Punkt sachlich mit Ihnen zu diskutieren. Ein Redner ist mit seinen Argumenten immer dann besonders schwach, wenn er auf starke Kraftausdrücke zurückgreift. Bei der Forderung nach Einführung von **Islamunterricht** mir oder meiner Fraktion Populismus zu unterstellen, fällt voll auf Sie zurück, Frau Ministerin. Das ist keine starke Einlassung in diesem hohen Hause gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Kollegin Hinrichsen, wir diskutieren heute übrigens über den Bericht und nicht mehr über den Tagesordnungspunkt 10, den wir gestern Nachmittag behandelt haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das wollte ich Ihnen nur zur Kenntnis geben.

Wenn Sie einen wirklichen Beitrag dazu leisten wollen, dass es hier nicht Parallelgesellschaften gibt, sondern dass diejenigen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, in die Gesellschaft integriert werden - wir als Deutsche sind zu dieser **Integrationsleistung** bereit -, dann gibt es in der Tat die große **Sprachbarriere**, die wir überwinden müssen. Diese darf in einem Religionsunterricht in einer türkischen Moschee beispielsweise nicht vertieft werden. Die Sprachbarriere können wir dadurch überwinden, dass wir einen deutschsprachigen Islamunterricht unter deutscher Schulaufsicht einführen. Das ist ein wirklicher Beitrag zur Integration, den wir leisten sollten.

Der Kollege Astrup hat den Saal nicht verlassen, sondern er steht dort an seinem Stamplatz. Daher habe ich Gelegenheit, ihn an dieser Stelle anzusprechen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Feldherrenhügel!)

- Nein, das ist kein Feldherrenhügel; aber er geriert sich vielleicht als ein solcher Feldherr.

Lieber Kollege Astrup, wenn Sie denn bereit sind, sich zu dem Inhalt unseres Antrages zu bekennen, dann bin ich bereit, die Zahlen herauszunehmen - Sie haben auf die Zahlen hingewiesen -, auf die wir Einfluss haben. Der Kollege Lehnert hat zu Recht gesagt, dass wir auf Drucksachennummern keinen Einfluss haben. Über die Frage, ob das bis zur 23. Tagung möglich ist, können wir diskutieren. Wenn denn - das sage ich auch Ihnen, Frau Birk - die rot-grünen Fraktionen in der Sache der Auffassung sind, dass wir zu einem Konzept kommen müssen, dann ist doch überhaupt nichts dagegen einzuwenden, dass dieser Antrag der CDU-Fraktion die

(Dr. Johann Wadephul)

Mehrheit findet und dass man danach, wenn man im Grundsatz die Entscheidung getroffen hat, eine ausführliche Debatte im Bildungsausschuss führt. Wenn Sie das von der Sache her wirklich ernsthaft wollen, dann stimmen Sie hier zu und machen Sie keine billigen Ausflüchte.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Es liegen drei weitere Wortmeldungen vor. Als Nächstes gebe ich Frau Abgeordnete Irene Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal den Versuch machen, die Sache ein bisschen zu klären und zu sortieren. Es geht um den Antrag „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein“.

(Klaus Schlie [CDU]: Nein, das war gestern!)

Dieser Antrag war eine Reaktion auf Erlebnisse und Erfahrungen in unserer Gesellschaft mit Deutschen, die mit Ausländern in unserer Gesellschaft und offensichtlich auch mit sich selbst ein Riesenproblem haben; wir haben das ausführlich diskutiert. Die Einführung von **Islamunterricht** an den Schulen daran anzuschließen, ist meiner Ansicht nach nicht zwingend, um es einmal vorsichtig auszudrücken.

(Klaus Schlie [CDU]: Wir haben einen anderen Tagesordnungspunkt!)

Dass man darüber auch diskutieren kann und muss, ist eine andere Frage. Daher sperren wir uns auch nicht dagegen, das Ganze im Ausschuss zu behandeln. Das ist mein erstes Petikum.

Das Zweite ist Folgendes: Wir haben uns im Innen- und Rechtsausschuss darauf verständigt, eine Anhörung zu dem Antrag der CDU betreffend die **Integration** durchzuführen. Die CDU hat ein besonderes Interesse daran bekundet, das Gerichtsurteil zum Thema Schächten in den Mittelpunkt zu stellen. Das kann man tun. Ich finde es richtig, das alles zu beleuchten. An der Stelle kommen sozusagen die Werte und Gebräuche des uns vielleicht eher Fremden in den Blickpunkt, obwohl wir erst einmal selbst gefragt sind, was unseren Beitrag zur Integration angeht. Das heißt, ich gehe offensichtlich mit einer anderen Zielrichtung an die gesamte Debatte heran, als die CDU es tut. Das muss zwar möglich sein. Gleichwohl möchte ich darauf hinweisen, dass wir über das vorliegende Integrationskonzept der Landesregierung und über die Ergebnisse der bevorstehenden Anhörung zu diskutieren haben.

Das alles haben wir längst „in der Pipeline“. Man kann jedes darüber hinaus gehende Ziel einfügen und jedes weitere Konzept an dieser Stelle berücksichtigen.

Drittens möchte ich noch einmal darum bitten, dass wir uns mit besonderer Aufmerksamkeit unseren islamischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zuwenden. Sie sind anders organisiert, als wir das von der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland gewohnt sind, im Hinblick darauf, wie man sich auf eine bestimmte Zielrichtung einigen und einen gemeinsamen oder getrennten Religionsunterricht durchführen kann. So klar ist das bei den Muslimen nicht. Es gibt keine solchen ex cathedra verbreiteten Lehren wie zum Beispiel in der katholischen Kirche. Es gibt keine Organisation, die klar sagt, was die bevorzugte Lehrmeinung ist beziehungsweise in welche Richtung es gehen soll. Vielmehr bestimmt jede Gemeinde, wenn mir dieser Ausdruck als Analogie gestattet sein mag, für sich selbst. Daher ist es viel schwieriger, zu einem gemeinsamen Unterrichtsverständnis zu kommen.

Ich bitte darum, dies bei den Überlegungen zu berücksichtigen und viel Sorgfalt darauf zu verwenden, die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Prozess mit einzubeziehen. Das ist mir das Allerwichtigste.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat jetzt Frau Abgeordnete Spoorendonk. Ihr folgt Dr. Ekkehard Klug.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte einmal kurz aus der Einführung zu dem Bericht zitieren, den wir heute debattieren. Auf Seite 3 heißt es, lieber Kollege Dr. Wadephul:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat auf seiner 17. Sitzung am 16. November 2001 den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ‘Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit’ (Landtagsdrucksache 15/1306) in Ziffer 3 angenommen. Ziffer 3 beauftragt die Landesregierung, in enger Kooperation mit den örtlichen Trägern der Jugendhilfe Konzepte für eine bessere Verzahnung vorhandener präventiver Angebote zu entwickeln.“

Hierzu soll berichtet werden. Das heißt, das, was meine Kollegin Silke Hinrichsen und auch Frau Fröhlich

(Anke Spoorendonk)

gesagt haben, stimmt allemal. Daher möchte ich noch einmal sagen: Es bricht Ihnen doch kein Zacken aus der Krone, wenn Sie dieser Ausschussüberweisung zustimmen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Es bricht Ihnen auch kein Zacken aus der Krone, darüber abzustimmen!)

Alles das, was gesagt worden ist, läuft darauf hinaus, dass wir uns darin einig sind, dass wir uns mit diesem wichtigen Thema befassen müssen. Da Sie diesen Antrag in letzter Minute auf den Tisch gelegt haben, muss er im Ausschuss noch einmal diskutiert werden. Geben Sie sich also einen Ruck und stimmen Sie der Ausschussüberweisung zu.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte es in der Tat nicht für sinnvoll, dass wir hier einen solchen Beschluss mit einem Arbeitsauftrag fassen, ohne uns im Bildungsausschuss gründlich Gedanken über Möglichkeiten und eventuelle Wege einer Realisierung und Umsetzung gemacht zu haben.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles andere wäre politisch nicht ernsthaft gedacht und es wäre wirklich eine unsinnige Entscheidung, einen solchen Beschluss hier einfach so pauschal zu fassen.

Ich will nur noch einmal die Probleme ganz kurz beschreiben. Wir sind uns in früheren Debatten über Lehrerbedarf und Sicherung von Lehrernachwuchs eigentlich immer darin einig gewesen, dass wir für unsere Schulen **qualifizierte Lehrkräfte** haben wollen und nicht irgendjemanden, der eine Stunde gibt. Das muss dann ja wohl auch auf diesen islamischen Religionsunterricht übertragen werden, muss auch dafür gelten.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Es ist nicht ganz einfach, in diesem Bereich Lehrkräfte zu finden, die einen solchen Unterricht qualifiziert ausführen können. Das ist einfach ein Problem, über das man auch reden muss.

Ernsthaft, meine Kolleginnen und Kollegen von der Union: Ich finde es wichtiger, diese Sache auf einen

vernünftigen Weg zu bringen, als dass man hier Ihre Position „Beschlussfassung sofort“ über einen solchen Arbeitsauftrag durchhalten sollte.

Zweiter Punkt! Der Besuch jeglicher Art von Religionsunterricht ist für die Schüler freiwillig. Es kann niemandem obligatorisch irgendein Religionsunterricht „aufgenötigt“ werden. Das heißt, wenn wir so etwas machen, kommt es auch entscheidend auf die Frage der Akzeptanz an.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es ist doch blödsinnig, so etwas einzuführen, was dann von der Personengruppe, für die dieses Angebot gedacht ist, möglicherweise gar nicht angenommen wird.

(Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Hier haben wir, Kollege Maurus, immer das Problem, dass es keine islamische Kirche wie im christlichen Bereich gibt, wo wir die beiden großen Kirchen, die evangelische und die katholische Kirche, als Ansprechpartner haben, mit denen man dann auch klare Vereinbarungen über Fragen wie den Religionsunterricht treffen kann. Das ist im islamischen Bereich eben so nicht gegeben und das macht auch das Problem der Umsetzung aus.

Dann möchte ich natürlich, wenn wir solch ein Angebot schaffen, dass das etwas ist, was zumindest von den Inhalten her auch analog dem entspricht, was wir im christlichen Religionsunterricht haben, und dass nicht Koranschulen irgendwelcher Art einfach in die öffentlichen Schulen hineintransportiert werden. Das kann auch nicht Sinn der Sache sein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt also eine Fülle von inhaltlichen Fragen, die im Kontext dieses Themas zu bedenken sind. Deshalb muss nach meiner Auffassung sinnvollerweise eine Ausschussüberweisung erfolgen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Klaus Schlie.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich würde sagen, Herr Kollege Nabel, versuchen Sie doch ein-

(Klaus Schlie)

mal, sich auf Ihre Erziehung zurück zu besinnen. Ich glaube, die ist sicherlich gut gewesen.

Ich denke, wir sollten uns, Herr Kollege Klug, einfach noch einmal den Antrag angucken. Wir wollen hier weder in der Sache beschließen, dass übermorgen der deutschsprachige Islamunterricht eingeführt wird, noch wollen wir alles das, was Sie hier gesagt haben, als Landtagsbeschluss durchpauken. Wir fordern vielmehr - und das ist mein Parlamentsverständnis; ich habe bei Ihnen bisher auch kein anderes festgestellt - die Landesregierung auf, nach den Aussagen des Innenministers von gestern, dass es dort eine Sache gibt, die die Kultusministerin in der Tasche hat, weil sie zum Teil auch auf der Ministerpräsidentenkonferenz besprochen worden ist, ihre Position zu dieser Frage dem Parlament gegenüber deutlich zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich, wo da die Probleme eines Landesparlamentes liegen, sich in seiner Kontrollfunktion insgesamt gegenüber der Regierung darlegen zu lassen, welche Gedankengänge die Landesregierung hat. Ich bin überhaupt nicht der Auffassung, dass diese Gedankengänge, die dort hoffentlich bisher vorhanden sind, von diesem Parlament dann auch so übernommen werden müssen, sondern dass die dann natürlich in der parlamentarischen Beratung auch so beleuchtet werden, dass dann tatsächlich auch alle die Faktoren, die hier genannt worden sind und die natürlich eine entscheidende Rolle spielen - die unterschiedlichen Islamgruppen, die **Freiwilligkeit der Teilnahme am Religionsunterricht**, die Akzeptanz, um die es geht -, auch vom Parlament insgesamt mit beachtet, von ihm eingefordert werden müssen. Das geht bis hin zu der Frage, wie die Lehrerversorgung aussieht.

Aber welches Parlamentsverständnis ist es denn zu sagen, wir wollen dazu von der Regierung ihre konzeptionellen Vorstellungen hören und auf der Grundlage dieses Konzeptes wollen wir im Ausschuss beraten, wie es weitergehen soll? Wissen Sie, da habe ich so meine Schwierigkeiten.

Ich glaube tatsächlich, nachdem wir jetzt auch das Angebot gemacht haben, die Zeitsetzung mit der 23. Tagung herauszunehmen, dass es Ihnen weniger darum geht, in der Sache weiterzukommen, sondern dass es Ihnen mehr darum geht, die Sache immer weiter zu verzögern.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Am 1. Mai des vergangenen Jahres haben wir hier als Union ein **Integrationskonzept** vorgelegt und haben uns damit einverstanden erklärt, dass die Beratungen in den Ausschüssen so lange nicht durchgeführt werden, bis die Landesregierung ihr Integrationskonzept

vorlegt. Das ist nun immerhin nach einem guten Dreivierteljahr auch der Fall gewesen. Ich denke, es kann nicht angehen, dass wir hier ständig auf der Zeitverzögerungsschiene, sozusagen in der Beratungsschleife der Ausschüsse, immer so tun, als wäre es nicht notwendig, diese Probleme sofort zu lösen. Wir müssen uns jetzt der Integrationsfrage schnell zuwenden.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Ich erwarte von dieser Regierung, dass sie dazu ihre Konzepte auf den Tisch legt. Aber ich sage einmal, offensichtlich ist es ja so, dass Sie lieber erst einmal darüber lamentieren und beraten wollen, wie theoretisch und nicht theoretisch das sein mag oder nicht sein mag, ohne zu wissen, was die Landesregierung dazu im Einzelnen denkt. Ich jedenfalls kann das nicht nachvollziehen und bedauere im Sinne eines vernünftigen Integrationsansatzes, dass Sie hier zumindest nicht bereit sind, diesen Weg als Parlament mit zu gehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, niemand in der interessierten oder zunehmend desinteressierten Öffentlichkeit

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

versteht, worüber wir hier überhaupt diskutieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir sind uns in einem Punkt in der Sache einig. Wir veranstalten hier ein parteipolitisches Hickhack über Geschäftsordnungsfragen,

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Widerspruch bei der CDU)

obwohl wir uns in der Sache einig sind und nur bezüglich des Verfahrens einen Weg suchen müssten. Der einzig sinnvolle Weg ist der von Astrup vorgeschlagene Weg,

(Lachen bei der CDU)

den Antrag der Fraktion der CDU in die laufenden Beratungen der Ausschüsse zu Ihrem Integrationskonzept mit einzubeziehen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Klaus-Peter Puls)

und dort die Position der Landesregierung mit zu erörtern, Herr Kollege Schlie.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Warum wollen Sie hier heute in der Sache isoliert einen Baustein, ein kleines Mosaiksteinchen aus diesem Gesamtkonzept verabschieden? Wir haben eine Anhörung beschlossen - Irene Fröhlich hat darauf hingewiesen - zu Ihrem Integrationskonzept und zu dem Integrationskonzept der Landesregierung, das schon vorliegt und das auch die Frage des deutschsprachigen Islamunterrichts beinhaltet. Lassen Sie uns das doch im Paket beraten. Das Verfahren läuft.

Also: Überweisung ist der einzig richtige Weg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt dem Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem hier einige ernsthafte Versuche gemacht worden sind, deutlich zu machen, dass es sich um ein Anliegen handelt, an dem wir alle gemeinsam interessiert sind und sein müssen, kann ich nun wirklich nicht verstehen, dass wir in dieser Aufgeregtheit in eine Debatte über Formalien einsteigen. Hier geht es doch darum, dass wir eine Sache gemeinsam beraten wollen, gemeinsam weiterbringen wollen, die unser aller Anliegen ist.

Nun hat Herr Dr. Wadephul - vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen das ja überhört - gesagt, dass er bereit ist und dass die Fraktion bereit ist, aus diesem Antrag die Formulierung „in der 23. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags“ zu streichen. Das heißt, der Antrag heißt nur noch: Ein Konzept vorzulegen - ohne irgendeine Zeitschiene. Wenn solch ein Konzept von der Landesregierung erarbeitet wird, ist es doch völlig unbenommen, dass sich auch der Ausschuss parallel dazu damit befasst,

(Beifall bei der CDU)

dass wir im Einzelnen die Punkte ansprechen können, die hier von Ihnen, Herr Puls, und auch von anderen, problematisiert worden sind, und dass auch eine Ausweitung auf die Fakten, auf die Tatsachen, auf die Probleme möglich ist, die bei dem einen oder anderen

vielleicht nur im Hinterkopf sind, die hier aber auch artikuliert worden sind.

Wenn wir hier zu einer formalen Debatte über eine Abstimmung kommen, die niemandem weiterhilft, dann haben wir nach draußen - gegenüber der islamischen Religionsgemeinschaft und gegenüber denen, um die es geht - ein Bild vermittelt, das uns schadet.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Herr Astrup, die CDU will! Wenn in dem Antrag ein Konzept ohne Zeithorizont steht, dann ist nichts, aber auch gar nichts vorbestimmt.

(Holger Astrup [SPD]: Ich habe nur deutlich gemacht, worum es geht!)

Es können die Beratungen laufen, die die Frau Ministerin angesprochen hat. Es können auch die länderübergreifenden Diskussionen in der Kultusministerkonferenz und an jeder anderen Stelle laufen. Daher meine herzliche Bitte: Geben Sie sich einen Ruck. Ich fürchte, sonst wird nach draußen hin ein Eindruck vermittelt, der Ihnen und uns nicht hilft und der in der Sache kontraproduktiv ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium zurzeit nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir treten in die Abstimmung ein. Ich erinnere daran, dass wir gestern eine alternative Abstimmung zum Thema Bekämpfung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein hatten. So lautete der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Alternativantrag der CDU-Fraktion lautete „Bekämpfung von Extremismus in Schleswig-Holstein“. Ich sage dies vor dem Hintergrund, dass der jetzt vorliegende Antrag, Drucksache 1306, in seiner Nummer 3 einen Bericht der Landesregierung zum Thema Prävention bei Kindern und Jugendlichen vorsieht. Dieser Antrag wäre durch die Berichtsgebung der Landesregierung insoweit als erfüllt anzusehen. Über den anderen Bereich wurde gestern alternativ abgestimmt, wobei der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Mehrheit dieses hohen Hauses gefunden hat. Der Antrag Drucksache 15/1306 ist in Bezug auf die Berichtsstellung insoweit als erledigt anzusehen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Frage des Berichts der Landesregierung, Drucksache 15/1499. Gehe ich richtig davon aus, dass dieser Bericht zur weiteren Beratung an den zuständigen Bildungsaus-

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

schuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags überwiesen wird?

(Klaus-Peter Puls [SPD]: Der Innen- und Rechtsausschuss hat schon die Federführung!)

- Herr Puls beantragt die Federführung für den Innen- und Rechtsausschuss. - Wer also beschließen möchte, dass der Bericht der Landesregierung mit der Drucksache 15/1499 zur abschließenden Beratung federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Bildungsausschuss überwiesen wird, den bitte ich um sein deutliches Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag wurde einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1530, „Angebote der Prävention bei Kindern und Jugendlichen - Islamunterricht an Schulen“. Der Antrag lautet in seiner Ursprungsfassung:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, als Teil eines Integrations- und Präventionsangebotes für Kinder und Jugendliche in der 23. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags ein Konzept zur Einführung von deutschsprachigem Islamunterricht an schleswig-holsteinischen Schulen vorzulegen.“

Dieser Antrag wurde vom Antragsteller dahin gehend abgeändert, dass die Formulierung „in der 23. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages“ ersatzlos gestrichen werden soll. Wir stimmen jetzt über diesen geänderten Antrag ab. Zunächst wurde Ausschussüberweisung beantragt.

Wer diesen Antrag, Drucksache 15/1530, in der vom Antragsteller geänderten Fassung federführend an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag, Drucksache 15/1530, mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen etwa die Hälfte der Stimmen der CDU-Fraktion und bei einigen Enthaltungen aus der CDU-Fraktion federführend an den zuständigen Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen worden. Damit findet eine Abstimmung in der Sache zurzeit nicht statt. Ich bedanke mich. Tagesordnungspunkt 37 ist damit erledigt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 12 und 13 auf - ich bitte um etwas Ruhe, es gibt keine Geräuschzulage!

Gemeinsame Beratung**a) Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1494

b) Neuorientierung des Arbeitsmarktes**Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1497

Wird das Wort zu Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Ich schlage vor, dass zunächst die antragstellende Fraktion das Wort erhält. Der Antrag zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen wurde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt. Zur Begründung dieses Antrags erteile ich dem Herrn Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Abgeordneten Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle heute einen etwas ungewöhnlichen Antrag vor, der von meiner Fraktion eingebracht wird, aber von der Koalitionsfraktion, der SPD, nicht mitgetragen wird.

(Präsident Heinz-Werner Ahrens übernimmt den Vorsitz)

Dies ist kein Antrag, mit dem wir als Koalition etwas durchsetzen wollen. Es geht hier um einen Antrag, mit dem wir als Fraktion eine Debatte eröffnen wollen, von der unser Koalitionspartner auch die Notwendigkeit sieht. Wir wollen in die offene Diskussion eintreten, weil ich glaube, dass es in der vor uns liegenden Situation des Arbeitsmarktes und auch angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl wichtig ist, über neue **Konzepte der Arbeitsmarktpolitik** und der Finanzierung der Sozialpolitik nachzudenken.

Vor 30 Jahren kam ein Drittel der Arbeitsplätze in Deutschland für ungelernete Arbeiter und Angestellte in Frage. Heute gilt dies nur noch für jeden zehnten Arbeitsplatz. Die Folge davon ist, dass Menschen, die keine Ausbildung haben, drei Mal so stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind wie ausgebildete Facharbeiter und fünf Mal so oft wie Akademiker. Das liegt nicht daran, dass einfache Arbeiten nicht mehr gebraucht werden. Gerade im Bereich der Dienstleistungen - vom Tourismus über die Pflege oder der Kinderbetreuung bis zum Einzelhandel - gibt es nicht nur einen wachsenden Bedarf für qualifizierte Tätigkeiten, sondern auch für weniger qualifizierte Tätigkeiten.

(Karl-Martin Hentschel)

Je mehr das allgemeine Lebensniveau wächst, je mehr unsere Produkte von automatischen Maschinen hergestellt werden, desto vergleichsweise teurer werden **private Dienstleistungen**. Obwohl wir diese Dienstleistungen brauchen, können viele sie nicht bezahlen. Das gilt nicht nur für den privaten Bereich. Das gilt für alle Bereiche, in denen die Lohnkosten dominieren, so zum Beispiel auch für das Handwerk. Aufgrund dieser Situation halte ich unser bestehendes **Sozialversicherungssystem** für die größte **ökonomische Fehlleistung** unseres Steuersystems. Das Sozialversicherungssystem belastet die unteren Einkommensgruppen ab der ersten Mark mit 40 % Abgaben. Während gering Verdienende praktisch keine Steuern bezahlen, was sinnvoll ist, gibt es bei den **Sozialabgaben** keine Freibeträge und keine Progression.

Die hohe Belastung verhindert die Entstehung von Millionen Arbeitsplätzen, wie der Vergleich mit Ländern mit anderen Sozialabgabensystemen zeigt. Das gilt sowohl für den angloamerikanischen Raum, als auch für den sehr sozial gestalteten skandinavischen Raum.

Diese hohe Belastung treibt Millionen von Menschen, die diese Sozialabgaben nicht bezahlen wollen oder können, in die Schwarzarbeit, um die Lohnnebenkosten einzusparen. Damit ist dieses System für unsere Volkswirtschaft schädlich und muss dringend geändert werden.

Man kann natürlich sagen, wie es Herr Garg vorschlägt, dass wir uns alle privat versichern. Das ist aber leider Traumtänzererei. Denn wenn man das ernst nimmt, bricht unser Sozialversicherungssystem zusammen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das mag der FDP egal sein, aber nicht Millionen Menschen, die auf die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung angewiesen sind.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie erzählen einen Schrott da vorn!)

Das Sozialversicherungssystem ist ja nicht teurer, weil private Versicherungen zaubern können, sondern weil über unser Sozialversicherungssystem viele staatliche Sozialleistungen finanziert werden, die ansonsten der Staat finanzieren müsste. Das ist doch die Wahrheit!

So wurden 1995 über die gesetzliche Krankenversicherung 53 Milliarden DM für die Familienversicherung, 4 Milliarden DM für den Schwangerschaftsurlaub und 2,4 Milliarden DM für den Erziehungsurlaub aufgebracht - alles keine Versicherungsleistungen, sondern **staatliche Sozialleistungen**, die sowieso

finanziert werden müssten, die aber dem Sozialversicherungszahler aufgebürdet werden.

Die Rentenversicherung leistete allein 33 Milliarden DM West-Ost-Transfer und 24 Milliarden DM Kriegsfolgelasten. Dazu kamen weitere Leistungen wie Kindererziehungszeiten, Renten nach Mindesteinkommen und so weiter im Wert von fast 80 Milliarden DM.

Auch aus dem Arbeitslosengeld wurden für West-Ost-Transfer, Ausbildung, Umschulung, ABM, Vorruhestand und so weiter fast 60 Milliarden DM geleistet, die nichts mit dem Versicherungscharakter zu tun haben, sondern staatliche Sozialleistungen sind.

Geht man davon aus, dass in vielen Staaten, auch so liberalen wie USA und Großbritannien, die medizinische Grundversorgung und eine Grundrente für Bedürftige vom Staat gezahlt werden, dann kann man mit Fug und Recht behaupten, dass zirka ein Drittel der **Leistungen der Sozialkassen versicherungsfremd** sind. Diese Sozialleistungen - das ist der eigentliche Skandal - werden bei uns überwiegend von Arbeitern und Angestellten mit unteren und mittleren Einkommen finanziert. Dagegen sind die Selbstständigen, die Beamten und die oberen Einkommensgruppen davon befreit und an der Finanzierung dieser sozialen Lasten nicht beteiligt. Es ist geradezu absurd, dass in unserem Staat die unteren Einkommenschichten mit 40 % Abzügen vom Lohn für die Finanzierung von Sozialleistungen herangezogen werden, die hohen Einkommen aber davon befreit werden. Das ist sozial ungerecht.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das verhindert die Entstehung von Millionen Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, wie sie es in anderen Ländern gibt. Das treibt Millionen Menschen in die Schwarzarbeit, um die Lohnnebenkosten zu sparen. Und das schwächt unser Steuer- und Sozialsystem. Nur, diejenigen, die brav ihr Einkommen versteuern, sind dabei die Dummen.

Meine Damen und Herren, deshalb habe ich den Antrag gestellt, für die Sozialversicherung wie bei den Steuern einen **Freibetrag** und eine **Progressionszone** einzuführen. Das ist keine Lohnsubvention und kein Kombilohn. Es ist nichts weiter als die dringend gebotene Freistellung der unteren Einkommen von der Finanzierung von Sozialleistungen.

Ein solches System ist besser als das der FDP, das hier vorgeschlagen ist, die die Geringfügigkeitsgrenze verdoppeln will. Denn dann haben wir wieder eine Grenze und es lohnt sich wieder nicht für die Menschen, die mehr verdienen wollen, mehr zu arbeiten,

(Karl-Martin Hentschel)

weil sie plötzlich Steuern und Sozialabgaben bezahlen müssen. Sie erklären nicht, wie dann diese Menschen aus diesem Minieinkommen noch eine eigene private Altersversicherung aufbauen sollen, ohne im Alter doch wieder bei der Sozialhilfe zu landen. Wer soll die Krankenkasse bezahlen?

Das vorgeschlagene Modell ist auch besser als die Flickmodelle, wie sie jetzt auf Bundesebene von unserem Koalitionspartner gewollt sind. Denn das sind wieder Modelle, die nur denen nützen, die schon länger arbeitslos gewesen sind. **Neue Arbeitsplätze** werden aber auch dadurch auf Dauer nicht geschaffen. Die Dummen sind dann wiederum die, die bisher ehrlich die Steuern gezahlt haben und nicht bereits ein halbes oder ein Jahr arbeitslos sind.

Meine Damen und Herren, eine Freistellung, wie ich sie vorschlage, ist nicht kostenlos zu haben; sie muss gegenfinanziert werden. Herr Garg, auch Ihr Modell muss gegenfinanziert werden. Sie sagen nur nicht, wie. Das nenne ich feige.

Wenn ich als **Gegenfinanzierung** die Verbrauchsteuern vorschlage, dann aus gutem Grund und mit guter Unterstützung. Ich weiß für dieses Modell um die Unterstützung von vielen im Unternehmerverband Schleswig-Holstein, mit denen ich das diskutiert habe, ich weiß für dieses Modell um die Unterstützung der Handwerkskammern Schleswig-Holsteins, von denen beide Präsidenten das Modell öffentlich unterstützt haben, ich weiß auch - das hat mich sehr gefreut - um die Unterstützung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers, der auch in diese Richtung ein Interview gegeben hat.

Eine **Freistellung**, wie ich sie vorschlage, ist nicht kostenlos zu haben - also wie? Die **Gegenfinanzierung** kann nur aus **Verbrauchsteuern** erfolgen, und das aus gutem Grund. Die Verbrauchsteuern belasten den Konsum, also alle.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vor allem die Geringverdiener, Herr Hentschel!)

Das heißt, alle werden an der Finanzierung des Sozialsystems beteiligt. Das ist gerechter als das bisherige System. Die Verbrauchsteuern haben einen weiteren Vorteil: Sie sind außenhandelsneutral, sie belasten nicht den Export wie alle anderen Steuerarten, sie belasten aber den Import, also auch die im Ausland produzierten Produkte, die hier konsumiert werden. Das ist volkswirtschaftlich sinnvoll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie belasten die unteren Einkommen überproportional!)

Außerdem sind die Verbrauchsteuern sozial gut gestaffelt, jedenfalls wesentlich besser als unser jetziges Sozialsystem.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie das denn?)

Der größte Ausgabenfaktor für niedrige Einkommen, die Miete, ist steuerfrei. Der zweite große Faktor, das Essen, hat einen reduzierten Mehrwertsteuersatz. Schließlich kann die soziale Differenzierung der Mehrwertsteuer auch durch einen dritten Mehrwertsteuersatz weiter ausgebaut werden wie in Skandinavien.

Meine Damen und Herren, wer der Theorie nicht glaubt, kann sich in der Praxis anschauen, wie eine solche drastische **Senkung der Lohnnebenkosten** im unteren Einkommensbereich funktioniert. In Dänemark hatte sie in der Mitte der 90er-Jahre die Folge, dass innerhalb von fünf Jahren eine Halbierung der Arbeitslosigkeit erreicht wurde, ein Ergebnis, das uns schon von zwei Kanzlern tapfer versprochen wurde.

Ich habe die hier dargestellten Überlegungen an verschiedenen Stellen vorgestellt; ich habe das schon erwähnt. Ich bin auf Zustimmung gestoßen. Das ermutigt mich, die Diskussion über dieses Modell weiter zu führen. Ich weiß, dass es in allen Parteien Menschen gibt, Wirtschaftsexperten, Sozialexperten, die darüber nachdenken, eine solche Veränderung des Sozialversicherungssystems vorzunehmen. Ich wünsche mir, dass wir in der Debatte über diesen Antrag über Parteigrenzen hinweg einen **Denkprozess** einleiten, der zu einer wirklichen Reform in Deutschland führen kann. Ich würde mich freuen, wenn wir das im Ausschuss weiter beraten und in den nächsten Jahren vielleicht auch erfolgreich zu einer Reform in Deutschland kommen würden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Jutta Schumann [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort erteile, will ich Gäste begrüßen. Auf der Tribüne haben sich Schülerinnen und Schüler der Gustav-Johannsen-Skole Flensburg mit ihren Lehrkräften eingefunden. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ich fand es sehr

(Dr. Heiner Garg)

charmant, dass Sie gestern angekündigt haben, die Wahlversprechungen von Edmund Stoiber würden bis zur Bundestagswahl auf ein weißes Blatt Papier passen. Ich fand das nicht nur charmant, sondern ich fand auch, dass Sie den Mund sehr voll genommen haben, weil nämlich Ihr eigener Bundeskanzler acht Monate vor seiner angestrebten Wiederwahl auf eine stolze Bilanz blicken kann, auf eine Bilanz mit 4,5 Millionen Arbeitslosen bereits im Februar, Lohnnebenkosten in Höhe von 41 %, Anstieg der Schwarzarbeit in noch nie gekannter Höhe, Haushaltsdefizit von 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts und einem Wirtschaftswachstum von gerade 0,6 % im Jahre 2001. Dann haben wir noch so einen fantastischen Debattierclub, der sich „Bündnis für Arbeit“ nennt und bisher außer heißer Luft überhaupt nichts produziert hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Dafür aber werden die Gewerkschaften in Zeiten des niedrigsten Wirtschaftswachstums seit 1993 die höchsten Tarifsätze fordern. Das ist alles in allem eine Politik gegen Arbeitslose.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es werden mit sehr ruhiger Hand rund 1 Million Arbeitsplätze durch eine völlig verfehlte Arbeitsmarktpolitik vernichtet, um sie dann kurz vor der Bundestagswahl durch ein gigantisch teures Subventionsprogramm in Form des so genannten „**Mainzer-Modells**“ wieder neu schaffen zu wollen. Insoweit finde ich es in der Tat bemerkenswert, Frau Ministerin Moser, dass Sie bei der bundesweiten Einführung des so genannten „Mainzer-Modells“ vor überzogenen Erwartungen an die Effekte von Kombilohn-Modellen für den Arbeitsmarkt insgesamt gewarnt haben.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Ministerin Heide Moser)

- Sie können die Leckerli stecken lassen, weil wir uns in anderen Punkten nicht so sonderlich einig sind. Wir stimmen aber darin überein, Frau Ministerin, dass **Kombilohn-Modelle** einen zusätzlichen Beitrag zur aktiven Arbeitsmarktpolitik darstellen - ein Allheilmittel sind sie allerdings nicht. Der flächendeckende bundesweite Einsatz des „Mainzer-Modells“ für einen zuvor vollkommen zerschlagenen Arbeitsmarkt ist ein solches Armutszeugnis, wie es bisher keine Vorgängerregierung - gleich welcher Zusammensetzung - abgeliefert hat.

Sinnvolle aktive Arbeitsmarktpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie auch auf regionale Besonderheiten eingeht. Die Absicht, das so genannte „Mainzer-Modell“ flächendeckend einführen zu wollen, ist

nichts als eine unendlich teure arbeitsmarktpolitische PR-Kampagne des Bundeskanzlers.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wenn man, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Hentschel, tatsächlich einen **Niedriglohntektor** dauerhaft schaffen will, dann gehört eben auch dazu, die Gesetzesgrundlage für die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sofort zu ändern. Lieber Kollege Hentschel, es kommt selten genug vor, dass die Grünen vernünftige Eingebungen haben. Vielleicht lag es auch an der Weihnachtszeit, dass Oswald Metzger, die derzeitige 325-Euro-Regelung als das bezeichnete, was das Gesetz schon immer war: eine „Missgeburt“. Seine Warnung vor „Denkverboten“ zu Gunsten größerer Beschäftigungschancen für gering Qualifizierte, bei der Lockerung des Kündigungsschutzes, bei der Gestaltung befristeter Beschäftigungsverhältnisse und bei der Teilzeitarbeit fand ich bemerkenswert. Auch die Äußerung Metzgers gegenüber „dpa“ am 18. Januar 2002, dass „Staatsfinanzen sich ohne eine Arbeitsmarktreform nicht sanieren lassen“, lässt nur den Schluss zu, dass die Grünen mittlerweile FDP-Papiere verteilen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Herr Kollege Hentschel, dazu würde aber auch gehören - ich zitiere immer noch Herrn Metzger -, dass die Beiträge der Sozialversicherung auf mindestens 39,5 % gesenkt, am Arbeitsmarkt weniger Bürokratie herrscht und betriebsnahe Tariflösungen gefunden werden. Dazu konnte ich in Ihrem Beitrag allerdings nichts erkennen. Ihr Modell lässt weder weniger Bürokratie noch mehr Flexibilität bei Tarifabschlüssen durchblicken. Sie können ja so tun, als ob Sie das alles nicht interessiert; es wäre nur ganz sinnvoll, dass Sie - wenn Sie sich als Sozialexperte hinstellen - ab und zu auch einmal darüber nachdenken - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein! Das ist zu viel verlangt!)

- Ja, Kandidat Kubicki, ich weiß, dass das zu viel verlangt ist. Es wäre aber ganz nett, wenn er sich wenigstens hinterher überlegen würde, was er da vorhin für einen Unsinn erzählt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Das Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24. März 1999 ist volkswirtschaftlicher Blödsinn.

(Beifall bei der FDP)

Seine Urheber und Claqueure können auf eine wahrhaft stolze bisherige „Bilanz“ blicken: Abgesehen von der Tatsache, dass sicherlich einige geringfügig Be-

(Dr. Heiner Garg)

schäftigungsverhältnisse zu Teilzeit- bzw. Vollzeitjobs zusammengefasst wurden, sind unter dem Strich netto rund 1 Million **geringfügige Beschäftigungsverhältnisse** per Gesetz vernichtet worden. Dafür hat diese „Missgeburt“ vor allem der Schwarzarbeit zu einer noch nie da gewesener Hochkonjunktur verholfen. Und damit wir wissen, über welche Dimensionen wir reden: Bundesweit wird - so das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung aus Tübingen - der Wert der Schwarzarbeit im Jahr 2002 auf rund 350 Milliarden Euro beziffert. Das sind 16,5% des Bruttoinlandsprodukts.

Das Gesetz ist wirtschaftsfeindlich, weil in vielen Branchen auf Nachfragespitzen nicht mehr flexibel reagiert werden kann. Spitzenzeiten werden schlichtweg durch Überstunden, die Sie ja immer so anprangern, ausgeglichen. Diese „Missgeburt“ ist aber vor allem arbeitnehmerfeindlich, weil vielen Frauen und Männern genau die Beschäftigungsform genommen wurde, die von ihnen gewünscht wurde, um sich etwas hinzu zu verdienen. Insbesondere Frauen und Männer mit geringeren Qualifikationen haben zuvor von diesen Beschäftigungsverhältnissen profitiert. Der Wunsch, dass sich durch die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse die **soziale Absicherung** der Beschäftigten erhöht, hat sich als schlichte Nullnummer erwiesen. Nicht die einzelnen Beschäftigten erfuhren ein Plus an sozialer Absicherung, sondern lediglich die maroden Sozialkassen.

(Beifall bei der FDP)

In unserem Antrag geht es darum, **Beschäftigungsanreize** zu schaffen, indem die monatliche Entgeltgrenze auf 630 Euro erhöht wird. Mit der **Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze** wird ein erster, bescheidener Beitrag dazu geleistet, dass tatsächlich ein funktionierender Niedriglohnssektor entsteht. Gleichzeitig wird aber auch ein bescheidener Beitrag zur Stabilisierung des gegliederten Sozialversicherungssystems geleistet. An diesen Punkt unterscheiden wir uns ganz außerordentlich, Herr Kollege Hentschel.

Wer die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme im Grunde erhalten will, muss sie infolge der demographischen Entwicklung ergänzen und stabilisieren. Genau eine solche **Stabilisierung** stellt die von uns geforderte **Altersvorsorgepauschale** dar: Sie arbeitet nach dem Kapitaldeckungsverfahren, ist privatwirtschaftlich organisiert und entfaltet somit ordnungs- und sozialpolitisch positive Effekte. Sozialpolitisch entscheidend ist dabei für mich, dass der einzelne geringfügig Beschäftigte aus einem solchen System eine zusätzliche Altersversorgung erhält, deren Betrag - -

(Ministerin Heide Moser: Zusätzlich?)

- Natürlich zusätzlich! Das ist ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis, Frau Ministerin. Sie wollen mir doch nicht erzählen, dass alle, die ein solches Beschäftigungsverhältnis haben, nur von diesem Beschäftigungsverhältnis leben!

(Ministerin Heide Moser: Nein!)

- Eben. Also ist es zusätzlich; und also erhalten sie eine zusätzliche Altersversorgung. Und deren Betrag ist 15-mal höher, als der aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Schon aus diesem Grund würde ich gerne, Herr Kollege Hentschel, sowohl unser Modell als auch Ihre wirren Vorstellungen in der Praxis einmal testen lassen. Mich würde interessieren, ob die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereit sind, zu Lasten ihrer eigenen Altersvorsorge nur noch die Finanzlöcher umlagefinanzierter Sozialversicherungssysteme zu stopfen, oder ob sie nicht lieber selbst etwas für ihre Altersvorsorge tun wollen.

Die Grünen machen es sich zu einfach, wenn sie sämtliche ökonomischen und demographischen Probleme der Sozialversicherung durch eine **Abkehr von der Beitragsfinanzierung** hin zur Steuerfinanzierung lösen wollen. Für meine Fraktion stelle ich klipp und klar fest: **Dänische Verhältnisse** wollen wir unter keinen Umständen. Das ist langfristig eine unendlich teuer eingekaufte Mogelpackung, Herr Kollege Harms.

(Lachen beim SSW - Lars Harms (SSW): Ich rede doch gar nicht dazu!)

- Du hast doch schon wieder den Kopf geschüttelt! - Das Spannende ist aber doch: Auch die Dänen haben das inzwischen festgestellt. Denn mittlerweile sind die Leistungen ihrer „Folkepension“ so weit abgesenkt worden, dass von dieser Pension nach Abzug der Steuern niemand mehr leben kann und sie einen immer größeren Teil ihrer Altersversorgung durch private Zusatzversicherungen abdecken müssen.

(Beifall bei der FDP - Anke Spoorendonk [SSW]: Das ist falsch!)

Vor diesem Hintergrund kann ich nur an alle appellieren: Wenn wir im Ausschuss über das Modell Grün und über das Modell Blau-Gelb debattieren, dann überlegen Sie sich einmal ernsthaft, vor welchem demographischen Umbruch wir stehen! Überlegen Sie sich einmal ernsthaft, wie umlagefinanzierte Sozialversicherungssysteme überhaupt funktionieren! Die funktionieren nämlich nur bei einer wachsenden Bevölkerung. Wir haben aber eine schrumpfende Bevölkerung. Wenn Sie diese Systeme in ihrem Kern ernsthafterweise erhalten wollen - das wollen wir übrigens auch -, dann wird es allerhöchste Zeit, dass Sie sie durch kapitalgedeckte Elemente stabilisieren - so wie Walter Riester das bereits angefangen hat. Ein erster

(Dr. Heiner Garg)

Schritt dazu wäre eine private kapitalgedeckte zusätzliche Altersvorsorge für die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Auf die Ausschussberatungen bin ich sehr gespannt.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein total deregulierter Arbeitsmarkt, der für einen großen Teil der Beschäftigten Löhne unterhalb des Existenzminimums bedeuten würde, ist weder sinnvoll noch sozialpolitisch akzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Frage sind wir uns in diesem hohen Hause sicherlich alle - auch die Grünen und die FDP - einig. In der heutigen Diskussion stellt sich allerdings erneut die Frage, ob geringproduktive und demnach auch nur geringentlohnte Arbeit systematisch - auf Dauer oder zeitlich begrenzt - staatlich subventioniert werden soll. Die Befürworter einer solchen Subventionierung von geringqualifizierter Arbeit führen folgende Argumente an - zum Teil haben wir sie schon gehört -: Erstens. In den Industrien würden ständig Arbeitsplätze in diesem Sektor abgebaut und somit freigesetzte Arbeitskräfte könnten nur mit einfachen Arbeiten und einfachen personenbezogenen Dienstleistungen beschäftigt werden. Zweitens. Zusätzliche Beschäftigung mit einfachen Arbeiten sei auch deshalb notwendig, weil die Qualifikationsanforderungen ständig stiegen und immer mehr Menschen nicht in der Lage seien, diese Anforderungen zu erfüllen. Drittens. Im gegenwärtigen Sozialsystem fehle es an Anreizen für Arbeitslose, eine gering bezahlte Arbeit anzunehmen.

Diesen Argumenten kann man folgende Einwände entgegenhalten: Die Arbeitsplatzlücke ließe sich auch problemlos ohne einen subventionierten Niedriglohnsektor schließen, wenn nur **Arbeitszeitverkürzungen** und **Abbau von Überstunden** umgesetzt würden. Es gilt auch, weiterhin die besondere Situation in Deutschland zu berücksichtigen, dass nach der Wiedervereinigung eine hohe Arbeitslosigkeit im Osten eingetreten ist. Außerdem sollte die vorhandene Qualifikation vieler Arbeit Suchender eine Herausforderung für ihre berufliche Qualifikation darstellen. Jedenfalls gibt es im Bildungswesen und vor allem in der Weiterbildung noch viele unausgeschöpfte Möglichkeiten, um die **Qualifikation** von Arbeit Suchenden zu verbessern.

Die Antwort auf das Problem der gering qualifizierten Arbeitslosen ist nicht, sie zu subventionieren, sondern sie zu qualifizieren und die Anstrengungen in der Bildungspolitik zu verstärken. Dies heißt, es darf auf keinen Fall durch die Subventionierung gering qualifizierter Arbeit dazu kommen, dass arbeitsmarktpolitische Alternativen, die zu anderen langfristig tragfähigen strategischen Ansätzen wie Arbeitszeitverkürzung oder intensive Qualifikation von Arbeit Suchenden führen, vernachlässigt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die gering qualifizierte Arbeit aus **Steuermitteln** zu subventionieren, ist eine Möglichkeit, die allerdings dazu führt, innerhalb des bestehenden Sozialversicherungssystems die Gewichte zwischen Beitrags- und Steuerfinanzierung zu verschieben. Natürlich würde ein höherer Bundeszuschuss zur Rentenversicherung, ein Regelbundeszuschuss zur Bundesanstalt für Arbeit oder die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik aus steuerfinanzierten Einnahmen ganz durch den Bund ein Weg sein, ein Weg, den die rot-grüne Bundesregierung seit 1998 zum Beispiel zur Entlastung der Rentenversicherungsbeiträge mit der Ökosteuer auch geht. Dem Vorteil, dass durch diesen Weg die Arbeitskosten entlastet werden, steht allerdings der Nachteil gegenüber, dass damit die **Abhängigkeit der Sozialversicherung von der Haushaltspolitik** des Bundes immer weiter steigen würde. Und neben den politischen Schwierigkeiten der Umsetzung des Sozialversicherungssystems wird dieser Weg auch eine Antwort darauf geben müssen, wie denn die durch die Beitragsfinanzierung begründeten Ansprüche auf die Sozialversicherung umgesetzt werden sollen. Denn genau diese Ansprüche an unsere Sozialversicherung werden durch ein neues Finanzierungssystem aufgeweicht.

Wer wie Karl-Martin Hentschel einfach eine **Erhöhung der Mehrwertsteuer** auf 19 Punkte vorschlägt, vergisst, dass derartige Steuererhöhungen auch auf die Löhne und Arbeitskosten durchschlagen. Wenn die Sozialversicherungsbeiträge durch indirekte Steuern ersetzt und die Konsumpreise drastisch erhöht werden, wird sich dies auch in den Lohnforderungen der Gewerkschaften und der Beschäftigten generell niederschlagen. Im Übrigen glaube ich, dass der geschichtliche Rückblick von Karl-Martin Hentschel auf die Zeiten des Kaiserreichs, nachzulesen im „Flensburg Avis“ vom 14. Januar 2002, nicht nur hinkt, sondern auch Gefahren birgt.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Hentschel behauptet nämlich, dass im Kaiserreich die Arbeiter keine Abgaben gezahlt hätten, sondern nur die Reichen. Wahrscheinlich wünscht er sich zur Un-

(Wolfgang Baasch)

terstützung seiner Position und der grünen Wahlchancen das Dreiklassenwahlrecht des Kaiserreichs zurück. Denn dort durften die Arbeiter, die keine Steuern zahlten, auch nicht wählen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Rio Reiser: Wenn ich König von Deutschland wär'!)

Ich finde es prickelnd, uns praktisch in Form eines Workshops zu „Grünen“ Diskussionen aufzufordern. Es bleibt nur der Hinweis darauf, dass mir alleine aus den letzten vier Wochen Zeitungslektüre mindestens vier Vorschläge der Grünen bekannt sind.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Kombilohn, Ausweitung der 325-Euro-Jobs sowie ein Einstiegsgeld für Langzeitarbeitslose sind Diskussionsvorschläge, die gleichberechtigt neben der Mehrwertsteuer-Erhöhung genannt werden. Ich meine, es wäre sinnvoll zu hören, worauf sich die grüne Seite verständigt und was die Grünen denn nun einfordern.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum FDP-Antrag. Bei diesem Antrag handelt es sich um die Neuauflage einer Diskussion, die wir bereits im September des letzten Jahres geführt haben, eine Diskussion, die erneut dazu beitragen soll, sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse akzeptabel zu machen. Dies haben wir damals abgelehnt, und wir halten es auch heute noch für falsch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen hingegen die Initiative der Bundesregierung mit dem neuen Job-Aktiv-Gesetz. Mit dem **Job-Aktiv-Gesetz** werden neue Kapitel in der Arbeit und in der Sozialpolitik aufgeschlagen. Mit dem Job-Aktiv-Gesetz wird die Effektivität der Arbeitsvermittlung gesteigert, die berufliche Qualifizierung wird verstärkt, eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird unterstützt und in noch stärkerem Maße wird das Prinzip „Fördern und Fordern“ verankert. Mit dem Job-Aktiv-Gesetz sollen alle Beschäftigungsmöglichkeiten genutzt werden, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und eine schnelle Wiedervermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Hierzu wird der Arbeit Suchende sehr schnell und sehr qualifiziert beraten, und es wird mit ihm eine Eingliederungsvereinbarung geschlossen,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Darum geht es doch nicht!)

eine Eingliederungsvereinbarung, die auf der einen Seite die Angebote des Arbeitsamtes und der Arbeits-

vermittlung enthält und die auf der anderen Seite die Aktivitäten des Arbeitssuchenden verbindlich festlegt. Um Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden, wird der Einsatz aller arbeitsmarktpolitischen Instrumente für Arbeit Suchende sofort und ohne bisherige Wartezeiten ermöglicht. Dies sind notwendige Neuregelungen, die dazu führen, die Vermittlung von Arbeitslosen noch stärker zu beschleunigen und zielgenau voranzutreiben.

Neben dem Job-Aktiv-Gesetz wird jetzt bundesweit das „**Mainzer-Modell**“ ausgeweitet. Dieses Kombilohn-Modell sieht vor, insbesondere gering qualifizierte Empfänger von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe gezielt zu fördern. Im Rahmen des „Mainzer-Modells“ sind sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse von mindestens 15 Wochenstunden mit einer Bezahlung nach Tarif beziehungsweise ortsüblicher Bezahlung förderfähig. Die Höchstdauer dieser Subventionierung beträgt 36 Monate. Mit dem „Mainzer-Modell“ wird bundesweit ein Kombilohn-Modell eingeführt, das eine durchaus vernünftige Ergänzung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten sein kann. Allerdings wäre nun zu beobachten, ob es durch die Subventionierung von Niedriglöhnen zu Lohndumping kommt und ob die Arbeitgeber die Subventionierung gering qualifizierter Arbeit für ihre Zwecke ausnutzen, indem sie nämlich genau darauf setzen und dann solches Personal einstellen.

Es wäre wahrscheinlich klüger gewesen, das „Elmshorner Modell“ zur Grundlage für ein bundesweites Kombilohn-Modell zu machen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Denn mit dem „Elmshorner Modell“ werden Arbeitgeber animiert, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Lohnkostenzuschüsse werden genutzt, um die Arbeitgeber dabei zu unterstützen, neue und sich auf Dauer im ersten Arbeitsmarkt etablierende Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig werden die Arbeit Suchenden für diese Tätigkeiten qualifiziert.

Dieser Weg und das neue Job-Aktiv-Gesetz, das für eine schnellere Vermittlung und eine bessere Qualifizierung und für eine größere Flexibilität steht, wie auch die konsequente Fortsetzung von ASH 2000 mit den regional sehr unterschiedlichen Umsetzungen in Beschäftigungsgesellschaften und Beschäftigungsprojekten sind die richtigen Antworten, um mehr Arbeit zu schaffen und um schneller und besser die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Zur weiteren Beratung sind wir natürlich gerne bereit, die Anträge im Ausschuss vertiefend zu beraten. Ich sage aber gleich voraus: Die Sozialversicherungssysteme werden wir nicht durch Beschlüsse des Landta-

(Wolfgang Baasch)

ges verändern. Wir können vielmehr nur Anreize schaffen, sich darüber Gedanken zu machen. Aber die Arbeitslosen brauchen ganz dringend genaue Antworten auf die Frage, wie wir ihnen heute und sofort helfen wollen.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Strauß das Wort.

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel, ich will wohl wollend zur Kenntnis nehmen, dass Sie auf den Zeitpunkt Ihres Antrages und darauf hingewiesen haben, dass für Sie die Debatte im Kern beendet ist, was den Augenblick anbelangt.

Man muss sagen: Das Schaulaufen um den Arbeitsmarkt ist beendet. Der Kanzler hat entschieden. Herausgekommen ist ein Kombilohn-Modell, das bei hohem Mitteleinsatz und viel Aufwand zwischen 10.000 und 30.000 Arbeitsplätze bringen soll. Was für eine politische Großtat! Nach alter Manier werden Steuergelder hin und her verschoben, ohne dass auch nur ansatzweise grundlegende Verbesserungen am Arbeitsmarkt erreicht werden.

Aber darum ging es dem Kanzler auch nicht. Worum es ging, war der Showeffekt, mit dem einerseits Aktivität vorgetäuscht werden sollte und andererseits vertuscht werden soll, dass überfällige und tief greifende Reformen des Arbeitsmarktes, der Sozialversicherungssysteme und der Steuergesetzgebung weiter auf die lange Bank geschoben werden.

Die Wirkungen sind verheerend. Anstatt gestaltender Politik erleben die Menschen reaktiven Aktionismus, der nicht nur die Arbeitslosenzahlen in die Höhe treibt, sondern auch die Lohnnebenkosten.

Das Versprechen des Kanzlers, die Lohnnebenkosten unter 40 % zu senken, erweist sich ebenso als Makulatur wie das Versprechen,

(Uwe Eichelberg [CDU]: Es gibt noch mehr Makulatur!)

die Arbeitslosenzahlen unter 3,5 Millionen zu senken - mit der Folge, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft noch schlechter und der Druck auf den Arbeitsmarkt immer größer wird. Die Kritik der Fachleute war denn auch einhellig und vernichtend.

Auf den Punkt gebracht hat sie Professor Driftmann. Zitat des Tages vom 16. Januar 2002 in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“:

„Es ist so, als wenn man einem an Pneumonie erkrankten Patienten das Gesicht pudert in der Hoffnung, dass das Fieber sinkt.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP versuchen mit ihren Anträgen zur Arbeitsmarktpolitik, auf einen Zug aufzuspringen, der schon lange auf dem Weg ins Nirgendwo abgefahren ist. Inhaltlich lassen beide Anträge leider jeden vernetzten Denkansatz vermissen, der geeignet wäre, die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Garg, Sie haben in Ihrer Rede einiges dargestellt. In dem Antrag ist wenig davon zu finden. Insofern gibt es hier Schwierigkeiten.

Die Frage der richtigen oder verfehlten **Anreize** ist die Kernproblematik der Wirtschaftspolitik und untrennbar damit die Arbeitsmarktpolitik verbunden. Professor Siebert vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel beschreibt diese Problematik in seinem Buch „Der Kobra-Effekt“. Es lohnt sich im Übrigen, es zu lesen.

„'Kobra-Effekt', was bedeutet das?“

Die Geschichte geht so:

„Zuzeiten der englischen Kolonialverwaltung soll es in Indien einmal zu viele Kobras gegeben haben. Um der Plage Herr zu werden, setzte der Gouverneur eine Prämie pro abgelieferten Kobrakopf aus. Die Inder sollten also Kobras einfangen. Wie reagierten sie?“

(Jutta Schümann [SPD]: Sie züchteten sie!)

„Sie züchteten Kobras,“

- so ist es -

„um die Prämie zu kassieren.“

Herr Kollege Garg, was wäre die Wirkung Ihres Antrags?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Na?)

Erstens. Solange Sozialtransfers plus Schwarzarbeit attraktiver sind als reguläre Arbeit, wird es im Niedriglohnbereich keine neuen Arbeitsplätze geben.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Wo Ihr Parteikollege Brüderle Recht hat, hat er Recht.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die gab es vorher auch! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Die gab es vorher auch!)

(Roswitha Strauß)

- Sie verwechseln hier ständig Niedriglohnbereich mit geringfügiger Beschäftigung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich verwechsele gar nichts!)

Zweitens. Deutschland wäre vermutlich schlagartig zu großen Teilen ein Niedriglohnland. Gut bezahlte Jobs würden gesplittet und die Mitnahmeeffekte wären gigantisch.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ganz zu schweigen von der kompletten **Verwerfung der Sozialversicherungssysteme**. Ich gebe Ihnen vollkommen Recht, dass wir sie ändern müssen, aber nicht mit einem Schnitt an irgendeiner Stelle ohne Berücksichtigung des Umfeldes. Das muss dann schon eine Gesamtkonzeption sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Können Sie sich an den Antrag des Kollegen Arp erinnern?)

Über die Finanzierung verlieren Sie vorsichtshalber gar kein Wort. Das hat der Kollege Hentschel zu Recht angemerkt.

Deshalb: Oberstes Gebot für die Etablierung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich, die potenziell durchaus vorhanden sind, muss eine grundlegende **Reform der Arbeitsmarktpolitik** sein.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Das Beispiel **Dänemark** zeigt, was mit mutigen Reformen erreicht werden kann. Dabei geht es nicht um eine steuerfinanzierte Grundsicherung. Innerhalb von fünf Jahren ging die Arbeitslosenquote Mitte der 50er-Jahre von knapp 12 % auf 5,5 % zurück.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wissen Sie, was das gekostet hat?)

Ursache hierfür waren Reformen wie die Verschärfung der Anforderungen an die Arbeitslosen. Das Motto hierbei: Wer Sozialtransfers in Anspruch nimmt, hat auch Pflichten; Solidarität ist keine Einbahnstraße.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ist es! - Beifall bei der CDU)

Die Arbeitslosenunterstützung ist dort in den ersten Monaten recht hoch. Dafür muss der Arbeitslose ein angebotenes Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis annehmen, sonst verliert er seine Ansprüche. Das wird knallhart durchgezogen.

Es gibt strenge Verfügbarkeitsregelungen.

Die Kündigungsfristen sind kurz, Abfindungen gibt es so gut wie keine. Dennoch haben nur wenige dänische Arbeitnehmer Angst um ihren Arbeitsplatz, weil sie

schnell einen neuen finden und weil die Behörden funktionieren.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Roswitha Strauß [CDU]:

Danke, nein.

(Heiterkeit)

Nur durch die **Senkung der Arbeitslosenquote** haben die öffentliche Haushalte überhaupt eine Chance einer Erholung beziehungsweise einer Gesundung. Wenn es Deutschland gelingen würde, die Arbeitslosenquote ebenfalls auf etwa 5 % zu senken, würde dies gegenüber heute Einsparungen und zusätzlichen Gestaltungsspielraum in Höhe von etwa 30 Milliarden € eröffnen. Der Mut, der heute für eine Reform erforderlich ist, würde sich für die Zukunft als enormer Gewinn erweisen, und zwar nicht nur für die betroffenen Menschen, sondern für ganz Deutschland.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Zu einer grundlegenden Reform gehört allerdings auch die Kappung der kontraproduktiven AB-Maßnahmen, die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie die Wiederherstellung der alten 630-DM-Regelung, um auf den Bedarf an Aushilfen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder so flexibel wie möglich zu reagieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Können Sie sagen, wer ABM eingeführt hat?)

- Hören Sie einen Moment zu! - Die Bundesanstalt für Arbeit gibt jährlich mehr als 40 Milliarden DM oder 20 Milliarden € für aktive Arbeitsmarktpolitik aus. Wenn man nur die Hälfte dieses Betrages für die Förderung im Niedriglohnbereich verwenden würde,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sind doch schon Verwaltungskosten!)

könnte man - 100 € Förderung pro Person unterstellt - 800.000 echte neue - ich betone: echte neue! - Arbeitsplätze schaffen, ohne auch nur einen einzigen € mehr auszugeben als bisher.

(Beifall bei der CDU - Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Herr Kollege Hentschel, wir brauchen keine milliardenschwere Mehrwertsteuererhöhung zur Finanze-

(Roswitha Strauß)

rung von Lohnsubventionen, wir brauchen eine mutige **Reform des Arbeitsmarktes**.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit ständiger Gegenfinanzierung kann man die viel zu hohe Staatsquote nie reduzieren, die im Übrigen auch eine wesentliche Ursache für die zu schwache Binnen- nachfrage ist. Wir müssen aus diesem Teufelskreis heraus.

Aus der Sicht der CDU muss die **Förderung des Niedriglohnssektors** nicht nur in eine umfassende Reform auf dem Arbeitsmarkt eingebettet sein, sondern darüber hinaus muss auch die Aktivierung der privaten Haushalte als Arbeitgeber mit steuerlicher Flankierung wieder eingeführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Streichung der **steuerlichen Absetzbarkeit von Haushaltshilfen** zum 1. Januar dieses Jahres geht die Bundesregierung genau den gegenteiligen Weg. Es bedarf keiner prophetischen Gaben, um hier einen weiteren Schub bei der Schwarzarbeit vorherzusagen.

(Beifall bei der CDU)

Das entscheidende Kriterium für die Förderwürdigkeit muss der geringe Stundenlohn und nicht der Monats- verdienst sein. Das Segment des Arbeitsmarktes zwischen 325 und 800 € wiederzubeleben, muss das Ziel sein.

In diesem Zusammenhang ist es ein unglaublicher Vorgang, wenn die Bundesregierung bei über 4 Millionen Arbeitslosen nunmehr auch noch Zuwanderungsvoraussetzungen schaffen will, die die Anwerbung von Pflegepersonal aus Polen zu Niedriglöhnen möglich machen soll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie machen wir es jetzt, Frau Strauß?)

Man kann sich nur noch schämen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was soll das denn jetzt?)

Hätte die Bundesregierung statt Murks wie mit dem Job-Aktiv-Gesetz und den Kombi-Lohnmodellen zu machen, eine grundlegende Arbeitsmarktreform auf den Weg gebracht, könnten auch diese Arbeitsplätze problemlos mit einheimischen Arbeitnehmern besetzt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das glauben Sie doch nicht im Ernst!)

Sie merken an meiner Rede, dass wir den vorliegenden Anträgen nicht zustimmen werden. Allerdings sind

auch wir selbstverständlich zu einer vertiefenden Er- örterung im Ausschuss bereit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Wolf- gang Kubicki [FDP]: Wozu soll das denn bei Ihnen führen?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die aktu- ellen Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt haben jetzt erneut die wieder notwendige Debatte um eine moder- ne Arbeitsmarktpolitik in den Landtag gebracht - aber auch der Bundestagswahlkampf, so habe ich den Ein- druck. Im Dezember waren wieder fast 4 Millionen Menschen in der Bundesrepublik arbeitslos. Das ist im Wahljahr natürlich ein Desaster für einen Kanzler, der versprochen hat, an der Senkung der Arbeitslosigkeit gemessen zu werden. Aber es ist ein noch viel größe- res Desaster - oder sollten wir lieber sagen: persönli- ches Schicksal? - für die vielen Bürgerinnen und Bür- ger, die jeden Tag die Folgen der Arbeitslosigkeit an sich und ihren Familien spüren können.

Erklärungen für die Misere gibt es viele. Sie sind si- cherlich auch nicht alle falsch. Neben den negativen Folgen für den deutschen Export durch den wirtschaftli- chen Einbruch in den USA war es die Krise auf dem „Neuen Markt“ - von Mobilfunkunternehmen bis zu Internetfirmen -, die zu vielen Entlassungen geführt hat. Allerdings haben viele unserer Nachbarländer in der Europäischen Union mit denselben Problemen zu kämpfen. Dennoch weisen sie bessere Arbeitsmarkt- daten auf, zum Beispiel Dänemark, wo die Arbeitslo- senquote immer noch bei 5 % liegt. Holland, Finnland, Belgien sind andere Beispiele, wo sich die Arbeitslo- sigkeit trotz der allgemeinen Wirtschaftsflaute auf relativ niedrigem Niveau befindet.

Wir kommen deshalb nicht darum herum, die Ursach- en der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in den Strukturen auf unserem Arbeitsmarkt zu suchen. Wenn man bei 4 Millionen Arbeitslosen fast 1,2 Millionen offene Stellen hat, muss immer noch etwas ganz Entscheidendes in der Arbeitsmarktpolitik falsch sein. Angebot und Nachfrage passen nicht zu- sammen.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, für die geringe Anzahl von anwesenden Abgeordneten ist es etwas zu laut.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Wenn sich aber im Wahljahr alle Parteien mit neuen kurzfristigen Lösungsvorschlägen überbieten, ist Vorsicht geboten. Es ist der negative Effekt unserer Gesellschaft, dass Politiker - gleich welcher Couleur - bei einem entstandenen Problem sofort der Öffentlichkeit Lösungen anbieten. Dabei übersehen sie aber die bereits vorhandene Bandbreite der Arbeitsmarktmodelle, die insbesondere im Bereich der so genannten geringer Verdienenden den Arbeitslosen in Arbeit helfen sollen. Da preist der Bundeskanzler das so genannte „Mainzer-Modell“ als großen Wurf an. Aber es stellt sich heraus, dass die Experten bei einer bundesweiten Ausdehnung des Modells nur mit 20.000 bis 30.000 neuen Arbeitsplätzen rechnen.

Dann versucht die CDU-Bundestagsfraktion dies zu überbieten, indem sie 10 Milliarden DM für ein ähnliches Modell ausgeben will. Das CDU-Modell hat aber auch die Schwäche, dass eigentlich nur der Arbeitnehmer durch finanzielle Vorteile motiviert wird. Dem Arbeitgeber bietet dieses Modell fast keine finanziellen Anreize, um Arbeitslose in größerer Zahl einzustellen. Schlimm ist dabei, dass die CDU ihr Modell durch den Wegfall von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanzieren will.

Dazu kommt dann noch die FDP, der im Grunde erneut nichts Besseres einfällt, als die Wiedereinführung der alten 630-DM-Jobs mit einer erhöhten Bemessungsgrundlage zu fordern, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Auch im Landtag müssen wir uns heute mit einem entsprechenden Antrag beschäftigen.

Alle diese Initiativen kranken aus unserer Sicht daran, dass sie nur an einem System herumdoktern, das von Grund auf geändert werden muss;

(Beifall beim SSW)

denn es ist zwar richtig, dass der Anreiz für die Wirtschaft, im Niedriglohnsektor mehr Beschäftigte einzustellen, durch die hohen Lohnnebenkosten äußerst gering ist. Doch sehen wir seit Jahrzehnten, dass man dieses Problem durch Sonderregelungen - sei es nun das „Mainzer-Modell“ oder sei es die alte 630-DM-Regelung - nicht wirklich löst, sondern häufig nur neue zusätzliche Probleme schafft.

Da ist der vorliegende Antrag der Grünen von der Intention her schon richtiger. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer wollen die Grünen die Lohnnebenkosten für den Niedriglohnsektor senken. Leider picken sich die Grünen nur einen sehr kleinen Teil des so genannten dänischen Modells heraus, ähnlich wie Frau Strauss es vorhin auch getan hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Zum Glück!)

Denn das dänische Sozialversicherungssystem wird nicht durch die Mehrwertsteuer finanziert, sondern gerade auch durch die Lohnsteuer, die viel höher ist als in Deutschland, und durch andere Verbrauchssteuern. Ich verweise auf die Luxussteuer, die es in Dänemark gibt. Ich würde gerne einmal hören, was die Kolleginnen und Kollegen hierzu sagen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wollen wir nicht haben!)

Auch den Vorteil des Sozialversicherungssystems haben alle. Im Gegensatz zu Deutschland haben in **Dänemark** alle den Vorteil.

Deswegen ist auch dieser Vorschlag im Endeffekt nur ein Herumdoktern am System in Deutschland, der dazu führen kann, dass die gute Absicht durch entstehende Schlupflöcher wieder unterlaufen wird. Wir halten es für wichtiger, am Arbeitsmarkt nicht nur einen Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen.

Wirklich helfen würde nur ein **grundlegender Systemwechsel**, also wenn man, wie in Dänemark, ein vollständig **steuerfinanziertes Sozialversicherungssystem** einführt. Dadurch würden die Lohnnebenkosten erheblich fallen, was der Beschäftigung in allen Sektoren helfen würde. Ein dänischer Arbeitnehmer, der netto das Gleiche in der Tasche hat wie sein deutscher Kollege, ist für seinen Arbeitgeber um circa 30 % günstiger.

Aber aus Sicht des SSW ist die Senkung der Lohnnebenkosten für geringer Verdienende nur ein Beitrag zur Lösung des Problems der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Das sehr erfolgreiche „Elmshorner Modell“ der Landesregierung, in dem durch aktive Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen viele neue Stellen auch im Niedriglohnsektor geschaffen werden, zeigt, dass die Probleme vielschichtiger gelagert sind.

SPD-Bundestagsfraktionschef Struck hat es in einem Interview auf den Punkt gebracht: Wir haben bei den Arbeitslosen zu wenig auf Qualifizierung gedrängt. - Genau das ist der Punkt. Wenn man 1,2 Millionen freie Stellen nicht besetzen kann, dann liegt es vor allem daran, dass viele Arbeitslose nicht über die richtige Ausbildung und Erfahrung verfügen. Im Bereich der **Aus- und Weiterbildung** der Arbeitslosen und natürlich in der Qualität des gesamten Bildungssystems in Deutschland liegt ein Versäumnis.

Das ab dem 1. Januar 2002 geltende **Job-Aktiv-Gesetz** ist ein Schritt in die richtige Richtung. Mit diesem Gesetz versucht man, die Arbeitslosen mit aktiver Hilfe auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, statt sie durch finanzielle Zuwendungen zu pazifizieren. Das Gesetz kommt aber viel zu spät und es ist

(Silke Hinrichsen)

noch ungeklärt, ob den Arbeitsämtern genügend Ressourcen für diese Art aktiver Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt werden.

Eines aber sollte uns allen klar sein: Auch wenn im Laufe dieses Jahres durch den wirtschaftlichen Aufschwung die Arbeitslosenzahlen wieder fallen werden, brauchen wir, um die hohe Sockelarbeitslosigkeit entscheidend abzubauen, einen langen Atem und viele gebündelte Maßnahmen à la „Elmshorner Modell“. Wir brauchen keine Panikreaktionen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich der Landesregierung das Wort erteile, will ich einen Gast begrüßen. In der Loge hat der ehemalige Abgeordnete und Vizepräsident dieses hohen Hauses, Kurt Schulz, Platz genommen. Herzlich willkommen!

Jetzt erteile ich Frau Ministerin Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine kurze Vorbemerkung: Ich will jetzt keine Wahlkampfreden halten.

Die beiden Anträge haben eine Gemeinsamkeit: Sie sind nur Versatzstücke einer vielgestaltigen Debatte zum Niedriglohnssektor. Insofern gebe ich der Kollegin Strauss Recht. Der FDP-Antrag hat darüber hinaus schon eine gewisse Patina. Frau Aschmoneit-Lücke hat ihn in ähnlicher Form bereits in der letzten Legislaturperiode gestellt. Herr Dr. Garg, ich hoffe, Sie wissen das.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, ich kenne ihn!)

- Das ist in Ordnung. Es gab mehrere ähnlich gelagerte Anträge zu diesem Thema. Ich bin Ihnen in der letzten Debatte im September den korrekten Wortlaut eines - wie ich fand - passenden Goethe-Zitats schuldig geblieben. Ich hole das jetzt nach:

„Getreterer Quark wird breit, nicht stark.“

Buch der Sprüche, West-Östlicher Diwan.

(Beifall bei der SPD - Dr. Johann Wadephul [CDU]: Goethe zu zitieren ist doch kein Niveau!)

Beide Anträge hätten die Aufhebung der 325-Euro-Regelung zur Folge, ohne die noch ausstehende gesetzlich vorgeschriebene Evaluation abzuwarten, was ich immer schlecht finde.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass ich ein besonderes Interesse an einer vernünftigen Gestaltung eines **Niedriglohnssektors** habe, und zwar aus arbeitsmarktpolitischen und sozialpolitischen Gründen,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

und dass ich mich immer für eine effiziente Subventionierung einfacher und niedrig entlohnter Arbeit stark gemacht habe. Nichtsdestotrotz brauchen wir eine systematische Debatte. Eine solche haben wir bis jetzt nicht. Wir sind bereits seit Jahren in Kombilohn-Modelle eingestiegen. Das „**Elmshorner Modell**“ ist ein erfolgreicher Ausweis für die arbeitsmarktpolitische Effizienz dieser Kombination, die es unterscheidet vom „Mainzer-Modell“, dieser Kombination von Unternehmensberatung und Akquirierung von Arbeitsplätzen und Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge. Mittelfristig - ob nun Elmshorn oder Mainz - müssen wir uns in der Kombilohndebatte entscheiden, ob wir vorrangig arbeitsmarktpolitische Instrumente entwickeln wollen oder ob wir ein Element der Grundsicherung mit diesen Kombilöhnen etablieren wollen. Das ist ein unterschiedlicher perspektivischer Ansatz.

Momentan schwirren viele Ideen relativ unsystematisch und perspektivlos durcheinander.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Sagen Sie einmal, was Sie wollen, Frau Ministerin!)

- Haben Sie noch ein bisschen Geduld! Bei den anderen hatten Sie mehr Geduld. Dass Sie so reagieren, nur weil ich Sie eben verärgert habe, indem ich Ihnen einen Spaß verdorben habe, tut jetzt nicht nötig.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Haben Sie nicht!)

Angesichts der Vielzahl ist es wenig hilfreich, zwei weitere punktuelle Vorschläge ohne klare Perspektive für die Struktur der staatlichen Transfersysteme und Versicherungssysteme zu debattieren.

Beide Anträge schlagen erhebliche Eingriffe in das Steuer- und Sozialversicherungssystem vor, ohne dass die Konsequenzen im gesamten System zu Ende gedacht wären. Der Antrag der FDP führt auf der Einnahmenseite - ich sage das in aller Kürze - bei der **Sozialversicherung** zu deutlichen **Ausfällen**. Wie bitte - das ist schon angesprochen worden - gehen Sie mit der Folge um, dass dann Millionen von Menschen bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und auch bei Unfall ohne Schutz sind? Sollen sie das selbst bezahlen? Wie weit der Versicherungsschutz dieser Zwangsversiche-

(Ministerin Heide Moser)

rung, die Kapital gedeckt sein soll, reicht, ist die Frage.

Herr Dr. Garg, Sie haben eben die Katze ein bisschen aus dem Sack gelassen. Sie gehen offenbar davon aus, dass dieses alles zusätzliche Arbeitsverhältnisse sind, also eine Art legalisierte Schwarzarbeit. Das kann weder arbeitsmarktpolitisch noch sozialpolitisch sinnvoll sein.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Ministerin, würden Sie mir erklären, welche soziale Absicherung die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer solcher Beschäftigungsverhältnisse vor Inkrafttreten der Neuregelung gehabt haben und welche soziale Absicherung sie nach Inkrafttreten insbesondere im Bereich der Krankenversicherung haben werden?

- Das ist richtig, dass Sie diese Frage stellen. Die Neuregelung hat aber bezweckt, gerade diesen Sektor nicht auszuweiten, sondern deutlich zu begrenzen, während Ihr Vorschlag darauf abzielt, einen Riesensektor für Millionen von Menschen aufzumachen, die dann keine geschützten Arbeitsverhältnisse haben und die das rein im Rahmen ihres Privatarisikos regeln müssten. Bei allem Bekenntnis zu mehr Eigenverantwortung: Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, quasi für eine große Gruppe der Erwerbstätigen hinter Bismarck zurückfallen zu wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich sage es noch einmal: Wir stimmen im Ziel überein, die Beschäftigung zu steigern und dabei insbesondere im Bereich der niedrigqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Beschäftigung und **mehr Arbeitsplätze** zu schaffen. Mit dem Weg, den hier die FDP vorschlägt, stimmen wir nicht überein, auch wenn er jetzt offenbar so ähnlich von der Arbeitgeberseite im Bündnis für Arbeit auf den Tisch gelegt wird. Aber dieses Bündnis schmähen Sie ja auch. Insofern ist es Ihnen sicherlich auch egal, was da auf den Tisch kommt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Antrag der grünen Fraktion. Ich finde den Ansatz grundsätzlich überlegenswert, obwohl mir diese Aussage nach der

Begründung des Antrags durch Sie, Herr Hentschel, deutlich schwerer fällt als sie mir ohne Ihre Begründung gefallen wäre. Diese Ansatz einer **steuerfinanzierten Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge** unterhalb eines Freibetrages und einer degressiven Subventionierung oberhalb des Betrages ist sicherlich auf den ersten Blick attraktiv. Durch die Anhebung der Mehrwertsteuer würden für die Sozialversicherungen keine finanziellen Einbußen entstehen. Für die Arbeitgeber gäbe es eine Kostenentlastung und es wäre ein Anreiz - möglicherweise - zur Schaffung solcher Arbeitsplätze für Erwerbstätige mit einfacher Qualifizierung.

Es gäbe eben auch keinen Wegfall des Versicherungsschutzes der Arbeitnehmer.

Über die **Verteilungswirkung einer erhöhten Mehrwertsteuer** streiten die Experten. Einige haben Ihre Meinung, andere die Meinung, die der Kollege Baasch hier dargetan hat. Ich wage es nicht, eine Entscheidung zu treffen. Ich neige aber dazu - das sage ich hier in aller Deutlichkeit -, die Verteilungswirkung der Erhöhung der Mehrwertsteuer für nicht so schlimm zu halten, wie manche es meinen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, ein Umstieg auf das dänische System, viel diskutiert auch gern hier im Nachbarland Schleswig-Holstein, aber selten zu Ende gedacht, weil immer nur Systemteilchen angeguckt werden,

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

wäre allerdings mit diesen wenigen und sehr pauschal beschriebenen Maßnahmen nicht zu erreichen, wenn er denn - das sage ich jetzt ohne alle Polemik - überhaupt wünschenswert und machbar wäre; denn wir können ja nicht Knall auf Fall aus einem System ins andere umsteigen.

Gestatten Sie mir im Übrigen den Hinweis, dass die Senkung der Arbeitslosigkeit in Dänemark nun nicht nur der Steuerfinanzierung einer Grundsicherung zu verdanken ist, sondern dass dort sehr viel Geld eingesetzt worden ist,

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

um einen zweiten Arbeitsmarkt, und zwar häufig im öffentlichen Bereich, zu subventionieren.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Die Pauschalität der Vorschläge lässt auch eine Bundesratsinitiative fragwürdig erscheinen; denn, Herr

(Ministerin Heide Moser)

Hentschel, wir müssten schon vorher genau überlegen, welche Verwaltungsschritte das erfordern würde, dass heißt, wie viel Bürokratie diese neue Transferleistung erfordern würde. Die mindestens in der Progressionszone notwendige individuelle Berechnung wäre doch - so glaube ich - sehr aufwendig.

Daher kann ich mich zum jetzigen Zeitpunkt diesem Antrag auch nicht anschließen, kann mich dafür nicht erwärmen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wade-phul [CDU])

Ich freue mich aber - das sage ich jetzt ohne alle Häme und nicht als Floskel -, Herr Dr. Wade-phul - ich darf Sie einmal belehren; das haben Sie ja immer so gern -: Wir behandeln hier Anträge und nicht die Vorstellungen der Landesregierung - -

(Klaus Schlie [CDU]: Es könnte ja sein, dass Sie welche haben!)

- Lieber Herr Schlie, wenn Sie nicht zuhören können, dann wiederhole ich: Ich habe Vorschläge deutlich anklingen lassen,

(Dr. Johann Wade-phul [CDU]: Nein!)

aber ansonsten - -

Ja, das tut mir jetzt Leid für Sie; das spricht für Ihr Verständnis in diesem Bereich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Ich darf trotz des Unverständnisses der Opposition ehrlich darauf hinweisen, dass ich mich freue, dies im Ausschuss beraten zu können, weil ich hoffe, dass wir aus schleswig-holsteinischer Sicht einen Beitrag für die bundesweite Debatte leisten können, einen Beitrag, der abgewogen ist, der nicht wahlkampforientiert ist und der auch gespickt ist - so hoffe ich - mit den Vorstellungen der Landesregierung. Hier sind der Wirtschaftsminister und ich nicht sehr weit auseinander.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort weiter erteile, begrüße ich inzwischen in der Loge den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks Nordmark, Herrn Peter Deutschland. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Jetzt erteile ich zu einem Kurzbeitrag Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Holger Astrup hat mir gerade einen Artikel gezeigt, in dem steht, dass jemand 70 Meter Schienen geklaut hat. Er dachte wahrscheinlich, es sei ein Grüner gewesen, der Verkehrspolitik machen will. Aber das ist nicht der Fall. Das kann ich also dementieren.

Ich bedanke mich für die ausgesprochen sachliche Debatte über dieses Thema. Meine Intention war nicht, ein fertiges, ausgerechnetes Modell vorzulegen, sondern eine Diskussion anzustoßen, die ich seit Jahren führe, und einen Ansatz zu verfolgen, der aus zahlreichen Diskussionen entstanden ist, die ich mit ganz unterschiedlichen Leuten - im Unternehmerlager, bei den Gewerkschaften, in den Handwerksverbänden und so weiter - in den letzten Jahren geführt habe. Da hat sich das herauskristallisiert.

Silke Hinrichsen, es ist auch nicht der Versuch, das **dänische Modell** zu übernehmen. Ich glaube, es ist auch gar nicht praktikabel zu denken, wir könnten hier das dänische Modell einführen. Es ist aber ein Versuch, die Strukturwirkungen, die das dänische Modell bezüglich der Schaffung von Arbeitsplätzen auslöst, entsprechend zu übertragen und im Rahmen des existierenden deutschen Modells zu verwirklichen. Das ist der Versuch, der hinter diesem Ansatz steht.

Womit ich völlig einverstanden bin, Frau Strauß, ist, dass Sie sagen, es ist nur ein Teil. Natürlich gehört zu einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik sehr viel mehr. Dazu gehören zum Beispiel Maßnahmen zur **Qualifizierung**, wie Herr Baasch das gesagt hat. Es gehören dazu Maßnahmen der Generierung der Arbeitsplätze, um die Leute wieder in den Arbeitsmarkt zurückzubringen, die längere Zeit arbeitslos sind, und so weiter. Alle diese Maßnahmen werden aber auf Dauer nichts nützen, wenn man nicht für das Arbeitgeberlager die Anreize schafft, tatsächlich auch neue Arbeitsplätze dauerhaft zu schaffen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Das ist der Kernpunkt. Dabei meine ich gerade Arbeitsplätze im unteren Einkommensbereich. Dort müssen es Arbeitsplätze sein, die auch einen **vollen sozialen Schutz** beinhalten. Alles andere ist nicht akzeptabel; denn gerade diejenigen, die wenig verdienen, sind auf einen vollen Schutz angewiesen. Dort kann ich nicht Arbeitsplätze ohne Schutz schaffen. Das gilt gerade für den Niedriglohnsektor. Das wäre genau das Falsche. Die landeten nämlich anschließend nur im staatlichen Sozialversicherungssystem.

(Karl-Martin Hentschel)

Ich glaube also, dass die Flexibilisierung, die in Dänemark gemacht worden ist, wichtig ist, dass die verschiedenen Maßnahmen der **Flexibilisierung** ausgesprochen wichtig sind und dass wir darüber nachdenken müssen. Aber wir wissen auch, dass diese Maßnahmen mit einer hohen sozialen Absicherung verbunden sind. Ich glaube - auch das ist etwas, was für das deutsche System wichtig ist -, wir werden in Deutschland nur zu einer weit gehenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kommen, wenn wir auch die Frage der sozialen Absicherung adäquat im Auge haben. Anders wird es nicht gehen.

Insgesamt bedanke ich mich für die konstruktiven Beiträge. Ich hoffe, dass wir tatsächlich zu einer Debatte kommen. Ich freue mich besonders über Ihre Aussagen und Ihre Beiträge hierzu, weil mich das auch wiederum ermutigt zu glauben, dass wir doch in vielen Punkten in die gleiche Richtung denken.

(Glocke des Präsidenten)

Zum Schluss möchte ich mich bei dem Kollegen Baasch dafür bedanken, dass er extra für diese Debatte eine Sonnenblumenkrawatte und ein grünes Hemd angezogen hat.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Beratung geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Es wurde Überweisung an den Sozialausschuss beantragt. Ist Mitberatung gewünscht? -

(Wortmeldung der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

- Frau Strauß, kommen Sie ans Mikrofon!

Roswitha Strauß [CDU]:

Herr Präsident, ich schlage vor, dass wir die Anträge zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss geben.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dat hev ick mi fast dacht. Wer entscheiden will, die beiden Anträge federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Liberalisierung des Wettbewerbsrechts

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/1504

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Untergangspropheten, die ja schon zum Jahreswechsel 2000 aufs Schwerste enttäuscht wurden, weil die Welt eben nicht untergegangen ist, hatten dieses Jahr die Verbraucherpreise aufs Korn gekommen:

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich hatte keine allgemeine Debatte eröffnet, sondern der Rednerin das Wort erteilt.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Vielen Dank! Mit der Einführung des Euro-Bargeldes, so wurde prophezeit, würden die Portemonnaies der Kunden geschröpft werden, weil die Unternehmen die Währungsumstellung für massive und dauerhafte Preiserhöhungen ausnutzen würden. Das ist selbstverständlich ökonomischer Unsinn, denn es würde dauerhaft nur dann funktionieren, wenn die Menschen der Geldillusion unterlägen. Dafür sind die Menschen - Gott sei Dank - viel zu intelligent.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Lars Harms [SSW] - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Ich glaube, auch Sie, Herr Kollege Astrup!

(Heiterkeit)

Preise sind Tauschverhältnisse und bilden sich im Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Das Währungszeichen auf den Geldscheinen ist nur eine Recheneinheit.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Was passierte wirklich? Entgegen aller Schwarzseherei fing das Jahr für die Verbraucher gut an: Mehrere große Handelsketten begrüßten ihre Kunden mit **Preissenkungen** auf breiter Front. Eine Handelskette wollte alle Preise gar um 20 % senken. Zunächst galt das nur bei bargeldloser Zahlung, später galt es für alle Kunden. Toll, sollte man meinen, denn je niedriger die Preise, desto besser ist es für die Verbraucherinnen und Verbraucher, auch wenn die Preise nur zeitlich befristet sinken.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

In Deutschland sind die Kunden aber weitestgehend gesetzlich vor derartigen Wohltaten geschützt: Breit gefächerte **Sonderrabatte** sind außerhalb von Schlussverkäufen unlauter und deshalb verboten. Das ist nachzulesen in § 7 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Also wurde die Aktion per einstweiliger Verfügung verboten. Richterschele, das wissen wir, ist hier nicht angebracht. Die Justiz ist - jedenfalls solange das Recht nicht geändert wird - an das geltende Recht gebunden. Für die Änderungen sind wir zuständig.

Interessant waren die öffentlichen Erklärungen vieler Befürworter des Verbots. Besonders interessant waren diese zwei: Die Sonderrabatte könnten die Konkurrenz in den Ruin treiben und die Sonderrabatte verunsichern die Kunden, denn wenn das um sich greifen würde, wüssten die Menschen ja gar nicht mehr, was die richtigen Preise sind. Im Klartext heißt das: Niedrige Preise hemmen langfristig den Wettbewerb und sind besonders schlecht für die Verbraucherinnen und Verbraucher. So lauten die Argumente. Was für ein Unsinn!

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP], Holger Astrup [SPD] und Lars Harms [SSW])

Erstens ist freiwilliger Handel vorteilhaft für alle Beteiligten. Zweitens sind die Menschen intelligent genug, vorteilhafte Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Das ist die Triebfeder jeder wirtschaftlichen Betätigung. Drittens ist Wettbewerb keine Veranstaltung zugunsten der Unternehmen, sondern zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Um ihre Gunst bewerben sich die Unternehmen um die Wette. Das ist die Quelle, der Anreiz und die einzige ökonomische Berechtigung für Gewinne. Deswegen führt **Wettbewerb** zu größerer Produktvielfalt bei steigender Qualität und sinkenden Preisen. Die Unternehmen versuchen, sich bei ihrer Kundenbalz gegenseitig zu übertreffen, beziehungsweise zu unterbieten. Davor brauchen wir die Menschen nun wahrlich nicht zu beschützen. Im Gegenteil, wir sollten alles tun, um den Wettbewerb zu fördern.

Wenn Unternehmen im Leistungswettbewerb nicht mithalten können, dann bedeutet das nichts anderes, als dass die Verbraucherinnen und Verbraucher durch ihr Kaufverhalten entscheiden, dass diese Unternehmen ihre Gunst nicht erlangen konnten. Davor sollten wir die Unternehmen nicht beschützen. Im Gegenteil,

wir sollten die Entscheidung den Menschen überlassen und diese Entscheidung auch respektieren.

Aus diesen Gründen sollte § 7 UWG unverzüglich aufgehoben werden. Diese Vorschrift beschränkt die angesprochenen Sonderrabattaktionen auf Winter- und Sommerschlussverkäufe sowie Jubiläumsveranstaltungen. Einen Nutzen für die Verbraucherinnen und Verbraucher gibt es nicht. Ihnen wird elf Monate im Jahr die Chance auf niedrigere Preise vorenthalten. Es gibt nur einen Nutzen für die Unternehmen. Sie sind vor überraschenden Preissenkungen der Konkurrenz geschützt. Das ist zum Nachteil der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Nachdem das überholte, wohlstandsmindernde Rabattgesetz letztes Jahr endlich gefallen ist, sollten wir schleunigst auch auf dieses Hindernis auf dem Weg zu niedrigeren Preisen und höherem Wohlstand für die Menschen verzichten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Unter sonst gleichen Bedingungen ist der niedrigste Preis immer der beste Preis für die Kunden. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP], Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, wenn alle Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich so intelligent wären und das Geld immer so ausgeben könnten, bräuchten wir vielleicht keinen Verbraucherschutz mehr. Das nur vorweg.

Sie haben es schon angeführt: Durch die Aufhebung des Rabattgesetzes und der Zugabenverordnung sind bereits zwei sehr alte und überflüssige Zöpfe des Wettbewerbs abgeschnitten worden. Wohl gemerkt geschah dies unter einer SPD-geführten Bundesregierung. Das haben die Vorgänger versäumt.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Wirkung dieser Veränderungen ist allerdings bislang nicht sonderlich spürbar. Der Euro hat das Verbraucherverhalten sicher weit mehr beeinflusst. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb bezweckt

(Thomas Rother)

zum einen den Schutz des Mitbewerbers im Handel vor bewussten Regelüberschreitungen durch einzelne Konkurrenten und zum anderen den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das sollte man hier nicht vergessen. Nun hat vor ein paar Wochen die C&A-Rabattaktion eine Debatte um **Sinn und Zweck der Sonderverkaufsregelungen** hervorgerufen. Frau Aschmoneit-Lücke hat dies angeführt. Ein Konzern hat dabei eine Regel überschritten. Schon soll laut FDP dieser Regelverstoß zu einem Gesetz gemacht werden. Wenn die Autofahrer das mitbekämen, würden sie sich sicher sehr freuen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Das haben Sie falsch verstanden!)

Nicht nur deshalb ist hier etwas Vorsicht geboten. Der Handel ist zweifellos eine Branche mit einem hohen Grad an Unternehmenskonzentration. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet beispielsweise von einer Aufhebung des Sonderverkaufsverbots eine weitere Verlagerung von Marktanteilen im Einzelhandel hin zu den großen Unternehmen. Kleinere Läden können nicht über mehrere Wochen Rabatte von 20 Prozent, wie das bei C&A der Fall war, geben. Große Konzerne haben viel eher die Möglichkeit, den Rabatt von vornherein einzukalkulieren. Die Stellung der Mittelstands würde weiter gefährdet und der Vormarsch der großen Ketten beschleunigt. Wie das überall in den Innenstädten aussieht, brauche ich nicht zu beschreiben. Wir alle wissen, was sich dort abspielt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das sieht ja jetzt schon so aus!)

- Eben, Herr Garg, das ist schon schlimm genug. Die Verbraucherinnen und Verbraucher hätten sicher erst einmal Anlass, sich zu freuen, denn niemand kann etwas gegen niedrigere Preise haben. Das würde aber sicher nur für kurze Zeit gelten. Es gäbe zwar ständig und überall Sonderverkäufe, jedoch keine Preisklarheit. Preisvergleiche wären wissenschaftliche Arbeiten. Das, was in den ersten Paragraphen des Gesetzes mit Irreführung und unsittlichem Wettbewerb beschrieben ist, sollte mit dem, was dann folgt, zusammenpassen.

Die Regelungen zu Sonderverkäufen jetzt durch über-eilten Aktionismus aus der Hand zu geben, wäre fahrlässig. Bevor eine entsprechende Initiative ergriffen wird, sollte genau überlegt werden, ob damit die Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich besser gestellt werden oder ob nicht nur der Verdrängungswettbewerb im Handel verschärft wird. Hier geht es eben nicht um die Verteilung von Wohltaten, sondern von Marktanteilen. Es geht darum, dass diejenigen, die sich heute freuen, nicht schon morgen über den Tisch gezogen werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wer verteilt schon Marktanteile?)

- Sie möchten hier schnell den Marktmächtigen folgen. Das wäre die Konsequenz daraus. Beim Justizministerium des Bundes ist unter anderem zu diesem Punkt eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die sich mit den Fragen der **Entwicklung des Wettbewerbsrechts** befasst. Dort werden die Vorschläge der EU zur Harmonisierung der Verkaufsförderung und die Umsetzung des EU-Grünbuches Verbraucherschutz bearbeitet. Der Fortfall von Rabattgesetz und Zugabenverordnung wird dort bewertet. Genauso bewertet wird dort der Vorschlag von Ihnen, über den wir jetzt reden.

Bei der Arbeit einer Expertenkommission kann ja etwas Sinnvolles - vielleicht sogar rasch - herauskommen. Warum sollte man das nicht abwarten?

Wir haben nichts gegen die Entrümpelung antiquierter Vorschriften, ganz im Gegenteil, aber es ist besser, vor einer Entscheidung sorgfältig über die möglichen Folgen nachzudenken, die Zusammenhänge noch einmal nachzuvollziehen. Keine Bange bezüglich des Zeitraumes! Die Bundesregierung - ich habe das eingangs gesagt - ist da weitaus flotter und entscheidungsfähiger und entscheidungsfreudiger als ihre Vorgänger.

Wir sollten den Antrag zur Beratung an den Innen- und Rechtsausschuss überweisen und uns dort einmal das Gesamtpaket zum Wettbewerbsrecht anschauen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Handelskette C&A bietet Anfang Januar auf alle Waren einen Rabatt von 20 % an. Die Leute kommen und kaufen. C&A wird abgemahnt und die schleswig-holsteinische FDP stellt im Landtag flugs den Antrag, über eine Bundratsinitiative den gesamten § 7 des UWG abzuschaffen.

(Beifall bei der FDP)

So schnell ist die FDP, so flexibel, so sagenhaft flott. Frau Aschmoneit-Lücke, leider haben Sie damit aber einen populistischen Schnellschuss versucht. So etwas habe ich von Ihnen bisher nicht gekannt und nicht erwartet. Denn dass nach dem Fall des Rabattgesetzes und der Zugabenverordnung auch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb der Überarbeitung bedarf,

(Brita Schmitz-Hübsch)

hatte sich bereits längst in anderen Kreisen herumgesprochen.

Erstens. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag sieht Spielraum für eine weitere Liberalisierung, warnt aber vor voreiligen Forderungen nach einer ersatzlosen Abschaffung.

Zweitens. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels sieht eine Reform des UWG als notwendig an, hält aber eine komplette Streichung des § 7 nicht für angebracht, da sich zumindest die Regeln zum Schlussverkauf bewährt hätten. Auch der Wettbewerb brauche Spielregeln.

Drittens. Die Grünen in Berlin fordern eine gründliche Prüfung der Regeln des angeblich veralteten Gesetzes. Nach ihrer Meinung muss geprüft werden, welche Vorschriften noch der Regelung des Wettbewerbs dienen und welche nicht mehr zeitgemäß sind.

Viertens. Das Verbraucherschutzministerium dringt ebenfalls darauf, das UWG rasch zu ändern. Mit der Abschaffung des Rabattgesetzes sei die Mündigkeit des Verbrauchers hergestellt worden, man müsse den Verbraucher nicht mehr vor niedrigen Preisen schützen.

(Beifall bei der FDP - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Zitat wollte ich auch bringen!)

Eine Argumentation, die ich bei Ihnen wiederfinde. - Ich war vor Ihnen dran, Herr Hentschel; so ein Pech!

(Heiterkeit)

Fünftens. Das Bundesjustizministerium hat vor einem Jahr eine Kommission UWG einberufen, in der die Wirtschaftsverbände sowie das Verbraucherministerium und das Wirtschaftsministerium vertreten sind. Diese Kommission soll mögliche Marktrisiken beobachten, die sich aus der Abschaffung von Rabattgesetz und Zugabeverordnung ergeben.

Sechstens. Schließlich hat die EU-Kommission im Herbst vergangenen Jahres den Entwurf einer Verordnung zur Verkaufsförderung veröffentlicht. Darin wird der ganze Bereich der Wertreklame geregelt.

Sie sehen also: Hier ist ein Zug in voller Fahrt und hat nur darauf gewartet, dass auch die schleswig-holsteinische FDP noch auf den Zug aufspringt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir nehmen Sie gern mit! - Zuruf der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Frau Kollegin, ich schlage vor, dass wir den Antrag in den Wirtschaftsausschuss überweisen und dort in Ruhe

über das Für und Wider des § 7 diskutieren, der ja das Thema Sonderveranstaltungen, Sonderangebote regelt.

(Holger Astrup [SPD]: Gibt es eigentlich eine Meinung der CDU zu dem Thema? Könnte ja sein!)

Herr Kollege Astrup, den Begriff der **Sonderveranstaltung** gibt es übrigens auch in anderen Ländern der Europäischen Union. Deshalb bin ich nicht sicher, ob er bei einer Harmonisierung einfach abgeschafft werden wird.

Reden kann man sicherlich über die **Jahresfristen für Jubiläumsverkäufe** und über die **Beschränkungen bei den Sortimentsverkäufen**. Das begreift sowieso niemand: Im Ausverkauf darf ich Teppiche und Portemonnaies kaufen, aber zum Beispiel keine Campingzelte oder Winterreifen. Das ist eine etwas merkwürdige Beschränkung.

Im Ausschuss sollten wir unser Hauptaugenmerk darauf richten, dass der Wettbewerb - um den geht es, Frau Kollegin - in der Wirtschaft nach Regeln ablaufen muss, und zwar nach Regeln, die für alle verbindlich sind. Es kann nicht sein, dass eine Firma die Grenzen des geltenden Rechts austestet, drei Wochen vor dem offiziellen Winterschlussverkauf ihre Ware zu herabgesetzten Preisen anbietet und sich die anderen an die Regeln halten und so etwas nicht machen. C&A soll sehr gut verkauft haben. Ein solcher Fall ist eine **Wettbewerbsverzerrung**. Es tut mir wirklich Leid. Sie wissen, dass ich für den Schutz des Kunden bin und ich auch den Verbraucher im Gegensatz zu Herrn Rother für mündig genug halte, um festzustellen, wo er seine Sachen kaufen will. Wir müssen den Verbraucher nicht mehr schützen, aber **Wettbewerb braucht Regeln** und die müssen eingehalten werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir wollen neue Regeln!)

Wir wollen, dass sich die Teilnehmer am Markt weiter auf Regeln stützen können, die für alle verbindlich sind. Ohne Regeln - das ist eine ernste Sorge - wird die Machtzusammenballung bei den Starken und Mächtigen - diese Entwicklung beobachten wir ja im Einzelhandel seit Jahren - noch einmal beschleunigt.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Trotz des UWG!)

Das ist eine Entwicklung, die die kleinen und mittleren Unternehmen vom Markt verdrängt. Das wollen wir nicht und dagegen stemmen wir uns mit aller Kraft.

Sie wissen selbst, dass, wenn der Wettbewerb nur noch über den Preis geht, das kleine Geschäft zu einem Preis einkaufen muss, zu dem die anderen an den Endverbraucher verkaufen. Das ist ein riesiges Problem.

(Brita Schmitz-Hübsch)

Eine solche **Machtzusammenballung** wollen wir nicht. Im Lebensmitteleinzelhandel haben wir sie schon.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Ausschuss müssen wir uns auch dringend mit der geplanten EU-Verordnung beschäftigen. Ich wundere mich, dass Sie hier vorweg eine Forderung nach dem deutschen Recht aufgestellt haben, ohne die geplante EU-Verordnung ins Spiel zu bringen. Sie bringt eine große Vielzahl rechtlicher Eingriffe in allen Ländern der EU. Wo eine Harmonisierung nicht möglich ist, ist die gegenseitige Anerkennung des Rechts des Herkunftslandes angedacht. Darüber müssen wir diskutieren. Wenn das so kommt, wird jeder Teilnehmer am Markt seine eigenen Spielregeln in sich tragen; von Markttransparenz kann dann nicht mehr die Rede sein.

Ich bitte um Ausschussüberweisung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich bin der Meinung, dass **Machtzusammenballungen in der Wirtschaft** dem Wettbewerb nicht unbedingt förderlich sind und dass man deswegen durchaus darauf achten muss, dass sich nicht Konzentrationen entwickeln, die die Kleinen vom Markt fegen. Trotzdem weiß ich nicht, ob das durch das Verbraucherschutzgesetz und insbesondere durch die Rabattregelungen unbedingt erreicht wird. Da habe ich meine Zweifel.

Ich selber habe mir angesichts des aktuellen Beispiels von C&A die Frage gestellt, ob das tatsächlich dem Verbraucher nützt, wie es von einigen gesagt worden ist, oder ob es nicht eine unsinnige Regulierung ist, die veraltet ist. Immerhin stammt sie schon vom 7. Juni 1909. Vielleicht ist es sinnvoll, die aus diesem Zeitraum stammenden Regelungen zu überprüfen.

(Beifall bei der FDP)

Daher tendiere ich nach meinem bisherigen Diskussions- und Kenntnisstand dahin, mich der Meinung des Staatssekretärs im Verbraucherschutzministerium in Berlin anzuschließen: Es sei eine abenteuerliche Vorstellung, dass wir den mündigen Verbraucher vor niedrigen Preisen schützen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Es muss gründlich geprüft werden, welche Regeln des Gesetzes der **Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs** dienen, in dem auch kleine und mittlere Unternehmen eine Chance haben, und welche Regelungen nicht mehr zeitgemäß sind und unserem Bild des mündigen Konsumenten nicht entsprechen.

Deshalb sollten wir diesen Antrag im Ausschuss beraten und versuchen, zu einem möglichst breiten Konsens in dieser Frage zu kommen. Das erwarten die Kunden des Einzelhandels von der Politik.

(Vereinzelter Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die FDP in einem ihrer Anträge wieder einmal die Abschaffung eines ganzen Paragraphen in einem Gesetz fordert und das auch noch mit einer Liberalisierung begründet, läuten beim SSW normalerweise alle Alarmglocken.

(Heiterkeit)

Sie wissen ja, dass der SSW immer auf der Hut vor überzogenen Liberalisierungen oder Privatisierungen auf Kosten der Allgemeinheit ist.

(Unruhe)

- Halte dich zurück, Heiner! - Dennoch ist es diesmal so, dass die FDP-Fraktion den Hebel in dieser Frage richtig angesetzt hat. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb besteht seit 1909 mit wenigen Änderungen in seiner damaligen Fassung. Obwohl es natürlich ein großes Interesse der Gesellschaft an der **Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs** gibt, stellt sich die Frage, ob alle Bestimmungen, die in diesem Gesetz enthalten sind, wirklich noch in unsere heutige Zeit passen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die FDP fordert die Abschaffung von § 7 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. § 7 des UWG enthält Bestimmungen über **Sonderveranstaltungen** und **Sonderangebote**. So regelt dieser Paragraph beispielsweise, wann und wie Unternehmen ihren Winter- und Sommerschlussverkauf durchführen dürfen und unter welchen Bedingungen Sonderangebote bei einem Betriebsjubiläum durchzuführen sind. Im ersten Absatz des Paragraphen ist dazu noch festgelegt, dass

(Lars Harms)

Konkurrenten in bestimmten Fällen gegen Sonderveranstaltungen auf Unterlassung klagen können.

Genau so eine Klage erregte während des Jahreswechsels die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit. Der Bundesgerichtshof untersagte der Kaufwarenkette C&A, in Verbindung mit dem Umtausch von DM in Euro den Kartenbezahlern eine zusätzliche finanzielle Vergünstigung zu gewähren. Der Bundesgerichtshof war der Ansicht, dass dieses Sonderangebot nach § 7 Abs. 1 des UWG als unlauterer Wettbewerb anzusehen sei. Man fragt sich in der Tat, ob nicht in Zukunft die Unternehmen in solchen Fällen freie Hand bekommen sollten, weil solche Angebote zum Vorteil der Verbraucher sind.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: So ist es!)

Es genügt ein Blick über die Grenze nach Norden, um festzustellen, dass unsere dänischen Nachbarn es nicht so genau mit der Frage nehmen, in welchem Zeitpunkt sie ihre bekannten Angebotsaktionen starten. Ketzerisch gesagt könnte man meinen: Ganz Dänemark ist ständig im Ausverkauf.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: England auch! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Spanien auch!)

In vielen unserer Nachbarländer ist die Gesetzgebung in diesem Bereich viel liberaler. Vieles spricht also dafür, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb noch einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Das hat die Bundesregierung übrigens auch öffentlich angekündigt. Von daher empfehlen wir, uns zunächst einmal im Ausschuss über diese Initiative zu unterhalten und dabei genau zu verfolgen, welche Pläne die Bundesregierung hat. Grundsätzlich aber geht der Antrag der FDP unserer Meinung nach in genau die richtige Richtung.

(Beifall bei SSW, SPD, CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Ministerin Lütkes das Wort.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuständig ist die Bundesjustizministerin und - auf Landesebene - die Landesjustizministerin. Dies sage ich nur im Hinblick auf manche erstaunten Blicke.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf deshalb - in Übereinstimmung mit dem Herrn Wirtschaftsminister - Stellung nehmen. Es ist bereits

darauf hingewiesen worden, dass auf **EU-Ebene Beratungen zur Harmonisierung des Wettbewerbsrechts** geführt werden. Auf Bundesebene arbeitet eine Expertenkommission - unter Federführung des Bundesjustizministeriums - zum Thema Wettbewerbsrecht. Eine Bundesratsinitiative zur gleichsam isolierten Aufhebung des § 7 UWG erscheint deshalb zum jetzigen Zeitpunkt wenig hilfreich. Ein gewisses Element von Vorwahlkampf ist wohl nicht zu übersehen - wenn ich das einmal so anmerken darf.

(Lars Harms [SSW]: Wir sind alle im Vorwahlkampf!)

Unstreitig ist, dass das **Wettbewerbsrecht** insgesamt **reformbedürftig** ist. In diesem Zusammenhang steht aus unserer Sicht außer Frage, dass der **Verbraucherschutz** unter Berücksichtigung der Anforderungen des EU-Binnenmarktes vorrangig zu beachten ist. Der Sinn von § 7 UWG, nämlich Verkaufsveranstaltungen nur unter ganz ausgesprochen eingeschränkten Voraussetzungen zuzulassen, scheint heute nicht mehr einleuchtend. Wie es schon erwähnt worden ist, geht die Rechtsprechung allerdings nach wie vor davon aus, dass der Sinn des § 7 UWG wettbewerbsrechtlich auch darin liegt, den Verbraucher vor übermäßiger unsachlicher Beeinflussung seiner wirtschaftlichen Entscheidungsfreiheit zu schützen. So sagt es nach wie vor der Bundesgerichtshof. Allerdings - das ist vom Kollegen Hentschel eben schon gesagt worden - wird heute verstärkt und zu Recht darauf hingewiesen, dass es etwas absurd sei, den mündigen Verbraucher vor niedrigen Preisen schützen zu wollen.

Umgekehrt steht aber auch nicht unabdingbar fest, dass die Vergleichbarkeit der Preise bei gleicher Qualität der Ware in anderen europäischen Ländern, die keine vergleichbaren Beschränkungen haben, für den Verbraucher oder die Verbraucherin garantiert und damit nutzbar ist. Insofern ist es dankenswert, dass im Vorschlag des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates für eine Verordnung über die Verkaufsförderung im Binnenmarkt dieses Problem gesehen wird. Nach dem dort formulierten Vorschlag sollen in jedem Fall restriktive Maßnahmen zu Wettbewerbsbeschränkungen durch Transparenzvorschriften ersetzt werden. Ziel ist es, die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage zu versetzen, den eigentlichen wirtschaftlichen Wert der angebotenen Ware oder Dienstleistung zu erkennen und zu ermessen. Mit einer derartigen Transparenz wäre auch erkennbar, ob etwa systematische Aktionen vorliegen, die auf einen Missbrauch einer marktbeherrschenden Situation hinweisen können. Das entsprechend dann bearbeiten zu können wäre nach einer solchen Verordnung durchaus möglich.

(Ministerin Anne Lütkes)

Der Aspekt der Transparenz muss also im Rahmen einer umfassenden gesetzgeberischen Maßnahme auch im deutschen Recht beachtet werden und seinen Niederschlag finden. Sie können festzustellen, welche Ergebnisse es in der Praxis hat, dass beim Verkauf von Flüssigkeiten in Flaschen der Literpreis jeweils angegeben sein muss, und sehen, welche positiven Auswirkungen das für die Entscheidungsfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Macht die Schweiz schon seit langem!)

So könnte ich viele Einzelbeispiele nennen und kann deshalb zusammenfassend sagen, dass da eine positive Entwicklung zu erkennen ist.

Bei einer grundlegenden **Erneuerung des Wettbewerbsrechts** auf nationaler Ebene muss also die Förderung des EU-Binnenmarktes unter Berücksichtigung des wesentlichen Gesichtspunktes der Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher Berücksichtigung finden. In diesem Kontext ist - um es zu wiederholen - eine punktuelle Aufhebung von § 7 UWG kein Fortschritt. Ich gehe aber davon aus, dass die erwähnte Expertenkommission der Bundesregierung unter Federführung des Bundesjustizministeriums sehr schnell zu einem umfangreichen Ergebnis kommen wird. Dies wird von der Landesregierung Schleswig-Holstein unterstützt, und wir können das Ergebnis dann erneut diskutieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Greve das Wort.

Uwe Greve [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den politischen Rahmen für den Wettbewerb wird in Kürze - das wurde heute mehrfach betont - die EU neu definieren. Dazu ist schon sehr viel mehr bekannt, als eben gesagt wurde. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird nicht nur der § 7 UWG fallen, sondern auch der § 2 UWG - Vergleichende Werbung - und der § 6 a UWG - Herstellerwerbung. Das alles wird also sehr viel weiter sein als bislang diskutiert.

Mein Beitrag gilt aber einem anderen Gedanken, und zwar einem solchen, der auf einen Aspekt des Themas hinweist, der aus meiner Sicht an dieser Stelle einfach gesagt werden muss: Jedes vernünftige Prinzip kehrt sich in sein Gegenteil, wenn es sich verselbstständigt und wenn es sich verabsolutiert. Das gilt auch

für das Prinzip der **Liberalisierung**; auch Liberalisierung kann übertrieben werden.

Was heißt denn nun mehr Liberalisierung in dem Sektor, über den wir diskutieren? In erster Linie bedeutet das: eine weitere **Konzentration** unter den **Konzernen**. Das ist die Realität der Liberalisierung. Die Konzernlobby bestimmt dabei den Prozess und sie will ihn weiter vorantreiben. Seit langem sind zum Beispiel Apotheken und Buchhandlungen die nächsten Sektoren, in denen mittelständische Existenzen - ich sage es hart - aufgefressen werden sollen. Noch wankt die Bundesregierung auf diesem Sektor nicht. Aber Tendenzen des Einknickens sind vielen von Ihnen bestimmt schon sichtbar geworden. Es gibt aber keine stärkere Stütze von sozialer Marktwirtschaft und Demokratie als einen starken Mittelstand.

(Beifall bei der CDU)

Das müssen wir uns jeden Tag bewusst machen. Dazu gehört der mittelständische Handel, über den wir heute reden, nicht allein, aber er ist ein wesentlicher Teil des Sektors. Wer dessen Reste fallen lässt, zerstört nicht nur Existenzen, sondern auch einen Teil unserer Demokratie. Diese **zentrale Bedeutung des Mittelstandes für die Demokratie** müssen wir immer sehen.

Ein Letztes. Noch profitiert der Verbraucher - wie heute schon formuliert wurde - von dieser Konzentration. Wenn die Zahl der Anbieter aber auf ganz wenige gesunken ist, wie zum Beispiel im Tankstellenbereich, ist es mit den Verbrauchervorteilen leider zu Ende. Die Monopolkommission wäre dann wieder hilflos gegenüber Preisabsprachen; das können Sie jeden Tag beobachten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist also unsere zentrale Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der selbstständige Mittelstand nicht weiter dezimiert wird. Das heißt auch, das Wettbewerbsrecht mittelstandsfreundlich zu halten. Davon sind wir leider weit entfernt.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich bin sofort fertig. - Viele beruhigen sich damit, dass die Zahl der Neugründungen und Neuselbstständigkeiten noch hoch ist. Aber wer sich diese anschaut, sieht, dass viele eher Notselbstständigkeiten sind und nicht mehr mit alter Selbstständigkeit vergleichbar sind. Deshalb ist es unsere zentrale Aufgabe, unsere Wirtschaftspolitik so zu vollziehen, dass nicht die Konzerne im Vordergrund der Wirtschaftspolitik stehen, sondern der Mittelstand.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zur einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerksenbrock das Wort.

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin in wirtschafts- und justizpolitischen Fragen ganz selten verschiedener Auffassung mit der FDP. Dies ist einer der Fälle, in denen wir wirklich diametral verschiedener Auffassung sind. Ich sage das durchaus mit Bedauern. Ich habe mich über Ihren Antrag gewundert. Ich bin im Wettbewerbsrecht tätig, wie Sie möglicherweise wissen. Man muss sich anschauen, was im Wirtschaftsleben passiert. Der Kollege Greve hat es soeben sehr schön ausgeführt. Da gehen tatsächlich die Großen systematisch gegen die Kleinen vor und nutzen beispielsweise die Euro-Umstellung, um die Kleinen vom Markt zu verdrängen. Das betrifft nicht nur den Einzelhandel bei Warenhäusern, das betrifft selbstverständlich genauso den Computer- oder Textilfachhandel und ähnliche Dinge. Selbstverständlich geschieht genau dasselbe dort. Die Großen werden durch die Kleinen verdrängt, indem Preisangebote unter Einstandspreis gemacht werden. Die Kleinen können dann irgendwann nicht mehr mitziehen.

Wie wollen Sie sich eigentlich jemals noch als Mittelstandspartei gerieren, wenn Sie solche Anträge einbringen?

(Beifall bei CDU und SPD)

Frau Kollegin Aschmoneit-Lücke, Sie haben ausgeführt, bei § 7 UWG gehe es vor allem um eine **Schutzvorschrift zugunsten der Verbraucher**. Das ist nicht richtig. Frau Ministerin Lütkes hat das eben auch gesagt.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt! Sie können das nachlesen!)

- Doch, doch. Natürlich. Ich habe genau zugehört. Wir können das ja im Protokoll sehen.

Aber es geht nicht nur um eine Schutzvorschrift zugunsten der Verbraucher, sondern auch um faire **Wettbewerbsregeln** für die Teilnehmer am Wettbewerb, auch für die mittelständischen Teilnehmer am Wettbewerb.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Diese Wettbewerbsregeln haben wir nicht mehr, wenn § 7 fortfällt. § 7 hat seinen Sinn nämlich unter anderem auch im Schutz des mittelständischen Unternehmers.

Schauen Sie sich die Reformbestrebungen hinsichtlich des Wettbewerbsrechts auf europäischer Ebene an. Wir Deutschen, die ein sorgfältig gemachtes, seit fast einem Jahrhundert bestehendes Wettbewerbsrecht haben und genießen dürfen, werden uns noch wundern, was an **Liberalisierungsdruck** und dann auch Verrohung der Sitten auf das Wirtschaftsleben zukommen und was dann von unserem Mittelstand übrig bleiben wird.

(Beifall bei der CDU - Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns sorgfältig mit diesem wohlgewachsenen Instrument des deutschen Wettbewerbsrechts umgehen und werfen wir es nicht ohne Not einfach über den Haufen.

Ich habe mir, als ich Ihren Antrag gesehen habe, spontan die Kommentierung von Baumbach/Hefermehl zum UWG angesehen. Zwei Passagen daraus möchte ich zitieren.

Da heißt es zum Anlocken des Publikums durch Versprechen außergewöhnlicher Vorteile: Aus dieser Vermengung widersprechender Grundzüge ergebe sich die Gefährlichkeit dieser Verkaufsart für die Lauterkeit des Geschäftsverkehrs. Außerdem wird gesagt, in allen Kulturstaaten hätten die mit einer Verkaufsveranstaltung verbundenen Missstände Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung hervorgerufen. - Es geht also um Lauterkeit und um ein Stückchen Wirtschaftskultur, die wir uns erhalten müssen.

(Beifall bei CDU, SPD und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Ja! Natürlich!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Dr. Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Eigentlich wäre den Ausführungen der Frau Justizministerin gar nichts hinzuzufügen. Nur, nach den Beiträgen des Kollegen Greve und verwunderlicherweise auch des Kollegen Graf Kerksenbrock will ich ganz klar sagen: Es ist absurd, sich hier hinzustellen und zu behaupten, die Abschaffung des § 7 UWG sei dafür verantwortlich, dass der Mittelstand völlig in die Grütze geht, dass die kleineren Geschäfte in der Stadt „ableben“. Herr Kollege Graf Kerksenbrock, schauen

(Dr. Heiner Garg)

Sie sich einmal die Entwicklung in der Kieler Holstenstraße an.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU])

- Aber den § 7 UWG gibt es doch noch, oder? Sie wollen doch nicht ernsthaft aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb auf einmal ein Mittelstandsschutzgesetz machen. Sie erzählen hier doch völligen Unsinn!

Nun zu den Wettbewerbsparametern. Sie wissen doch auch, dass es mehr **Wettbewerbsparameter** als nur den Preis gibt. Es gibt Qualität, es gibt Beratung, es gibt im Zweifel sogar die Ladenöffnungszeiten. Tun Sie also hier nicht so, als gäbe es nur einen einzigen Wettbewerbsparameter. Das gilt übrigens auch für Sie, Frau Kollegin Schmitz-Hübsch.

Eine Letztes: Werfen Sie doch noch einmal einen Blick in § 7 UWG und lesen Sie nach, was dort tatsächlich geregelt wird. Sie werden feststellen, dass dort ausschließlich **Sonderveranstaltungen** geregelt werden, wie - das hat der Kollege Harms schon ausgeführt - in Spanien, Großbritannien oder in Dänemark - dort sowieso das ganze Jahr über - stattfinden. Wenn man die Kollegin Aschmoneit-Lücke - möglicherweise sogar bewusst - falsch zitiert, die das Ganze lediglich ironisch als „Schutzgesetz“ für einzelne Unternehmen bezeichnet hat - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU])

- Nein, eben nicht für Verbraucher, Graf Kerssenbrock, sondern für Unternehmen. Man sollte sich überlegen, ob man hier einen solchen Popanz aufbaut.

(Unruhe bei der CDU)

- Ja, es ist nichts anderes als ein Popanz gewesen, wobei es in Wirklichkeit darum geht, die logische Konsequenz aus der Abschaffung des Rabattgesetzes und der Zugabeverordnung zu ziehen. Logische Konsequenz daraus ist, zumindest, dass man § 7 UWG abschafft.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] und Lars Harms [SSW] -
Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Beratung ist geschlossen.

Es ist beantragt worden, den Antrag zur federführenden Beratung in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Frau Kollegin Strauß, soll er zur Mitbe-

ratung in den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden? Ist das richtig so?

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist richtig so!)

- Mitberatung im Wirtschaftsausschuss. - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es etwa Gegenstimmen?

(Heiterkeit)

Nein, das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht.

Dann will ich jetzt keinen weiteren Tagesordnungspunkt aufrufen, sondern die Sitzung unterbrechen. Um 15:00 Uhr geht es mit der Beratung zum Haus der Geschichte weiter.

(Unterbrechung von 12:58 bis 15.02 Uhr)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir wollen nach der Mittagspause wieder in die Tagesordnung eintreten.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 25 aufrufe, möchte ich neue Gäste auf der Tribüne begrüßen. Es sind Damen und Herren von der Initiative „Bürgerhalle 2000“ aus Alvesloe, von der Verwaltungsschule Bordesholm und von der Beruflichen Schule Niebüll. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Haus der Geschichte

Landtagsbeschluss vom 22. Februar 2001
Drucksachen 15/735 und 15/759

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1408

Zunächst erteile ich der Frau Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, das Haus der Geschichte gäbe es schon. Was würden Sie als Besucherin oder Besucher erwarten? Oder anders gefragt: Wie lässt sich unsere Landesgeschichte von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die unmittelbare Gegenwart in ein modernes Museumskonzept übertragen? Wie kann man der wechselvollen Geschichte der ehemals „op ewig ungedeelten“ Herzogtümer, der preußischen Provinz, des nördlichsten

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Flächenlandes der Bundesrepublik Deutschland eine Physiognomie geben, wie Walter Benjamin die Aufgabe des Historikers definiert hat? Gesucht wird eine Physiognomie, die sachlich richtig und zugleich sinnlich ansprechend ist, die repräsentative Details aufgreift und zirka 150 Jahre auf den Punkt bringt.

Ich will es kurz mit einer Art persönlichem Trailer versuchen: Am Anfang könnte die Proklamation der provisorischen revolutionären Regierung in Kiel aus dem Jahre 1848 stehen. Dann denke ich an die Baugeschichte des Kaiser-Wilhelm-Kanals beziehungsweise des Nord-Ostsee-Kanals, an die Kieler Woche oder an Meteor, an Zeugnisse der Werftindustrie und der Marine - als Wirtschaftskraft ebenso wie als Kriegsmacht und auch als Ausgangspunkt der demokratischen Revolution von 1918. Ich denke an den Kampf gegen das Meer: auf den Halligen, den Inseln, an den Küsten, insbesondere an die große Sturmflut 1962. Ich denke an die Nobelpreisurkunden von Thomas Mann, von Willy Brandt und Günter Grass und daneben: die Büsumer Krabbenfischer, die Flensburger Rumbudeln, die Werften im Land, die Industrialisierung der Landwirtschaft in Form einer echten Milchzentrifuge und Ministerpräsident Lübke mit dem Modernisierungsprogramm Nord. Ich denke aber auch an die Konzentrationslager Ladelund und Kiel-Russee, an die Bombardierung der Cap Arcona, an das völlig zerstörte Kiel, an die Bartholomäus-Nacht in Lübeck, an Millionen von Flüchtlingen, an die Minderheiten, an den Taktstock von Leonard Bernstein und vielleicht auch an die Beate-Uhse-Aktie.

Dass uns die Hauptsache zu diesem Trailer fehlt, also eine umfassende landesbezogene Dokumentation, darüber besteht kein Zweifel. „Die politische und soziale Geschichte des Landes von den Anfängen bis heute ist bisher nicht zusammenhängend dargestellt worden“, heißt es in der Koalitionsvereinbarung. Ein Entschließungsantrag aller im Landtag vertretenen Parteien hat die Notwendigkeit einer Präsentation von Schleswig-Holsteins Weg in die Moderne bestätigt. Diese seltene und - wie ich finde - hoch zu schätzende Einstimmigkeit macht mich sehr zuversichtlich. Das Haus der Geschichte ist schließlich für uns alle da, es muss von allen getragen werden. Es eignet sich deshalb nicht als parteipolitischer Zankapfel.

(Beifall im ganzen Haus)

Weil über das Ziel Einigkeit besteht, stellt sich nun die Frage der Realisierungsmodalitäten, das heißt die Frage nach der Finanzierung und natürlich auch nach dem Standort. Der vorgelegte Bericht der Landesregierung zum Haus der Geschichte konzentriert sich auf Inhaltlich-Konzeptionelles und Methodisches. Herzstück ist ein Eckwertepapier, das eine Kommission

unter der Leitung des Vorsitzenden des Museumsverbandes Schleswig-Holstein, Professor Wolf, erarbeitet hat. Die geplante Dauerausstellung „Schleswig-Holsteins Weg in die Moderne“ soll in drei Ebenen untergliedert werden, in die Themen Demokratisierung, wirtschaftliche Entwicklungen und Zusammenleben. Den vorgeschlagenen inhaltlichen und didaktischen Ansätzen stimmt die Landesregierung zu. Ich möchte der Kommission - auch wegen ihrer umfangreichen ehrenamtlichen Arbeit - im Namen des ganzen Hauses und im Namen der Landesregierung Dank sagen.

(Beifall im ganzen Haus)

Zu den nächstfolgenden Fragen, nämlich zum Standort und der Art der Finanzierung, hat die Kommission - ich füge hinzu: verständlicherweise - keine Aussagen gemacht.

Wenn sich das Parlament nun für ein **Haus der Geschichte** ausspricht, so bedeutet dies den Startschuss für ein durchaus langfristiges und auch aufwändiges Projekt. Es wird für unser regionales Selbstverständnis, für unser schleswig-holsteinisches Selbstbild, aber auch für unsere Außenwirkung von großem Nutzen sein. Wenn ich manchmal - auch in diesem Parlament - höre, wie oft und wie kleinmütig wir uns gelegentlich mit anderen Bundesländern vergleichen, dann habe ich ohnehin das Gefühl, dass uns ein bisschen mehr Souveränität - gerade wegen unserer schwierigen Geschichte -, ein bisschen mehr Selbstbewusstsein und ein starkes Selbstverständnis gut tun würden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei CDU und FDP)

Wir hatten im vergangenen Jahr eine teilweise erbittert geführte Debatte um den Begriff der Leitkultur in Deutschland. So polarisierend dieser Terminus auch ist, so wenig dürfen wir mit dem Wort die Sache ablehnen. Schließlich stehen wir dauernd in einer **Wertedebatte** - ob wir das wollen, ob uns das bewusst ist oder nicht. Und regelmäßig fragen wir uns, wie viel Bildung, wie viel Familie, wie viel Umwelt und wie viel Infrastruktur wir wollen. Wir schützen und fördern, wir verbieten und regeln. All das hat mit dem Haus der Schleswig-Holsteinischen Geschichte unmittelbar zu tun. Es würde nicht nur identitätsstiftend wirken, es wäre zugleich ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der **Symbolfähigkeit** unserer Gesellschaft.

„Der heutige Tag ist ein Resultat des gestrigen. Was dieser gewollt hat, müssen wir erforschen, wenn wir wissen wollen, was jener will.“

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

So heißt es bei Heinrich Heine. Diese Verortung der Gegenwart und der Zukunft in der Geschichte gilt nach wie vor.

So viel zur Habenseite. Die Sollseite brauche ich nicht zu verschweigen.

Wenn wir uns für ein Haus der Geschichte entscheiden, wird diese Maßnahme den Landeshaushalt zusätzlich, und zwar langfristig, dauerhaft, in Anspruch nehmen. Wir können derzeit nur grobe Schätzungen vornehmen. Jede konkrete Aussage ist unmittelbar abhängig vom Umfang und auch vom Standort.

Ins Spiel gebracht haben sich inzwischen neben der Landeshauptstadt Kiel die Stadt Schleswig, deren Bewerbung vom Landkreis Schleswig unterstützt wird. Ich tue nun sicherlich nicht gut daran, einer Entscheidung vorzugreifen. Die derzeitige Situation will ich aber doch kurz beschreiben.

Die Landeshauptstadt Kiel hat ein konkretes und sehr ernsthaft vorgetragenes Angebot gemacht. Sie hat zusammen mit der **Kulturinitiative „Kieler Altstadt“** eine integrative Lösung vorgelegt. Geplant ist, auch mithilfe eines privaten Investors, die Erweiterung des **Städtischen Museums** sowie die Integration des Hauses der Landesgeschichte in eine museale **Gesamtkonzeption** unter dem Arbeitstitel „Historisches Zentrum“ an dem Gelände der so genannten Alten Feuerwache. Die Landeshauptstadt macht für sich auch den Status als Landeshauptstadt geltend.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wie ernsthaft die Bewerbung **Schleswigs**, das über unterschiedliche Areale und Liegenschaften verfügt und sie vorschlägt, als Standort für ein Haus der Geschichte ist, sehen Sie an der Gründung eines Förderkreises, an der Einwerbung von Investitionszusagen und nicht zuletzt an einer Anzeige, die heute im „Flensburger Tageblatt“ erschienen ist.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

- Ich wundere mich jetzt, warum der Lübecker Abgeordnete klatscht.

(Vereinzelter Beifall - Heiterkeit - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Aus Prinzip!)

Ich lasse das aber einmal so stehen.

Ich interpretiere dieses Inserat, diese Anzeige zum heutigen Tag als sehr engagierte Werbung für einen Zuschlag, aber darüber hinaus auch als ein ermutigendes Zeichen dafür, dass dieser Gedächtnisort keineswegs nur politisch gewünscht wird. Das Projekt wird von einer breiten Bevölkerung getragen. Hier engagieren sich Geist und Geld, Kirchen und Klinikleitungen, Wirtschaft und Wissenschaft, Militär und Museen,

Männer und Frauen mit und ohne Parteibücher - wenn ich das mit Verbeugung vor Siegfried Lenz sagen darf - für eine schleswig-holsteinische Deutschstunde in einem Haus der Geschichte.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Die Standortfrage kann nun natürlich nicht ohne die Finanzierungsfrage geklärt werden. Derzeit rechnen wir mit Gesamtkosten in Höhe von circa 5 Millionen € und mit jährlichen Folgekosten in Höhe von mindestens - muss man wohl ehrlicherweise sagen - 250.000 €. Mehr als diese grobe Schätzung ist derzeit nicht möglich.

Wenn wir von einer mehr als paritätischen Kostenübernahme des Kooperationspartners ausgehen, verbleibt für den **Landeshaushalt** als allerunterste Grenze des Vertretbaren eine Belastung für die investiven Kosten in Höhe von mindestens 2 Millionen € und von circa 100.000 € an jährlichen Betriebskosten. Ich höre die Finanzpolitiker stöhnen. Ich treffe jetzt eine sehr grundsätzliche Aussage. Ich finde - in welcher Frist auch immer -, dieses Projekt sollte uns diese Summe wert sein.

(Beifall im ganzen Haus)

Gerade die besondere Geschichte unseres Landes, trotz des Slogans „op ewig ungedeelt“ immer wieder zerrissen und immer wieder zusammengeflickt worden zu sein, verlangt nach einer solchen Selbstvergewisserung und nach solch anschaulichen Gedächtnisorten. Auch in Zukunft. Die Orientierung in einem erweiterten Europa ruft geradezu nach einer regionalen Selbstbestimmung. Ich sehe das einerseits als inhaltliche Herausforderung. Es gibt gewiss nicht nur Schönes und Gutes in Schleswig-Holstein zu dokumentieren, sondern auch viele Schattenseiten, bis hin zu den rechtsradikalen Anschlägen der jüngsten Vergangenheit. „Wenn man aus der Geschichte lernen will“, geht es, wie Willy Brandt mit Recht gesagt hat, „ohne Schmerz“ nicht ab.

Ich sehe es als eine große museumspädagogisch-didaktische Aufgabe, wenn unsere Landesgeschichte der letzten 150 Jahre eine „Physiognomie“ erhält, in der sich die schleswig-holsteinischen Bürger wiederfinden, die es aber auch Fremden ermöglicht, sich ein Bild von diesem Land zu machen. Dann hätten wir einen Meilenstein für die Gegenwart und auch für die Zukunft gelegt.

Ich schlage vor, dass die Landesregierung im Fall der Zustimmung zu diesem Projekt eine weitere **Kommission** einberuft, die auf der Basis der Eckdaten, auf der Basis der Diskussion hier heute und in den Ausschüssen die Umsetzung erarbeitet, also die Standortfrage weiter diskutiert und sie mit einem tragfähigen Finan-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

zierungskonzept verbindet. Dabei erwarte ich, dass nicht nur mit öffentlichen Geldern gerechnet wird. Jeder Standortvorschlag wird genaustens zu prüfen sein, und zwar auch hinsichtlich der Bereitschaft von Bürgerschaft, von Gebietskörperschaften, von Kommunen und von privaten Sponsoren, eine enge Partnerschaft mit dem Land einzugehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen und damit die Philosophie des Ganzen beschreiben: Nur wenn wir uns darüber im Klaren sind, was gestern war, werden wir Gegenwart und Zukunft nicht nur begreifen, sondern auch gestalten können. - Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Nach dem Bericht der Kultusministerin werden wir in die Aussprache eintreten. Der Ordnungsgemäßheit wegen will ich darauf hinweisen, dass die Ausführungen zwei Minuten länger als geplant in Anspruch genommen haben. Insofern steht den Fraktionen nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung jeweils die gleiche Überschreitungzeit zu. Jeder mag prüfen, ob er davon Gebrauch macht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hätte er das nicht gesagt, wäre es keinem aufgefallen!)

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU erteile ich der Frau Abgeordneten Caroline Schwarz das Wort.

Caroline Schwarz [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Brauchen wir eigentlich ein Haus der Geschichte? Wir haben doch circa 150 Museen im Land, die, wie man dem **Museumsbericht** der Landesregierung in der letzten Landtagstagung entnehmen konnte, in der Regel gut besucht sind und lebhaft angenommen werden und die voll von Zeugnissen unserer Landesgeschichte sind. Ist es vor diesem Hintergrund überhaupt nötig und können wir es uns angesichts der leeren Kassen leisten, noch ein großes Museum wie das Haus der Geschichte in Schleswig-Holstein zu etablieren? Haben nicht andere Vorhaben und Projekte Vorrang, um die Zukunft unseres Landes zu gestalten, wie Wirtschaftsförderung, moderne Technologien, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und Schaffung von Arbeitsplätzen? Können wir es verantworten, im Zeitalter von Europäisierung und Globalisierung in ein Haus der

Geschichte mit dem Blick zurück zu investieren, auch wenn es nur der Blick von heute auf gestern ist?

(Günter Neugebauer [SPD]: Das reicht nicht aus!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bis eben habe ich den Advocatus Diaboli gespielt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Advocata!)

Denn die Antwort lautet eindeutig - Frau Ministerin, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das auch so deutlich gesagt haben -: Wir brauchen ein Haus der Geschichte.

(Beifall im ganzen Haus)

Für die historische Fachwelt in Schleswig-Holstein ist ein solcher zentraler Ort, an dem die Entwicklung von Staat und Gesellschaft im Land bis zur Gegenwart im historischen, im politischen, im kulturellen und im gesellschaftlichen Kontext dargestellt wird, ein mittlerweile jahrzehntelanges Desiderat, immer wieder formuliert, immer wieder postuliert.

Im Koalitionsvertrag zwischen Rot und Grün wird ebenfalls schriftlich festgehalten, dass es bei uns an einer zusammenhängenden Darstellung der **politischen und sozialen Geschichte** des Landes von den Anfängen bis heute mangelt. Es wird vereinbart, eine solche landesgeschichtliche Präsentation einzuleiten. Man legt sich sogar schon auf einen Standort fest: Eine Angliederung an die Landesmuseen auf Schloss Gottorf ist vorgesehen. Wo steht das Schloss Gottorf? - In **Schleswig**.

(Klaus Schlie [CDU]: Schöne Stadt! - Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Aber auch die CDU-Fraktion war nicht untätig: Unseren Antrag vom Februar letzten Jahres, die Landesregierung solle ein Konzept für ein Haus der Geschichte vorlegen, schlossen sich alle Fraktionen an, sodass es dann zu einem gemeinsamen Entschließungsantrag gekommen ist. Das hat uns und mich persönlich ganz besonders gefreut, weil es zeigt, dass dieses Anliegen der komplexen Darstellung unserer gemeinsamen Geschichte in diesem Land keine Parteienangelegenheit ist, sondern ein Thema, das uns alle angeht und uns alle berührt.

Allerdings frage ich mich, was passiert wäre, wenn wir diesen Antrag in der Februar-Tagung nicht gestellt hätten? - Wahrscheinlich nichts! Koalitionsvertrag hin, Koalitionsvertrag her! In dieser Schublade schlummern ja noch mehr ehrgeizige Pläne. Aber egal!

Der Bericht liegt uns jetzt vor und wir freuen uns darüber. Mittlerweile haben sich Menschen an den bisher in Rede stehenden möglichen Standorten Kiel und

(Caroline Schwarz)

Schleswig zusammengetan und organisiert, Menschen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Bürgerschaft, Verwaltung und Selbstverwaltung. In **Kiel** ist es die Kultur-offensive für das Kieler Stadtmuseum im historischen Zentrum. Ich habe Herrn Dr. Jensen gesehen. Herr Dr. Jensen, schön dass Sie da sind. In Schleswig ist es der Förderkreis „Haus der Geschichte“, der hier zahlenmäßig hervorragend präsentiert ist. Toll, dass ihr da seid!

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es gibt also in der Frage, ob wir ein Haus der Geschichte brauchen, eine große Übereinstimmung zwischen Fachleuten, Politik und Gesellschaft, und zwar in dem vollen Bewusstsein, dass so etwas nicht zum Nulltarif zu bekommen ist. Woher kommt dieser auffallende Konsens? Zum einen ist es natürlich die emotionale Bindung an unser Land, die wir alle haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Beim SSW bin ich mir da nicht so sicher!)

- Ich mir bei Ihnen manchmal auch nicht, Herr Kubicki!

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie wollen doch auch weg, oder?

Aber auch andere Gründe sind maßgebend: Die Menschen wissen oder fühlen, dass wir in einer fast grenzenlosen und unübersichtlich gewordenen Welt Orientierung brauchen. Die Menschen wissen oder fühlen, dass nur der, der die Vergangenheit kennt, die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten und bestehen kann, und dass Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft untrennbar zusammengehören. Die Menschen wissen oder aber fühlen, dass für die Gestaltung der Zukunft nicht nur die harten Faktoren Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze und Technologien notwendig sind - sie sind natürlich außerordentlich notwendig; das haben wir in jeder Landtags- und Ausschusssitzung immer wieder präsent -, sondern dass die Kultur immer wichtiger wird zur Schaffung eines geistigen Klimas, das Identität schafft, Toleranz entwickelt, Visionen zulässt und Kommunikation fördert. Nicht zuletzt wird den Menschen immer bewusster, dass sich Kultur langsam, aber sicher und immer stetiger vom weichen zum immer härteren Standortfaktor entwickelt und neben Strand und Natur zum wichtigsten Pfund des Tourismus in unserem Lande zählt, Stichwort: Kulturwirtschaft. Der Begriff spielt auch im Museumsbericht, den wir in der vorletzten Sitzung behandelt haben, eine wichtige Rolle.

Wir brauchen also ein Haus der Geschichte, das

„in die gewachsene museale Angebotsstruktur des Landes integriert werden muss. Insbesondere sollte die Dezentralität des reichhaltigen musealen Angebots in Schleswig-Holstein bestätigt und unterstützt werden“.

So heißt es in dem Papier der von der Kultusministerin eingesetzten Kommission, die ein Konzept für ein schleswig-holsteinisches Haus der Geschichte formuliert hat und der ich an dieser Stelle sehr herzlich danken möchte. Sie haben Herrn Professor Wolf schon gedankt. Ich möchte allen voran den Herren Professor Witt und Danker danken. Herr Professor Witt ist anwesend. Herzlichen Dank, Herr Professor Witt!

(Beifall im ganzen Haus)

Das schleswig-holsteinische Haus der Geschichte soll sich nach Auffassung der Kommission thematisch auf Schleswig-Holsteins Weg in der Moderne beschränken. Ich habe mich zuerst verlesen und gedacht, es hieße „Schleswig-Holsteins Weg in die Moderne“. Aber es heißt: Schleswig-Holsteins Weg in der Moderne. Dabei haben Sie sich sicherlich etwas gedacht.

Drei **Themenfelder** werden vorgeschlagen: Demokratisierung, wirtschaftliche Entwicklungen und Zusammenleben, ergänzt um landesgeschichtliche beziehungsweise nationale Eruptionen und schleswig-holsteinische Spezifika. So soll nach Vorstellung der Kommission alles das, was Schleswig-Holstein in den letzten gut 150 Jahren ausmacht, von den Ständeversammlungen in Schleswig und Itzehoe über die Sängerkunst, Industrialisierung, Landwirtschaft, die Bedeutung von Sommerfrischen, über die friesische und plattdeutsche Sprache, das Leben der Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu den Olympischen Spielen und der Schneekatastrophe, zielgruppenorientiert, didaktisch aufbereitet und nach anerkannten musealen Grundsätzen in einem schleswig-holsteinischen Haus der Geschichte präsentiert werden. Dabei sollen die Vermittlungsmedien historische Ausstellung, aktive Interaktion und mediale Präsentation gleichrangig genutzt werden. Rein virtuellen Schau-, Erlebnis- und Forschungsmöglichkeiten wird eine klare Absage erteilt. Frau Birk, das war Ihr Vorschlag bei der ersten Lesung. Originale Exponate und Objekte zum Anfassen mit ihrem ganz eigenen Erlebniswert sind auch nach Auffassung der Kommission trotz aller modernen Kommunikationstechnologien nach wie vor notwendig, um Geschichte zu begreifen, gerade für die Jüngeren. In einem Gespräch mit den beiden Vordenkern der Kommission Danker und Witt wurde der Wunsch beziehungsweise die Erwartung geäußert, das Haus der Geschichte möge jedem schleswig-holsteinischen Schüler und jeder Schülerin mindestens einmal in der Schullaufbahn begegnen. Ich glaube, das ist ein

(Caroline Schwarz)

Wunsch, den wir alle angesichts der PISA-Studie unterstützen sollten und müssen.

(Beifall bei der CDU)

Großen Wert legt die Kommission auf die **Eigenständigkeit** eines schleswig-holsteinischen Hauses der Geschichte. Das neue Museum darf nicht als Abschnitt einer Stadtgeschichte nach dem Motto: „Wir erweitern unser Stadtmuseum“, geplant werden. Das hat mit einem Haus der Geschichte nichts zu tun. Ein Haus der Geschichte kann keine Abteilung einer anderen Organisation sein, keine für Landesgeschichte reservierte Etage in einem Gesamtkomplex. Damit wendet sich die Kommission nicht gegen einen möglichen Standort Kiel, für den zum Beispiel auch die Landesbibliothek - dort sitzt der Landesbibliotheksdirektor a.D., Rothert - mit ihrem Fundus der landesgeschichtlichen Sammlung und ihrem Buch-, Musikalien- und Handschriftenbestand spricht. Die Kommission argumentiert damit aber gegen einen Standort in Kiel, Warleberger Hof/Alte Feuerwache. Wir sind zwar noch nicht bei der Diskussion über den zukünftigen Standort. Erst einmal muss von uns eine Grundsatzentscheidung für die Errichtung eines Schleswig-Holsteinischen Hauses der Geschichte erfolgen. Nichtsdestoweniger hat natürlich der Kampf der guten Argumente um den besten Standort im Land bereits heftig begonnen. Dass ich mich mit Kopf und Herz in jedem Fall für Schleswig entscheide, werden Sie sicherlich verstehen.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn es denn hilft!)

- Herr Kubicki, ich bin mir sicher, dass Sie mich aus dem fernen Berlin dann unterstützen werden.

(Heiterkeit)

Das Haus der Geschichte gehört einfach nach Schleswig. Die Stadt Schleswig bietet ideale Voraussetzungen für ein schleswig-holsteinisches Haus der Geschichte. Schleswig ist über die Grenzen hinaus als Sitz der Kulturinstitute des Landes ein Begriff. In Schleswig wurde schleswig-holsteinische Geschichte geschrieben. Sie war übrigens, wie Kiel, auch Landeshauptstadt, Frau Erdsiek-Rave. Das lässt sich an unzähligen Beispielen festmachen, die aufzuzählen aber den heutigen Rahmen sprengen würde. Nur eines: Wo ist das Schleswig-Holstein-Lied gedichtet, komponiert und zum ersten Mal gesungen worden?

(Zurufe von der CDU: Schleswig!)

- In Schleswig, genau! Für den Standort Schleswig gibt es eine beeindruckende Anzahl an Mitstreitern, heute nachzulesen - Sie haben es gesagt, Frau Ministerin - in dieser wunderbaren Anzeige im „Flensburger Tageblatt“.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Peter Jensen-Nissen [CDU])

Da haben alle unterschrieben, von Lenz bis Hay. Das war wirklich eine große Tat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hay auch?)

Allerdings gebe ich zu: Manches Fraktionskollegenherz schlägt für Kiel und das kann ich verstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es steht eine Zeit intensiver Beratungen und gründlicher Abwägungen vor uns. Die Kommission hat wertvolle Arbeit geleistet. Auf dieser Basis können und werden wir solide weiterarbeiten können. Aber wir sollten Gesichtspunkte, Vorschläge und Argumente aus der übrigen historischen Fachwelt nicht außer Acht lassen. Wir sollten zum Beispiel auch die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, den Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, den Beirat für Geschichte, den Geschichtslehrerverband und viele andere mit einbeziehen.

Das übliche Prozedere, dem wir natürlich zustimmen, ist die Überweisung in den Bildungsausschuss. Ich möchte an dieser Stelle aber auch gern anregen, ein Landtagssymposium, sehr geehrter Herr Landtagspräsident, zu veranstalten, in dem intensiv und engagiert zu diesem Thema diskutiert werden kann. Ich bin der festen Überzeugung, dass das Interesse an einem Haus der schleswig-holsteinischen Geschichte in unserem Land groß ist und dass wir mit einem solchen Symposium wertvolle Erkenntnisse gewinnen können.

Es geht jetzt um eine rasche konkrete Umsetzung der theoretischen Vorgaben der Kommission. Es geht um die Standortfrage, um Finanzierungsfragen und die Einbettung in die vorhandene Museumsstruktur. Lassen Sie es uns alle gemeinsam zügig anpacken; denn - darauf möchte ich hinweisen - das Zeitfenster bleibt nicht unendlich lange geöffnet!

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Wenn Sie sich beruhigt haben, kann ich anfangen. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kulturpolitiker können sich eigentlich nur freuen, denn wer hätte gedacht, dass Museen Schlagzeilen machen und ganzseitige Anzeigen provozieren würden. Kultur ist also doch ein Thema - das ist gut so.

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

Der Idee eines neuen Museums für Zeitgeschichte mögen manche skeptisch gegenübergestanden haben. Die öffentliche Reaktion zeigt aber, dass hier offenbar eine Lücke empfunden wird, die bisher nicht geschlossen wurde. So ist also das ernsthafte Engagement der beiden Städte Schleswig und Kiel zu verstehen, die sich durch ein solches **Haus der Geschichte** eine Steigerung ihrer eigenen Attraktivität versprechen. Beide Städte werden von vielen Seiten unterstützt. Wie ich höre, will auch der Kreis Nordfriesland dieser Forderung beitreten.

(Zuruf von der CDU)

- Soweit ich weiß, hat der Kreistag das noch nicht beschlossen. Es wäre eine schöne Geste, wenn der Kreis Nordfriesland sich dann auch kontinuierlich finanziell beteiligen würde. Wer fordert, muss auch geben.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Selbstverständlich sind solche finanziellen Aspekte wesentlich. Sie werden auch in der Frage des Standorts eine Rolle spielen müssen, wenn wir ein solches Haus gründen werden. So weit sind wir heute noch nicht. Das sei der guten Ordnung halber gesagt. Wir diskutieren den Bericht. Weitere Beratungen und Beschlüsse müssen folgen. Dies sage ich im Gegensatz zur Presse, die wir heute lesen konnten.

Alle Parteien im Hause sind sich einig, dass ein Haus der Geschichte für unser Land wichtig ist. Es muss eigentlich eher verwundern, wenn wir dieses Haus bis heute noch nicht haben. Wie wenige andere Gebiete in Europa spiegelt Schleswig-Holstein europäische Geschichte geradezu archetypisch wider: Zerfall des dänischen Gesamtstaates, der das Ende Habsburgs und der Hohen Pforte - also des Sultanats - vorwegnimmt, Aufkommen des Nationalismus und die Revolution von 1848, die übrigens die einzige Revolution war, die damals in Deutschland erfolgreich war. Weiter sind das Eingreifen der Großmächte, die eine Revolution eben nicht dulden konnten, Annexion als preußische Provinz, Vereinigung mit dem deutschen Nationalstaat, Aufbau der Kaiserlichen Marine in Kiel, Kaiser-Wilhelm-Kanal, Erster Weltkrieg, der Matrosenaufstand, 1920 Abstimmung und Teilung des Landes, Inflation, Arbeitslosigkeit, Machtergreifung und Terrorherrschaft der Nazis, Zweiter Weltkrieg, KZs, Zerstörung, Niederlage, Flüchtlingselend, Wiederaufbau, das neue Bundesland Schleswig-Holstein, Kalter Krieg, die 68er-Bewegung und vieles mehr zu nennen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wiedervereinigung!)

- Natürlich auch die Wiedervereinigung. Vor allem aber sind das Verhältnis zu den **Minderheiten** nördlich und südlich der Grenze und der besondere Weg Schleswig-Holsteins in der Beziehung in den Ostseeraum hinein wesentliche Gesichtspunkte. Alles in allem spiegelt die **schleswig-holsteinische Geschichte** die Zerstörung alter europäischer Strukturen des 18. Jahrhunderts durch den Nationalstaat und hoffentlich die Errichtung neuer Strukturen für das 21. Jahrhundert in einem geeinten und befriedeten Europa wider.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Noch ist das nationalistische Denken nicht überwunden. Auch dazu könnte ein solches Haus der Geschichte beitragen. Der geschichtliche Weg Schleswig-Holsteins mag kein europäischer Sonderweg sein, aber Schleswig-Holstein hat einen Vorteil gegenüber anderen Regionen: Wir haben diese Entwicklung in vieler Hinsicht, gerade was die Minderheiten anbelangt, vorweggenommen und Erfahrungen gesammelt, die auch anderen zugute kommen können. Wie schwierig dieser Weg ist, zeigt auch die jüngere Geschichte im Verhältnis zu Dänemark. Das Eis ist immer noch brüchig, auch wenn wir uns alle Mühe geben. Deshalb ist die schleswig-holsteinische Geschichte in der Tat eine - auch im europäischen Rahmen - wichtige Geschichte.

Ein **Museum** ist also wünschenswert und wichtig, ja geradezu eine Verpflichtung, übrigens auch all denen gegenüber, die Opfer dieser Zeit waren. Es ist eine Verpflichtung gegenüber denen, die von den Nazis umgebracht wurden, gegenüber den Kriegsgefangenen, den Ausgebombten, den Flüchtlingen, die nicht in die neue Heimat kommen oder sie mit errichten konnten. Es ist auch eine Verpflichtung gegenüber der jungen Generation, damit sie aus der Geschichte lernen kann und sich alte Fehler nicht wiederholen. An sie muss sich das Haus der Geschichte vor allem wenden. Auch die Darstellung und die Didaktik müssen modern und interaktiv sein, also den Ansprüchen der jungen Generation genügen.

Wenn wir uns denn einig sind, dass wir ein solches Museum haben wollen, sind Fragen zu klären. Vor allem gilt das für die Finanzen. Außerdem muss geklärt werden, welche Schwerpunkte dieses Museum setzen soll. Wie soll es mit anderen Museen vernetzt werden, etwa den KZ-Gedenkstätten, die ja bereits Erinnerungsarbeit leisten? Vor allen Dingen ist zu klären, wo es stehen soll. Soll es an andere Museen angeschlossen werden oder selbstständig sein? Diese Fragen können wir heute noch nicht beantworten. Sie bedürfen sorgfältiger Beratungen. Einige Parameter sind durch den Bericht der Landesregierung festgelegt

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

worden. Er liegt Ihnen nun vor und wir danken allen, die an diesem Bericht mitgearbeitet haben.

Ich persönlich wünsche mir generell eine enge Zusammenarbeit des neuen Hauses der Geschichte mit den Wissenschaftlern, die auf diesem Gebiet arbeiten, und den bestehenden Häusern, die sich die Erinnerung an die vergangene Zeit zur Aufgabe gemacht haben. Diese wollen wir nicht durch ein neues großes Haus ersetzen. Gerade sie halten das Gedächtnis in der Region wach. Sie tun dies besser, als es ein großes Haus in einem der Zentren könnte. Ich nenne die KZ-Gedenkstätte Ladelund, das Industriemuseum in Elmsborn und das Haus Peters in Tetenbüll. Sie stehen auf einer breiten personell ehrenamtlichen Basis. Ihnen dürfen wir nicht schaden. Im Gegenteil: Es muss ein Organisationsmodell gefunden werden, das ihnen bei ihrer Arbeit hilft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das neue Haus muss unabhängig sein. Damit erhebt sich auch die Frage nach der Organisation. Sie sollte weitgehend vom Staat gelöst sein, denn es wird sich nicht vermeiden lassen, dass auch aktuelle Vorgänge oder Handeln noch lebender Personen betroffen sind. Hier bedarf es hoher Kompetenz der Museumsmacher und einer kritischen Distanz zu staatlicher Einflussnahme. Ein Modell könnte das einer Stiftung sein, die auch Sponsoren und kommunale Geldgeber vereint.

Letztlich bleibt die Frage des Standorts. Wichtig erscheinen mir die folgenden Kriterien: Finanzielle Unterstützung durch die Gebietskörperschaften und die Bürgerinnen und Bürger der Region, Erreichbarkeit, Integration bestehender Strukturen, die die dargestellte Geschichte illustrieren können oder deren Schauplätze waren, genügend Platz - auch für größere Exponate - und schließlich die Frage: Wo können wir die meisten Besucher ansprechen?

Derzeit sind offenbar zwei Standorte im Rennen, nämlich **Schleswig** und **Kiel**. Für beide Standorte spricht viel. Damit ist dies eine schwierige und wohl abzuwägende Entscheidung, die noch nicht gefallen ist. Ich freue mich auf intensive Beratungen im Ausschuss, bei denen es auch um den Standort gehen wird. Das Rennen ist eröffnet, der Ausgang ist offen. - Ich entschuldige mich, wenn ich Sie gestört habe.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Kubicki sagte, ich soll jetzt alle wieder aufwecken, soweit das notwendig sein sollte.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren! Weit über den Bildungs- und Kulturbereich hinaus sind Museen wichtige Anziehungspunkte für unser Land. Die Zahl von jährlich über zweieinhalb Millionen Besuchern, auf die der im letzten Jahr im Landtag diskutierte Museumsbericht der Landesregierung verweist, zeigt eindrucksvoll, welche Bedeutung das Museumsangebot auch für den Tourismusstandort Schleswig-Holstein besitzt.

Schleswig-Holstein ist ein junges Land mit alter, sehr vielfältiger und teilweise recht komplizierter Geschichte. Was uns fehlt, ist ein modernes historisches Museum zur neueren Landesgeschichte. Für die ältere Zeit gibt es in Schleswig bereits ein exzellentes Landesmuseum. Kollege Baasch, Kollege Geißler, die Hansegeschichte hat in Lübeck ihren angestammten Platz.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Die betrüblicherweise inzwischen unfreie Hansestadt Lübeck ist sich in dieser Beziehung natürlich selbst genug.

Der heute zu beratende Bericht der Landesregierung und die darin enthaltenen Überlegungen einer vom Land eingesetzten Arbeitsgruppe konzentrieren sich mit Recht auf das 19. und 20. Jahrhundert. Dies entspricht der Auffassung, die ich für die FDP-Fraktion bereits in der Debatte vom 22. Februar - unserer ersten Landtagsdebatte über das Thema - vertreten habe. Die konzeptionellen Vorstellungen, die die Arbeitsgruppe nun im Detail entwickelt hat, sind meines Erachtens durchweg überzeugend.

Ich begrüße es, dass dabei auch meine Anregung vom Februar letzten Jahres aufgenommen worden ist, im Haus der Geschichte Raum für wechselnde Ausstellungen zu schaffen. Ich denke dabei insbesondere an Ausstellungen, die sich auf die Geschichte und die Kultur des Ostseeraumes beziehen. Es sollte unser gemeinsames Ziel sein, die historischen und kulturellen Verbindungen in diesem Teil Europas, die Verbindungen, die unser Land zu diesem Raum hat, noch stärker als bisher ins Bewusstsein zu rücken. Dem entspricht auch der Ansatz, Landesgeschichte nicht als inselhaft historische Heimatkunde, sondern in ihrer Einbettung in größere räumliche und historische Bezüge zu präsentieren.

(Dr. Ekkehard Klug)

Dafür gibt es schließlich in der **Geschichte Schleswig-Holsteins** mehr als genug Anknüpfungspunkte, von der Einbeziehung Schleswig-Holsteins in den alten dänischen Gesamtstaat. Insoweit würde ich im Vorlauf zu 1848 zeitlich etwas weiter vorgreifen wollen. Diese Anregung möchte ich zur Diskussion stellen. Dann über 1848, 1864 bis hin zum Revolutionsjahr 1918. Wenn ich kurz zu Herrn von Hielmcrone, der 1918 als Misserfolg angesprochen hat, sagen darf - -

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: 1848 war ein Erfolg!)

- Ja, 1918 haben Sie demnach als Misserfolg bezeichnet.

(Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Nein, habe ich nicht!)

- Na gut, dann eben nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er will den Kaiser wiederhaben! - Unruhe)

- Lesen Sie weiter in Ihrer Zeitung, Kollege von Hielmcrone. Kein Problem, da sind wir uns auch einig.

Ich wollte nur darauf hinweisen, dass Friedrich Ebert 1918 nicht als Misserfolg bezeichnet hätte.

(Beifall)

Aber gut, wenn Herr von Hielmcrone das auch so sieht, bin ich einverstanden.

Schließlich müssen der Zweite Weltkrieg und die Nachkriegszeit angesprochen werden. Ich meine allerdings, dass die Stichwortliste, die im Anhang des Berichts der Landesregierung abgedruckt ist, speziell für die Zeit nach 1945 noch einmal überarbeitet und vielleicht erweitert werden sollte. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist aus der politischen Geschichte unseres Landes noch etwas mehr erwähnenswert als nur der Konflikt um das Kernkraftwerk Brokdorf, Jochen Steffen, Baldur Springmann und die Schüler- und Studentenbewegung von 1968.

Ich will hier bewusst auf eine Vollständigkeit beanspruchende Ergänzung verzichten, möchte aber zumindest darauf hinweisen, dass Schleswig-Holstein als eines der Bundesländer an der innerdeutschen Grenze in besonderer Weise vom **Ost-West-Konflikt** und von dessen 1989/90 erreichter Beendigung betroffen gewesen ist. Ich denke daran, dass sich im Ostseeraum bildlich gesprochen waffenstarrende Festungen gegenüberstanden haben, dass die Bundeswehrpräsenz auch aufgrund der militärischen Konfrontation der Blöcke in unserer Region enorm gewesen ist. Ich erinnere mich gut an die Zeit, als man auf dem Rückweg mit der Bahn von Berlin in Büchen von den Damen

vom Roten Kreuz mit Kaffeebechern als zurückgekehrt in der freien Welt begrüßt wurde oder als man den Grenzpunkt Zarrentin/Gudow überschritten hat. Das sind Dinge, an die man vielleicht auch in einer musealen Präsentation der jüngsten Geschichte mit anknüpfen sollte.

(Beifall)

Wie gesagt, wir haben bisher nur eine Themensammlung; über die weitere Ausgestaltung werden sich viele kluge Köpfe weiter Gedanken machen.

Meines Erachtens sollte der Landtag - am besten nach weiterer Detailberatung im Bildungs- und Kulturausschuss - einen Grundsatzbeschluss über ein Haus der Geschichte fassen. Die Umsetzung wird dann im Zusammenhang mit der dazu dann noch einzusetzenden Kommission, von der Frau Erdsiek-Rave gesprochen hat, Aufgabe in der nächsten Zeit sein.

Es ist ja kein Geheimnis, dass neben der Finanzierungsfrage die Standortfrage, die mit der Finanzierung natürlich eng zusammenhängt, noch für viel Diskussionsstoff sorgt. Mit **Kiel** und **Schleswig** sind bekanntlich zwei Bewerber im Rennen. Prinzipiell sind beide als **Standort** für das **Haus der Geschichte** denkbar. Ich will hier, wie ich das auch schon vorher in der Presse deutlich gemacht habe, meine persönliche Präferenz für den Standort Kiel kurz begründen.

Zum einen hat in der neueren Landesgeschichte - es geht um das 19. und 20. Jahrhundert - die Musik in der Tat eher in Kiel gespielt als in Schleswig.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt für die politische Geschichte wie auch etwa für die Wirtschaftsgeschichte. Die Geschichte der Industrialisierung unseres Landes in einem Museum in Schleswig darzustellen und nicht in Kiel, wäre schon etwas künstlich museal - um es einmal so salopp zu formulieren. Das heißt, es gibt aus meiner Sicht durchaus sachliche Gesichtspunkte, die in diesem Zusammenhang für eine Präferenz zugunsten der Landeshauptstadt Kiel sprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Es sei hinzugefügt, dass die landesgeschichtliche Sammlung der schleswig-holsteinischen Landesbibliothek - eine Einrichtung, die in Kiel sitzt - über zahlreiche Exponate verfügt, auf die bei einem solchen Museum zurückzugreifen wäre. Eine Entscheidung gegen Kiel hieße, dass die landesgeschichtliche Sammlung der in Kiel ansässigen Landesbibliothek

(Dr. Ekkehard Klug)

aus Kiel abgezogen werden müsste, nachdem in den vergangenen Jahren die völkerkundliche Sammlung aus Kiel nach Schleswig abgezogen worden ist und die Sammlung der Stiftung Pommern aus nachvollziehbaren Gründen aus Kiel nach Greifswald transferriert wurde.

(Holger Astrup [SPD]: Du musst auch sagen, warum!)

- Das habe ich gerade gesagt. Das wäre sozusagen der dritte Schlag und der dritte Punkt, wo ein totaler kulturpolitischer Rückzug des Landes aus der eigenen Landeshauptstadt nicht mehr zu übersehen wäre. Auch dies ist ein Gesichtspunkt, der jenseits aller regionaler Überlegungen den Teilnehmern der Diskussion zu denken geben sollte.

Gleichwohl ist die Entscheidung für einen Standort gewiss kein Selbstgänger. Es gibt komplizierte Fragen, die auch die Finanzierung betreffen. Ich möchte an die Beteiligten im Raum Kiel, vor allem in der Kieler Kommunalpolitik, ausdrücklich appellieren, sich nicht auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern mit Nachdruck weiter für ihre Konzeption, die sie der Arbeitsgruppe präsentiert haben, einzutreten, für die Realisierung weiter zu werben und entsprechende Beiträge einzuwerben.

Alles Weitere wird sich im weiteren Beratungsgang finden.

(Beifall)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion hat sich am letzten Dienstag ausführlich mit der Thematik beschäftigt und folgenden Beschluss gefasst: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt ein **Landeshaus der Geschichte** - ich denke, wir sollten bei der Namensgebung bescheiden sein, es geht um Landesgeschichte -, das sich auf die jüngere Zeit seit etwa 1848 bezieht. Inhaltlich erwarten wir eine kritische Auseinandersetzung mit der Landesgeschichte, die sowohl die Entwicklung auf dem Land, in den Häfen und in den Städten berücksichtigt - und zwar im ganzen Land, nicht nur in einer Region - als auch revolutionäre und restaurative Tendenzen sowie die Rolle der Frauen, der Einwanderung und insbesondere auch des Nationalsozialismus exemplarisch aufarbeitet. Die im Regierungsbericht vorgestellte Skizzierung ist hierzu eine gute Diskussions-

grundlage, aber selbstverständlich noch kein fertiges Konzept.

Ich bin meinen Vorrednerinnen und Vorrednern dankbar, dass durch ihre jeweilige Exemplifizierung, was sie sich vorstellen, die Beratungsgrundlage noch sehr viel breiter geworden ist. Bei Frau Erdsiek-Rave konnte ich mir das ähnlich wie bei der Skizze am Ende des Regierungsberichts schon richtig konkret vorstellen und die konzeptionellen Vorstellungen bis hin zur Einbindung von Schleswig-Holstein in die Ostseeregion, in den Ost-West-Konflikt, haben das Bild noch einmal runder gemacht.

Wir erwarten ein Museum, das als Schaufenster der Landesgeschichte für Einheimische wie für Touristen große Attraktivität besitzt.

Nun möchte ich auf den Fortgang unserer Beratungen, seit wir das letzte Mal hier gesprochen haben, noch einmal eingehen. Wir haben in unserer Fraktion einmal auch ein wenig in unserer eigenen Geschichte gekramt

(Martin Kayenburg [CDU]: So weit sind Sie doch noch gar nicht!)

und kamen gemeinsam zu dem Schluss, dass es sehr gut ist, dass nun das ganze Haus eine Idee aufgreift, die am Anfang innerhalb unserer grünen Fraktion vor allem Irene Fröhlich hochgehalten hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da waren Sie noch gar nicht grün!)

Sie hat nämlich schon in der Zeit, bevor wir uns als Fraktion gegründet hatten, aber auch danach immer wieder mit Fachleuten an diesem Thema gearbeitet, aber - wir geben das zu - der Koalitionsvertrag ist an dieser Stelle sehr von Finanzrealismus geprägt. Wir hatten uns nämlich tatsächlich - das hat Frau Schwarz richtig zitiert - darauf zurückgezogen zu sagen: Na gut, ein Haus der Geschichte kriegen wir sowieso nicht, also dann wenigstens in Gottorf eine kleine landesgeschichtliche Präsentation.

Nun ist die Geschichte im wahrsten Sinne des Wortes weitergegangen. Wir wissen, dass in Schloss Gottorf neue Konzeptionen Platz gegriffen haben, das, was wir ursprünglich festgehalten haben, ist nunmehr durch das neue Konzept der Landesregierung überholt.

Auch das Thema **Medienfenster**, das wir in der letzten Debatte als Grüne vorangestellt haben, wird nun durch das Konzept der Landesregierung auf größere Füße gestellt. Es geht auch um ein Medienfenster. Moderne Medien sind ganz bewusst hervorgehoben. Ich denke, die Dialogmöglichkeiten - auch das haben wir in unserem Beschluss festgehalten -, die durch die Medien entstehen, sollten genutzt werden. Hochschulen, Schulen, Bibliotheken, aber auch andere Orte, an

(Angelika Birk)

denen sich Leute zusammenfinden, sollten gute Möglichkeiten haben, durch ein solches Medienfenster mit dem Museum Kontakt aufzunehmen - wie auch umgekehrt das Medienfenster in dem Museum auf andere wichtige historische Orte in Schleswig-Holstein und auf andere Museen verweisen sollte. Das alleine aber soll es eben gerade nicht sein. Es ist ja auch an großzügige Räumlichkeiten gedacht. Die Finanzierungsmöglichkeiten hierzu sind in dem Bericht zumindest andiskutiert.

Wir haben uns nun - nach einer solch ausführlichen Auseinandersetzung kann es wohl auch nicht anders sein - mit dem Standort beschäftigt. Es soll vorkommen, dass an den Haaren herbeigezogene Begründungen für die Notwendigkeit, wichtige landesweite Einrichtungen in der Landeshauptstadt und nirgendwo sonst anzusiedeln, erhalten müssen. Ich verfüge als jemand, der seit 1989 gerne in Lübeck wohnt, da so über gewisse Erfahrungen. Im Fall des von der Landesregierung vorgestellten Projektes eines Landeshauses der Geschichte aber leuchtet aus der Sache heraus unmittelbar ein, dass **Kiel** der richtige **Standort** ist. In Ergänzung zu dem, was Herr Dr. Klug ausgeführt hat, möchte ich darauf verweisen, dass diese Stadt eigentlich erst in den letzten 150 Jahren zur Landeshauptstadt geworden ist. Als Marine- und Werftstandort war sie mehr als das - in guten wie in schlechten Tagen. Die Entwicklung Schleswig-Holsteins - des modernen Schleswig-Holstein, wie wir es heute kennen - hängt ganz eng mit der Entwicklung der Stadt Kiel zusammen.

Ich sage aber auch ganz deutlich, dass wir Schleswig-Holstein nicht als Anhängsel zur Kieler Stadtgeschichte verstanden wissen wollen; das wäre verkürzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In Schleswig und Lübeck sind Museen zu finden, die die wichtigen Rollen dieser Städte in früheren Epochen der Region des heutigen Schleswig-Holstein dokumentieren. Das sollte auch weiterhin der Fall sein.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass mir der Besucherrückgang der **Einrichtungen** in Schleswig in den letzten Jahren ein wenig Sorge macht. Wir brauchen attraktive Museumskonzepte. Das in Schleswig entstandene Problem darf aber nicht dergestalt gelöst werden, dass dort ein neues Museum geschaffen wird. Vielmehr muss jedes Museum für sich sprechen und muss für sich attraktiv sein. Ich glaube, die Stadt Kiel hat gute Plätze und hervorragende Immobilien, die für dieses Vorhaben geeignet sind. Ich erinnere neben dem schon erwähnten Warleberger Hof zum Beispiel an die Festung Friedrichsort. Durch entsprechende Verkehrskonzepte kann man auch diesen

scheinbar entlegenen Standort attraktiv machen. Vorübergehende Ereignisse dort, die durchaus ihre Besucherschaft gefunden haben, haben das gezeigt.

Damit bin ich aber auch schon bei einem weiteren Stichwort: dem lieben Geld. Es muss auf jeden Fall eine seriöse Finanzplanung her. Ein erster Bericht kann dazu nur erste Hinweise geben: Auch wenn in ihm schon einige Zahlen enthalten sind, ist das noch kein **Finanzierungskonzept**. Ich möchte an dieser Stelle deutlich darauf hinweisen, dass auch wir davon ausgehen, dass mehrere Finanziere gefunden werden müssen. Eine Stiftung zu gründen ist sicherlich eine gute Anregung. Aber auch eine Stiftung finanziert sich nun einmal nicht von alleine. Wir müssen daran denken, dass ein solches Konzept nicht auf Kosten - das wurde von meinen Vorrednern schon hervorgehoben - anderer kleiner historisch engagierter Initiativen gehen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke einmal an meine Region und an den Versuch der Gedenkstätte Ahrensböök, die wir als Bildungsausschuss ja kürzlich besucht haben. Ich sage bewusst: den Versuch einer Gedenkstätte, denn bisher gibt es ein Haus, bei dem es durch das Dach regnet, ein Grundstück, auf dem das Gras meterhoch steht, und es gibt ein paar junge Leute und eine engagierte Bürgerinitiative, die mit wenig Geld diesen Standort überhaupt zugänglich gemacht haben. Es fehlt aber an Dokumenten, an der Sicherung des Gebäudes und an vielem, was man dort zeigen will.

EU- und Bundesgeldgeber haben zunächst einmal kritisch gefragt, was Schleswig-Holstein als Land selbst bisher dafür getan hat, um die Aufarbeitung des **Nationalsozialismus** in entsprechenden **Gedenkstätten** zu zeigen. An diesem Punkt blieben die Geldgeber skeptisch und haben der Initiative deshalb nicht gleich offenen Herzens und offenen Geldbeutels ihre Unterstützung angeboten.

In Lübeck haben wir, um einmal ein ganz anderes Beispiel zu nennen, ein kleines, aber sehr engagiertes Industriemuseum in der Gegend der ehemaligen Metallhütte. Auch dieses kämpft immer wieder um Gelder und zeigt dabei mehr als nur Dinge, die lediglich für Lübeck interessant sind.

Wir müssen also sehr genau auf die Finanzierung achten. Daher ist es auch passend, dass wir im Bildungsausschuss im Augenblick gerade den Museumsbericht diskutieren. Wir müssen also zu einer Gesamtlandschaft kommen, in der dieses neue Haus seinen Platz hat. Alles zusammen muss auf einer soliden

(Angelika Birk)

Finanzierungsbasis für die Zukunft fortentwickelt werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun noch etwas zu den Inhalten. Vorhin habe ich gesagt, dass es um das ganze Land und nicht nur um eine Region gehe. Daher sei mir nun die Kritik erlaubt, dass die Gegend nördlich des Kanals und die Westküste in den mir vorliegenden Stichworten des Regierungsberichtes für eine mögliche Präsentation aus meiner Sicht einen sehr viel größeren Raum einnehmen als beispielsweise der Südosten und das Hamburger Umland.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen also ein wenig aufpassen, dass das Haus der Geschichte nicht zu regional orientiert ist.

Ich denke, wir gehen gemeinsam davon aus - und das habe ich auch schon in meiner ersten Rede so gesagt -, dass Geschichte nicht als eine Fortentwicklung zum Guten und zum Fortschritt interpretiert werden kann, wie es vielleicht noch der alte Philosoph Hegel getan hat. Wir dürfen auch keine romantische Parteilgeschichte betreiben. Wir tun gut und richtig daran, sowohl die positiven als auch die negativen Entwicklungen, die Fort- und Rückschritte ehrlich aufzuarbeiten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug
[FDP])

Wir dürfen weder Heimatkunde betreiben noch einen tendenziösen Entwicklungsroman vorstellen. Das gilt auch für das große Kapitel der Einwanderung, das die Schleswig-Holsteiner ja nicht nur mit Freude begrüßt haben. In Schleswig-Holstein gab es mehrere Einwanderungswellen, sowohl auf dem Lande als auch in der Stadt. Diese Einwanderungen haben natürlich ihre Spuren hinterlassen; sie sind Teil von Schleswig-Holstein geworden. Es ist eine große Chance, auch dies mit seinen negativen und positiven Seiten darzustellen.

Alles in allem sind wir sehr daran interessiert, dass das Haus der Geschichte dialogorientiert wird, dass engagierte Historiker - seien es Laien, seien es Profis - mitwirken können und dass ein breiter Diskussionsprozess entsteht. Wir danken all denjenigen, die dazu bereits beigetragen haben, und hoffen, dass sich das Projekt weiter so positiv fortführen lässt. Wir werden uns daran beteiligen. Wir sehen uns hierzu auch in den Haushaltsberatungen wieder. Ich hoffe, dass wir bis dahin genauer wissen, wie wir dieses Thema sowohl kurz- als auch langfristig seriös weiter bearbeiten sollen. Ich glaube, wir werden nicht auf einen Schlag all das bekommen, was wir uns wünschen. Es ist aber

wichtig, dass es ein gutes Gesamtkonzept gibt und dass wir dann schrittweise vorgehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt die Vorsitzende des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir vor gut einem Jahr das Thema „Haus der Geschichte“ erstmals im Landtag debattierten, ging es um die Idee; das war allen Redebeiträgen anzumerken. Mit dem vorliegenden Bericht nimmt das Haus nunmehr Gestalt an.

(Unruhe)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Die von Professor Wolf gebildete Arbeitsgruppe hat uns ein Konzept in die Hand gegeben, das es uns als Abgeordnete leicht macht, eine Grundsatzentscheidung zur Gründung eines „Schleswig-Holsteinischen Hauses der Geschichte“ zu treffen. Dafür danke ich allen Beteiligten im Namen des SSW.

(Beifall bei SSW, SPD, CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Eines steht für uns außer Zweifel: Es muss bei dem angedachten Museum um ein richtiges und nicht nur um ein virtuelles Museum gehen. Wir wollen richtige Räume mit richtigen Exponaten, die man erleben und anschauen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein **Haus der Geschichte** muss - da stimme ich der Expertenkommission zu - „im Kern eine ständige historische Ausstellung beherbergen, die anerkannten musealen Kriterien entspricht“. Weiterhin muss sich das Museum thematisch - auch da stimmen wir überein - auf Schleswig-Holsteins Weg in der Moderne beschränken. Konkret heißt es dazu in dem Bericht - ich werde jetzt nicht alles zitieren, weil die Kollegin Schwarz das schon getan hat, rufe aber noch einmal in Erinnerung -, dass es um drei ausgewählte tragende Themen gehen soll: Demokratisierung, wirtschaftliche Entwicklungen und Zusammenleben.

(Anke Spoorendonk)

Ich fasse also zusammen: Ein zukünftiges Haus der Geschichte soll attraktiv und lebendig sein. Es soll in der Museumslandschaft unseres Landes keine übergeordnete, sondern eine ergänzende Rolle spielen. Auch das geht aus dem Bericht hervor.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Entschuldigung. - Ich darf darauf hinweisen, dass wir es der Rednerin deutlich erleichtern, wenn wir ihr das Reden überlassen.

(Beifall)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Es soll bestehende Ressourcen und - auch das geht daraus hervor - in erster Linie die Jahrhundertstory in das eigene Konzept integrieren können.

Der SSW befürwortet die Gründung eines schleswig-holsteinischen Hauses der Geschichte. Das ist keine Überraschung. Das haben wir schon gesagt. Wir brauchen eine Darstellung der zeitgeschichtlichen Voraussetzungen, um unsere Gegenwart begreifen zu können. Deshalb kann es auch nicht angehen, dass das Phänomen der Moderne in den schleswig-holsteinischen Museen bisher nicht stattfindet, jedenfalls nicht unter dem Gesichtspunkt der Landesgeschichte. Das mag mit dem fehlenden Geld zusammenhängen, vielleicht aber auch damit, dass erst jetzt die Zeit reif dafür ist. Denn Kultur ist eben doch mehr als das Sahnehäubchen auf dem Kuchen. Das sieht man daran, wie viele Menschen Ausstellungen besuchen, und auch daran - ich rufe es noch einmal in Erinnerung -, wie die Wehrmachtsausstellung zu einem Renner in Schleswig-Holstein wurde. Die Zeit ist also reif für ein Haus der Geschichte in Schleswig-Holstein.

Die bereits genannte **Jahrhundertstory** hat auf jeden Fall einer breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit neu vor Augen geführt, dass Zeitgeschichte, also Geschichte, die direkt in die Gegenwart hineinreicht, in einem Museum darstellbar ist. Dies wird zwar auch schon in anderen Einrichtungen wie dem Bonner Haus der Geschichte versucht, aber gerade dieses Museum ist aus meiner Sicht ein hervorragendes Beispiel dafür, dass der Abstand zwischen Politik und Museumsarbeit mindestens armlang sein sollte, um es mit einem alten Grundsatz der dänischen Kulturpolitik zu formulieren.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Damit meine ich: Eine staatstragende Geschichtspräsentation darf unser Ziel nicht sein.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darin liegt ja auch ein großer Verdienst der Jahrhundertstory. Mit anderen Worten: Bei allem Engagement des Landtages muss gewährleistet sein, dass den Museumsfachleuten für die Ausgestaltung des schleswig-holsteinischen Hauses der Geschichte Handlungsfreiheit und Eigenständigkeit zugesichert werden.

(Beifall bei SSW und FDP)

Ich sage das ausdrücklich, weil wir uns heute auch schon über die im Anhang genannten Stichworte unterhalten haben. Ich habe auch noch ein paar Vorschläge und würde gerne mit Ekkehard Klug diskutieren.

(Beifall bei SSW und FDP)

Die Expertenkommission sieht das genauso und alles andere würde auch nicht den Intentionen eines solchen Museums gerecht.

Die von Professor Wolf geleitete Arbeitsgruppe hat sich nicht unmittelbar mit der Frage eines Standortes für ein Haus der Geschichte befasst. Das war auch nicht ihre Aufgabe. Aber das ist natürlich die Frage, die uns gegenwärtig am meisten umtreibt. Verständlicherweise hat sich das öffentliche Interesse bisher sogar nahezu ausschließlich auf die Standortfrage konzentriert. Bekanntlich gibt es jetzt noch zwei Bewerber, nämlich die Städte Kiel und Schleswig, und es wird keine einfache Entscheidung sein. Regionalpolitische Überlegungen werden eine gewichtige Rolle spielen.

(Zurufe von SPD und CDU)

Dass sich die SSW-Abgeordneten aus regionaler Sicht für Schleswig als Standort für ein künftiges Haus der Geschichte aussprechen, wird wohl niemanden verwundern.

(Beifall bei SSW und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme aber für uns in Anspruch, dass es uns bestimmt nicht nur darum geht, aus **regionalpolitischer Sicht** die üblichen Verdächtigen zu verhaften. In dieser Sache geht es natürlich auch um inhaltlich-sachliche Anforderungen an einen Standort, die auch von der Expertenkommission formuliert werden. Wir meinen, dass diese fachliche, historische und museale Bewertung logisch zu dem Schluss führt, dass ein Haus der Geschichte in Schleswig am besten aufgehoben ist.

(Beifall beim SSW - Einzelter Beifall bei der CDU)

(Anke Spoorendonk)

Wir stehen zu dem Konzept der **Expertenkommission**. Ich behaupte, dass dieses Konzept als das geforderte Gesamtpaket nur in Schleswig verwirklicht werden kann. Auf dem Hesterberg in Schleswig können im Besitz des Landes stehende Gebäude genutzt werden, die zudem den Reiz der Nähe zum Volkskundemuseum des Landes besitzen. Es kann ja wohl keinen Zweifel daran geben, dass sich die beiden Häuser auf eine gute und sehr interessante Weise ergänzen können.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Das gilt umso mehr, als wir es angesichts der bestehenden Rahmenbedingungen über viele Jahre hinweg mit einem Museum im Aufbau zu tun haben werden, vielleicht nur mit der Jahrhundertstory als selbstständiger Ausstellung. Umso mehr müssen wir uns auf den Grundsatz verständigen: Wer arm ist, muss zumindest schlau sein.

Durch die Nähe und Verbindung zu den bestehenden Landesmuseen in Schleswig können wir uns eine längere Aufbauphase leisten, als wenn dieses Haus in ein anderes Umfeld gesetzt wird. Durch wechselnde Ausstellungen könnte man aus den beschränkten Ressourcen für ständige Ausstellungen sogar eine Tugend machen. Wir stellen uns vor, dass solche Ausstellungen gerne für Aufmerksamkeit und auch für Aufregung sorgen dürfen.

Ein modernes Museum wie das Haus der Geschichte muss mit seiner Zielgruppenorientierung von einer doppelten Strategie ausgehen. - Ich weiß, dies ist schon gesagt worden. - Es soll also nicht nur kultureller Zeitvertreib sein, sondern auch zur Identitätsfindung von Menschen beitragen. Mit anderen Worten: Wir wollen kein Disneyland für Touristen, wir wollen aber, dass alle Besucherinnen und Besucher des Museums Geschichte und die Brüche in unserer Geschichte erleben können.

Auch das spricht für **Schleswig**. Es gibt wohl keinen Ort, der wie die Stadt Schleswig alles, was Schleswig-Holstein ausmacht, in sich vereint. Der Name ist Programm und Verpflichtung zugleich. Ich könnte anhand der Geschichte meiner eigenen Familie darstellen, was damit gemeint ist, werde das heute aber selbstverständlich nicht tun.

Während also eigentlich die aufregende Frage des Standortes klar ist, stellt sich immer noch die „kleine“ Frage der Finanzierung. Das ist, wenn wir ehrlich

sind, der Knackpunkt schlechthin. Wir kommen nicht umhin, uns der finanziellen Wirklichkeit des Landes zu stellen, und diese ist - da müssen wir ehrlich sein - ernüchternd. Eine mehr oder weniger private Trägerschaft und die Finanzierung durch nicht öffentliche Gelder werden daher unumgänglich sein. Trotzdem darf sich das Land nicht aus der Verantwortung zurückziehen. Denn die Einrichtung eines schleswig-holsteinischen Hauses der Geschichte ist auch eine öffentliche, das heißt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich danke der Ministerin, dass sie das in ihrem Beitrag ganz deutlich gemacht hat.

Das Bildungsministerium hat im Bericht die Überlegungen zum weiteren Verfahren kurz umrissen. Darauf werde ich jetzt nicht näher eingehen. Wir begrüßen aber dieses Verfahren. Denn unabhängig von den Konfliktfragen wünschen wir uns alle, dass unser Haus der Geschichte auf einem soliden Fundament stehen wird.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde nicht den Erwartungen entsprechen und etwas zu dem Kieler Projekten sagen, sondern ich möchte drei eher auf Bedächtigkeit hin orientierte Hinweise geben.

Erstens. Wer einmal das Haus der Geschichte in Bonn gesehen hat, mag in die Gefahr geraten zu glauben, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln könnte man etwas Vergleichbares schaffen, würde man kurzfristig einen Publikumsmagneten schaffen. Wer das erwartet, sollte sich schnell aus der Diskussion abmelden. Das wird nicht passieren.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb muss man, wenn man etwas realisieren und nicht nur reden will, sehr präzise überlegen, wie man einen Einstieg organisieren kann.

Zweitens. Wissenschaftliche und kulturelle Projekte eignen sich gerade in Zeiten knappen Geldes nicht für regionalpolitische Strukturmaßnahmen.

(Beifall bei FDP und SSW)

Sie müssen sich schon aus sich selbst heraus und aus den Möglichkeiten von Kooperation ergeben. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das Argument kenne ich doch!)

(Jürgen Weber)

- Da Sie kritisch dazwischenrufen, will ich Ihnen das Beispiel der Verlagerung der Lehrerausbildung nach Flensburg nennen, das ich mitgetragen habe. Dies ist ein sehr gutes Beispiel dafür,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

dass man, wenn man so etwas tun will - man kann es ja tun -, weiß: Es wird teurer und es wird sich in Qualität und Quantität nicht immer das erfüllen, was man sich vielleicht vorstellt. Ich denke, das muss man schon am Beginn des Verfahrens wägen.

(Zurufe der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich will einen dritten zurückhaltenden Hinweis geben. Sie wollen dieses zeithistorische Museum nicht an einem Ort mit einer entsprechenden Dignität einrichten, der durch die Politik oder durch die Wirtschaftsgeschichte prädestiniert ist, wie es Kiel, Lübeck, Flensburg und auch Neumünster wären.

(Günter Neugebauer [SPD]: Rendsburg!)

Wenn Sie das nicht wollen, müssen Sie sehr gut begründen, warum Sie ein zeitgeschichtliches Museum nicht an den Ort von Zeitgeschichte setzen wollen.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich dann noch Folgendes sagen: Wir haben ja keinen förmlichen Wettbewerb, kein förmliches Ausschreibungsverfahren. Ich persönlich gehöre zu denen, die sagen, ich bedauere es ein wenig, dass sich zum Beispiel eine Stadt wie Neumünster, die für mich als Ort eines solchen Museums tragfähig wäre, nicht interessiert hat. Aber wenn wir in einer Situation sind, dass wir in diesem Jahr entscheiden wollen, dann müssen wir das abwägen, was auf dem Tisch liegt, und wir müssen sehen, was finanzierbar ist. Genau das werden wir im Ausschuss tun.

Da mag es dann für den einen oder anderen ein Malus sein, dass es auch Abgeordnete gibt, die dann aus einer bestimmten Argumentation heraus den eigenen Ort, in dem sie gewählt worden sind, für den besseren halten. Dafür kann ich nun einmal nichts. Wir werden es abschichten und wir werden es exakt herausarbeiten.

Das Lübeck nicht infrage kommt, hat nur einen einzigen Grund, meine Damen und Herren: Man kann ein Schleswig-Holstein-Museum nur in Schleswig-Holstein machen. Das ist der einzige Grund, weshalb Lübeck nicht infrage kommt.

(Heiterkeit)

Alle anderen Dinge werden wir so abarbeiten, wie ich es angesprochen habe.

Ich bin in dieser Frage offen und jeder Ort ist möglich, wenn er das bessere, das umsetzungsfähigere Konzept auf den Tisch legt. Zum jetzigen Zeitpunkt kann ich mir nur vorstellen, dass Standort die Landeshauptstadt ist.

(Heiterkeit und Zurufe)

Lassen Sie mich auch diese eine Anmerkung noch machen: Ich habe heute mit großem Interesse in der Zeitung gelesen, dass eine ganze Reihe von Landtagsabgeordneten den Landtag durch eine Anzeige darauf aufmerksam machen möchten, welches sinnvolle Projekt das in Schleswig sein kann.

(Glocke des Präsidenten)

Mein letzter Satz: Ich finde es ungewöhnlich, dass Abgeordnete den Landtag in Anzeigen auf etwas aufmerksam machen möchten. Das können Sie auch hier vorn am Mikrofon tun.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ja dem Kollegen Weber dankbar dafür, dass er hier noch einmal etwas zu dem Thema gesagt hat. Nun habe ich auch noch einmal die Gelegenheit, auf ein paar Punkte einzugehen.

Erster Punkt! So wie Schleswig-Holstein funktioniert, ist jede Entscheidung eine regionalpolitische Entscheidung. Das ist eine Tatsache und das können wir abhaken.

Ich gebe Ihnen Recht - das ist meine zweite Bemerkung -, dass es in diesem Fall um das Konzept gehen muss. Es muss darum gehen, wie wir solch ein Haus der Geschichte als Museum hinbekommen.

In **Schleswig** haben wir die Landesmuseen. Das heißt, wenn man sagt - ich sprach es vorhin schon an -, wir haben nicht die finanziellen Ressourcen, jetzt von vornherein etwas ganz Tolles zu machen, dann müssen wir sehen, wie wir schlau arbeiten können. Wir müssen also wirklich Synergieeffekte nutzen, wir müssen den Apparat nutzen, der vorhanden ist. Alles das spricht dafür, dass man das neue Haus der Geschichte in Schleswig aufbaut.

(Anke Spoorendonk)

Damit meine ich nicht, dass der Standort für das Museum die Stadt Schleswig sein soll. Es wäre ja auch blöd, so etwas zu sagen. Ich behaupte auch, dass jeder Ort in Schleswig-Holstein ein Ort der Zeitgeschichte ist. Das heißt, es kommt darauf an, wie das Museum aufgebaut werden kann, es kommt darauf an, wo die Fachleute bereits mit Museumsprojekten arbeiten. Alles das spricht für den Standort Schleswig.

Dann noch einmal etwas zu dieser Anzeige! Es ist schon bemerkenswert - - Das hat nichts mit der heutigen Landtagssitzung im engeren Sinn zu tun - -

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe:
Oh, oh!)

- Ja, ja, es ist ja in Ordnung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, wir sollten uns etwas ernster nehmen.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Es ist klar, dass die Anzeige heute wegen der Sitzung erschienen ist. Aber es ist schon bemerkenswert, dass sich die Unterstützung in der Region jetzt schon so deutlich abzeichnet. Es ist bemerkenswert, dass alle - nicht nur die Kommunen, nicht nur die Kreise, sondern ganz viele Menschen und auch die Wirtschaft - das Projekt mittragen. Das werden in den kommenden Monaten noch mehr werden.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der
CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei der Frage des Standortes für das Haus der Geschichte meine ich, dass die Kollegen Ekkehard Klug und Herr Weber die entscheidenden Argumente vorgetragen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg
[CDU])

Es geht um ein Haus der Zeitgeschichte und es geht nicht um ein Haus der Geschichte der Herzogtümer des Landes Schleswig-Holstein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht auch um ein **Haus der Zeitgeschichte**, das darstellt, wie in diesem Land Menschen gearbeitet haben und womit sie sich ihren Lebensunterhalt verdient haben.

Es gibt noch einen zweiten Aspekt, den ich hinzufügen möchte: Wir sind ein Land, das die Ostseekooperation sehr hoch hängt. Insofern möchte ich einem Standort, der direkt an der Ostsee liegt, sehr wohl das Wort reden: Kiel - Herr Kollege Weber, in dem Punkt möchte ich Ihnen widersprechen - oder Lübeck.

Dann will ich das eine doch ganz deutlich sagen: Lübeck ist sozusagen der jüngste Erwerb des Landes Schleswig-Holstein. Aber wenn Sie auf den Landesnamen abstellen, dann bin ich natürlich schon versucht zu fordern, dass wir eine Änderung herbeiführen und alle drei Herzogtümer im Namen nennen: Schleswig-Holstein-Lauenburg.

(Zurufe: Oh, oh!)

Dann könnte ich mich damit einverstanden erklären. Aber ich glaube, die entscheidenden Argumente zum Thema Haus der Geschichte sind: Es ist Zeitgeschichte, es ist nicht Geschichte von Herzogtümern und es ist Geschichte der Menschen in diesem Land, wo sie gelebt haben, wie sie gearbeitet haben. Dazu gehört Industriegeschichte. In diesem Sinne meine ich, dass die Vorschläge der beiden Kollegen Weber und Klug sehr wohl in die richtige Richtung gewiesen haben.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt Herr Abgeordneter Hentschel. Weitere werden folgen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben natürlich sehr wohl überlegt, ob wir eine Entscheidung so frühzeitig treffen. Man hat ja dann, wenn man eine Entscheidung frühzeitig trifft, immer das Risiko, dass sich hinterher andere Kräfte durchsetzen, sodass man dann der Verlierer ist. Das ist ja bei solchen Dingen ein Problem.

Aber ich habe mich deswegen sehr vehement dafür eingesetzt, dass wir eine Entscheidung treffen, weil ich glaube, dass es hier um eine Entscheidung in der Sache geht, und weil es bei der Standortfrage tatsächlich um die Frage geht - das ist hier schon mehrfach gesagt worden -, ob wir Regionalpolitik machen oder ob wir von der Sache her versuchen zu begründen, wo ein

(Karl-Martin Hentschel)

Museum für neue schleswig-holsteinische Geschichte positioniert sein muss.

Von der Sache her kann es meines Erachtens nur die Entscheidung geben, das in der **Landeshauptstadt** zu realisieren. Auch wenn man sich die Liste der historischen Ereignisse anguckt, die dargestellt werden, kann es auch nur die Landeshauptstadt sein. Natürlich haben nicht alle historischen Ereignisse in Kiel stattgefunden, sondern natürlich ist das ganze Land an den Ereignissen beteiligt gewesen. Aber ganz wesentliche Ereignisse - wenn man über den Hafen redet, wenn man über die Universität redet, wenn man über die Werften, über die Revolution, über die Kieler Woche spricht und so weiter - haben etwas mit der Landeshauptstadt zu tun, die sozusagen in diesem Land eine Rolle spielte oder sie gewonnen hat. Kiel ist ja schließlich auch ein Produkt des neueren Schleswig-Holsteins; denn vor 200 Jahren war Kiel ein Dorf mit 5.000 Einwohnern. Erst in den letzten 200 Jahren - im Wesentlichen war es in den letzten 100 Jahren - ist Kiel durch die Entstehung Schleswig-Holsteins als eigenständiges Land überhaupt das geworden, was es heute ist. Ich glaube deswegen, dass man dann, wenn man ein historisches Museum errichtet, auch die Standortentscheidung historisch begründen muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte dann noch einen zweiten Punkt anmerken, der - so glaube ich - genauso wichtig ist. Unsere Entscheidung ist keine Entscheidung gegen Schleswig.

Ich glaube, dass wir in Schleswig eine attraktive Museumslandschaft haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Ich sage aber auch, sie wird zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend attraktiv präsentiert. Daran kann noch gearbeitet werden. Ich werde mich dafür engagieren, dass auch in Schleswig weiter investiert wird. **Schleswig** hat gerade aufgrund der **Konversionssituation** Anspruch darauf, unterstützt zu werden, attraktive Angebote zu bekommen, um in der Museumslandschaft weiterzukommen. Ich möchte, dass in Schleswig durch attraktive Angebote, die Zuschauer anziehen, die Zuschauerzahlen, die in den letzten Jahren zurückgegangen sind, wieder deutlich ansteigen.

Ich glaube aber auch, dass in der Landeshauptstadt Kiel, die sehr viele Touristen hat - allein durch die Häfen -, in zentraler Lage ein Museum eine große Anziehungskraft für Zuschauer entwickeln kann. Wenn wir ein solches Museum zusätzlich nach Schleswig bringen würden, würde das an den Besucherzahlen dort wenig ändern. In Kiel würde sich aber sehr viel ändern, für Kiel macht es einen Unterschied,

ob es ein solches Museum hat oder nicht. Von daher gibt es gute Argumente dafür, in zentraler Lage in der Landeshauptstadt ein solches Museum anzusiedeln. Beide Argumente sprechen also dafür, dass wir jetzt diese Standortentscheidung treffen. Nicht deshalb, weil wir einer regionalpolitischen Entscheidung vorgreifen wollen, sondern aufgrund einer inhaltlichen und historischen Prüfung sind wir dazu gekommen, dass das die richtige Entscheidung ist.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass wir schon letzte Woche einen Beschluss gefasst haben. Der Beschluss lautet: Kiel.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einen Gedanken hinzufügen, der ebenfalls bedenkenswert ist. Ich nenne einen beliebten Spontispruch, der sagt: Geschichte ist machbar, Herr Nachbar! Er weist darauf hin, dass Geschichte auch immer ein Stück Politik ist. Wir haben eine Menge Besucherinnen und Besucher, eine Menge Schülerinnen und Schüler von Schulklassen, die dieses Haus besuchen und die möglicherweise ein Interesse daran haben, die Linie zurückzuverfolgen, die wissen möchten, wie dieses oder jenes entstanden ist, wie es zum Beispiel zur Debatte der drei **Herzogtümer** kam und wieso das hier alles diskutiert wird.

Ich glaube, dass die Faszination des Hauses der Geschichte in Bonn auch damit zusammenhing - das hat nun seine ganz spezielle Geschichte -, dass Bonn der Regierungssitz für das Land war. Die besondere Attraktivität und Bedeutung des Hauses der Geschichte dort an dem Regierungssitz - wo weiter Geschichte gemacht wurde - hing mit den Fragen zusammen, wie das alles zustande gekommen ist, wie es weitergeht und wie man so etwas macht. Diese Fragen kennen Sie alle von den Treffen mit den Besuchergruppen. Wir treffen uns dort oft genug und Sie wissen, dass genau danach gefragt wird, nämlich: Wie macht ihr das eigentlich und warum macht ihr das so? Ich möchte nicht das Haus der Geschichte in Bonn mit dem vergleichen, was wir uns hier vorstellen. Das geht schon rein materiell nicht. Das bekommen wir nicht gewuppt und das

(Irene Fröhlich)

ist sicher nicht machbar. Aber wir haben doch diese Vision, ein Schaufenster darzustellen, sodass die Leute sagen können: Aha, jetzt habe ich das verstanden und jetzt sehe ich auch, wie das hier und dort weitergeht. Deshalb glaube ich, man sollte an dieser Stelle das - ich sage das in aller Bescheidenheit -, was an Geschichte dieses Land bewegt hat, nicht von dem trennen, was an jüngster Geschichte auch gezeigt werden könnte. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns die Standortfrage unter fachlichen, inhaltlichen, politischen und historischen Gesichtspunkten sehen. Erst dann wird es rund.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Beratungsgegenstand ist damit erledigt. Ich schlage vor, dass wir den Bericht zur abschließenden Beratung an den Bildungsausschuss überweisen.

(Zurufe: Zur abschließenden Beratung?)

Sind Sie damit einverstanden? - Wer diesem Vorschlag so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Ich habe vorgeschlagen, den Bericht zur abschließenden Beratung dem Bildungsausschuss zu überweisen.

(Heinz Maurus [CDU]: Nicht zur abschließenden Beratung! - Weitere Zurufe)

- Er soll nicht zur abschließenden Beratung überwiesen werden. Dann sind die Worte „zur abschließenden Beratung“ gestrichen. Wer diesem Vorschlag, den Bericht in den Bildungsausschuss zu überweisen, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann haben wir das einstimmig so beschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich auf der Tribüne Gäste begrüßen. Es sind Mitglieder des Seniorenclubs Wiemersdorf und Stipendiaten der Studienstiftung der deutschen Wirtschaft aus Kiel. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 16 auf:

Zukunft der Regionalisierungsmittel

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1506

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Poppendiecker.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich im Moment so ins Parlament schaue, muss ich feststellen, dass ich mir vorkomme wie in einem halb leeren Eisenbahnwaggon. Das ist ja auch unser Thema. Das Thema Regionalisierungsmittel für die Deutsche Bahn erinnert mich an das Thema, das wir eben besprochen haben. Es geht nämlich auch ein bisschen um Museum, Museumseisenbahn und um die Deutsche Bahn AG. Anke Sporendonk - sie ist im Moment nicht da -, ein Exponat hätten wir schon, nämlich einen der alten Waggon, die hier durch unser Land fahren. Das wäre fürs Museum schon interessant, weil man im Museum auch etwas anfassen können soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass die Vorlage zu den **Regionalisierungsmitteln** heute von allen unterstützt wird, weil wir uns einig sind, dass wir diese Regionalisierungsmittel für unser Land dringend brauchen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Lars Harms [SSW])

Herr Minister, ich glaube, dabei haben wir alle anderen Bundesländer auf unserer Seite. Damit gibt es keine Schwierigkeiten. Diese Mittel sind für uns in Schleswig-Holstein sehr, sehr wichtig, um unser Angebot halten zu können. Es geht um das Angebot, was wir zum Teil auch gemeinsam - Uwe Eichelberg - mit dem zuständigen Minister erreicht haben. Wir haben einiges auf den Weg gebracht, was sich heute positiv auf unser Land und unsere Menschen auswirkt. Ich denke an die Ausschreibungen der Nord-Ostsee-Bahn und der AKN, die uns Vorteile bringen. Sogar die Deutsche Bahn AG hat - was die Fahrzeuge, die Waggon angeht - ein bisschen nachgezogen. Sie hat auch erkannt, dass einige Dinge gemacht werden müssen.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Hier ist der Bund in einer Verpflichtung. Der Bund kann nicht einfach aussteigen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP und Beifall der Abgeordneten Renate Gröpel [SPD], Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Er kann nicht einfach aussteigen und sagen, er werde nicht nur die Mittel, die uns eigentlich zustehen, nicht zahlen, sondern er werde zusätzlich auch noch Mittel von den Ländern zurückfordern. Das kann nicht sein.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Gerhard Poppendiecker)

In den letzten Monaten und im letzten Jahr hat sich ganz deutlich gezeigt, dass sich die **Deutsche Bahn AG** klammheimlich aus immer mehr Bereichen zurückzieht. Ich denke dabei an das Zurückziehen der InterRegios auf der Strecke Hamburg-Lübeck und an das Zurückziehen der InterRegios aus der Strecke Hamburg-Westerland. Wer gestern die Zeitung gelesen hat, weiß, dass man jetzt auch plant, die Verbindung Hamburg-Fredericia einzufrieren, das heißt, dort die InterRegios zurückzuziehen. Das Land wird notwendigerweise gezwungen sein, hier Ersatz zu schaffen. Das muss mit diesen Mitteln und aus diesen Mitteln bezahlt werden. Insofern ist unsere Forderung berechtigt und wir werden sie auch durchsetzen.

Ich darf weiter sagen, dass ich in diesem Zusammenhang den Minister gebeten habe, für uns gemeinsam - fraktionsübergreifend - einen Termin in Berlin bei Herrn Mehdorn zu besorgen, sodass wir über diese Dinge einmal in aller Ruhe reden können. Mir kommt es immer so vor - ich glaube, damit sage ich nichts Falsches -, dass uns die DB AG so langsam bahnpolitisch abnabelt.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Das war schon immer so!)

Sie macht in Hamburg Schluss und sagt: Ab hier könnt ihr das jetzt allein weitermachen. Wenn das so ist - das habe ich schon vor einigen Jahren dem Minister gesagt; allerdings seinem Vorgänger -, dann können wir auch eine schleswig-holsteinische Landeseisenbahn gründen und organisieren das allein. Ob das kostenmäßig machbar ist, kann ich im Moment nicht sagen. Ich denke, es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft ein vernünftiges **Bahnprogramm** vorgelegt wird. Wir haben gute Chancen und wir haben sie bisher gut genutzt.

Wenn wir uns in dieser Frage einig sind - bisher waren wir uns in Bahnfragen in der Regel einig -, dann haben wir eine gute Chance, mit allen anderen Bundesländern zusammen - Sachsen und Bayern sind da im Moment führend; zumindest, was den Druck angeht; den Druck von oben können wir allerdings auch ausüben - Herrn Eichel doch davon zu überzeugen, dass er die Verpflichtung hat, uns und allen anderen Bundesländern weiterhin diese Mittel zur Verfügung zu stellen. Nur so können wir die Zukunft im Bahnbereich sichern und durch neue Ausschreibungen unseren Menschen hier in unserem schönen Land ein weiter verbessertes Angebot anbieten.

(Beifall bei SPD und FDP sowie vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Herr Poppendiecker hat nicht fehl gelegen. Wir werden diesem Antrag zustimmen. Wir müssen allerdings sagen: Herr Minister, zwar waren Ihre Worte stark, aber Ihre Anträge sind in der letzten Zeit zu sachlich. Das ist es, was wir Ihnen immer wieder vorzuwerfen haben. Der Minister hat die Situation klipp und klar erkannt und deutlich mit uns im Ausschuss besprochen. Aber dann, wenn es nach oben geht, nach Bonn oder nach Berlin, werden Sie in der Wortwahl immer zu milde. Hier hast du, lieber Poppendiecker, wieder kräftige Worte gefunden. Ich glaube, es geht mittlerweile gar nicht mehr anders. Wir müssen uns deutlicher artikulieren. Früher ist es euch auch nicht so schwer gefallen, gegenüber der CDU-Bundesregierung ein klares Wort zu finden. Die Zeit dafür ist gekommen.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW - Renate Gröpel [SPD]: Aber Ihnen doch auch!)

Wir haben auf der **interparlamentarischen Verkehrskonferenz** der norddeutschen Bundesländer in Schwerin erlebt, dass es in der Vergangenheit nicht nur uns so gegangen ist, sondern auch den Abgeordneten aus den anderen Bundesländern und den Ministerien. Sie sind in einer Phase gewesen, in der sie sich hoffnungslos gefühlt haben. Herr Poppendiecker, ich setze keine große Hoffnung darin, dass sich vieles ändern wird, wenn wir zu Herrn Mehdorn nach Berlin fahren. Ich habe Herrn Mehdorn schon auf so vielen Veranstaltungen getroffen. Er hat so viel versprochen. Wie wenig ist dabei immer herausgekommen! Ich habe eine ähnliche Meinung wie Sie: Für ihn hört die Welt in Hamburg auf. - Das ist sehr schwer vorstellbar.

Bei der Art und Weise, in der mit uns umgegangen wird, fühlt man sich geradezu über den Tisch gezogen. Das gilt auch dafür, wie ein Minister vorgeführt wird. Es haben Gespräche auch mit den anderen **Verkehrsministern** stattgefunden. Was heute festgelegt wird, wird morgen wieder aufgehoben. Wo sind wir mittlerweile gelandet? Mit welcher Schnoddrigkeit sind die Repräsentanten der Bahn in Schwerin aufgetreten! Man fragte sich: Wer ist man überhaupt? Hat man gar nichts mehr zu sagen? Hat man nur noch hinzunehmen? Das ist eine Schwierigkeit.

Herr Minister Rohwer, Sie wissen uns alle hinter sich bei Ihrem aktiven Programm für die Bahn. Das muss

(Uwe Eichelberg)

man klipp und klar sagen. Da muss man Sie loben, wie Sie das vorangebracht haben,

(Beifall bei der SPD)

wie wir gemeinsam Erfahrungen gesammelt haben, die für andere Bundesländer teilweise vorbildlich waren. Das alles wollen wir gemeinsam tun. Sie müssen uns aber auch klipp und klar sagen, wie die Dinge liegen, wo Sie uns einspannen wollen. Wir wollen all unsere Möglichkeiten auf allen möglichen Ebenen nutzen, die Dinge voranzubringen, die wir gemeinsam als richtig empfunden haben und die wir gemeinsam voranbringen wollen. Es ist äußerst schwierig, wenn das nicht getan wird.

Wir müssen die Bundesregierung auch wieder auf das hinweisen, was in Artikel 87 e Abs. 4 des **Grundgesetzes und im Regionalisierungsgesetz** steht. Es wird so getan, als gäbe es die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen gar nicht mehr.

(Beifall bei CDU und FDP - Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: So ist es!)

Es wird juristisch taktiert und es kommt nichts dabei heraus.

Die Repräsentanten der Bundesbahn weisen immer wieder daraufhin, dass sie börsenfähig sein sollen. Wir haben gerade gestern wieder einen Vortrag eines wichtigen Herrn, Herrn Dr. Kossak von der Pälmann-Kommission, gehört. Das, was dort empfohlen wurde, was dort ausgearbeitet wurde, wird einfach ignoriert. Darin wird klipp und klar dargestellt, dass der Bund in den nächsten Jahren weitere 150 Milliarden DM in die Bahn hineinstopfen muss. Wenn der Bund so viel Geld gibt, muss er auch bestimmen können, was getan wird. Dann muss man den Börsengang endlich einmal vergessen. Der lässt sich so überhaupt nicht machen. Man muss sagen, dass das ein Zuschussbetrieb bleibt. Wenn es ein Zuschussbetrieb ist, ist es ein Betrieb der Daseinsvorsorge. Dann hat die Politik das Sagen und nicht Herr Eichel und erst recht nicht Herr Mehdorn.

(Beifall im ganzen Haus)

Überhaupt nicht verstehen kann ich den Eingriff in die Regionalisierungsmittel, die die Landesverkehrsminister mühsam als Kompromiss vereinbart haben, sowie die Dynamisierung. Das muss bleiben. Es kann nicht sein, dass Herr Mehdorn zu Herrn Bundeskanzler Schröder geht und Herr Eichel dann sagt: Die Regionalisierungsmittel werden nicht nur eingefroren, sondern sogar reduziert.

Welche Folgen hat das? Herr Minister, das müssen Sie uns deutlich machen, damit wir das an unsere Bundestagsabgeordneten weitergeben können. Was bedeutet das für unser Land Schleswig-Holstein? Hier

kommen neue Kosten auf uns zu. Sie haben gesagt, Sie hätten bezüglich der Mittel, die der **DB** für Leistungen gegeben werden, die sie im Nahverkehrsbereich erbringt, Kompromisse schließen müssen.

Wir wollen die Strecke Neumünster-Segeberg eröffnen. Da entstehen zusätzliche Kosten.

Immer mehr **Regionalverbindungen** werden eingestellt. Wir müssen Ersatzleistungen schaffen. Alles das kostet Geld. Wenn wir immer weniger Geld haben, müssen wir auch wissen, was wir nicht mehr schaffen können. Wir haben immer weniger Geld nicht durch Ihr Versagen, nicht durch unser Versagen, sondern durch das Versagen der Bundesregierung. Das müssen wir deutlich machen, und zwar noch vor der Bundestagswahl. Vielleicht kippt dann manch einer noch um. Vor der Wahl können wir das noch schaffen, hinterher haben sie alle das vergessen.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ebenfalls meine Zweifel daran, ob eine Delegation des Schleswig-Holsteinischen Landtages bei Herrn Mehdorn ausgerechnet so viel bewirken würde.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber doch! Wenn wir kommen!)

Auch bei Herrn Eichel habe ich nicht den Eindruck, dass er sich unserem Votum beugen würde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Er ist beratungsresistent!)

Es kann natürlich sein, dass der Kollege Poppendiecker ganz andere Erkenntnisse hat. Das wäre schön.

Setzen wir uns mit dem Spitznamen von Herrn Eichel, nämlich der „Eiserne Sparhans“, auseinander, müssen wir feststellen, dass er nun wieder etwas gefunden hat, wo er meint, zugreifen zu können. Denn das Einfrieren der Regionalisierungsmittel bis zum Jahr 2007 ist tatsächlich ein Eingriff in eine gesetzlich garantierte Leistung, die im Zusammenhang mit dem Regionalisierungsgesetz steht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dann frage ich mich natürlich: Warum ausgerechnet bis zum Jahr 2007? Vielleicht denkt sich Herr Eichel: Na ja, gut, gucken wir mal, vielleicht ist bis dahin

(Christel Aschmoneit-Lücke)

jemand anders verantwortlich, dann brauche ich das selber nicht mehr zu entscheiden.

Warum muss er überhaupt kürzen? Wir haben häufig darüber gesprochen: Das Haushaltsdefizit in Deutschland nähert sich der zulässigen Grenze in Europa. Eichel schiebt die Schuld auf die Länder. Also will er natürlich auch bei den Zuweisungen an die Länder kürzen, unter anderem beim **Schieneverkehr**. Ich frage mich in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch, ob Herr Eichel dies mit dem Bundeskanzler abgesprochen hat. Wenn ich mich recht erinnere, hat der Herr Bundeskanzler vor ungefähr einer Woche gesagt,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war letzte Woche!)

dass er investieren wolle, dass die öffentlichen Investitionen gestärkt werden müssten. Selbstverständlich waren sich alle darüber einig, dass die Schiene zu stärken sei.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Na ja!)

Wir dürfen bei dieser ganzen Debatte nicht aus dem Auge verlieren - das können wir hier deutlich machen -, dass es bei der Stärkung des regionalen Schienenverkehrs um staatliche Investitionen geht, die sinnvoll sind und hinter denen wir alle stehen, einmal abgesehen von unseren eigenen regionalen Interessen.

Wir unterstützen also - wie meine Vorredner auch - den vorliegenden Antrag, Herr Kollege Poppendiecker. Wir werden uns nachdrücklich auf unseren Wegen dafür einsetzen, dass diese Mittel nicht gestrichen werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Gleichzeitig zieht sich natürlich - auch darüber sind wir uns einig - die bundeseigene **Deutsche Bahn AG** immer stärker aus dem Regionalverkehr zurück, denn Zuschussgeschäfte vermiesen bekanntlich die Chance bei Börsengängen. Zukünftige Anleger reagieren besonders in diesen Zeiten ziemlich allergisch auf unrentable Risiken.

Wenn es der Bund erstens zulässt, dass sich sein Unternehmen aus dem regionalen Schienenverkehr zurückzieht, er zweitens die Aufgabe der regionalen Versorgung mit Schienenverkehr auf die Länder überträgt, dann ist es verantwortungslos, wenn der Bund den Ländern die öffentlichen Finanzmittel für diese Aufgabe entziehen will.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dieser Verantwortungslosigkeit müssen die Länder im Interesse der Bürgerinnen und Bürger entschlossen entgegenzutreten. Der Verkehrsminister dieses Landes

hat dies bereits angekündigt. Die FDP unterstützt ihn dabei auch heute wieder.

Vielleicht leistet das grüne Anhängsel der Bundesregierung uns einmal einen guten Dienst. Wenn ich das richtig verstanden habe, was gestern von der grünen Bundestagsfraktion gesagt worden ist, sie wollten diesen Plänen auf keinen Fall zustimmen, könnten wir vielleicht einen Hoffnungsschimmer haben. Allerdings sollten wir nicht allzu hoffnungsvoll in die Zukunft schauen, denn bisher haben sich die Grünen in Berlin nicht so heftig durchgesetzt. Jedenfalls ist das meine Wahrnehmung. Wir sollten uns also nicht unbedingt darauf verlassen, sondern unsere Interessen über den Bundesrat weiter ganz deutlich vertreten.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Der Bundesrat ist der sichere Weg, um die Kürzung zu verhindern. Ob es allerdings gelingen wird, Herrn Eichel dazu zu veranlassen, noch mehr Geld in die Regionalisierungsmittel zu geben, ist höchst fraglich.

(Martin Kayenburg [CDU]: Er hat doch nichts mehr!)

Wir können rechtlich gesehen wirklich nur eines machen. Wir können nur über den Bundesrat verhindern, dass diese Mittel gekürzt werden. Das ist der Weg, den wir alle gehen sollten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Denn selbstverständlich kann die Bundesregierung verhindern, dass die Mittel erhöht werden.

Gemeinsam mit seinen Kollegen aus den anderen Bundesländern hatte unser Verkehrsminister schon im Oktober letzten Jahres angekündigt, dass er auf einer Steigerung - damals war es noch eine Steigerung - der Regionalisierungsmittel besteht. Ich sagte damals bereits, dass dies vermutlich nicht der Realität entspricht. Ich muss heute leider - ich betone: leider - sagen, dass ich mit meiner damaligen Sichtweise Recht hatte.

Meine Damen und Herren, bleiben wir realistisch. Hoffen wir, dass Schleswig-Holstein wenigstens nicht mit weniger Geld aus der Sache herauskommt, und setzen wir uns alle gemeinsam dafür ein, dass wenigstens dieses Minimalziel erreicht wird!

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben seit 1995 24 % mehr Gäste für die Bahn gewinnen können. Das ist eindeutig ein Erfolg. Dies haben wir im Wesentlichen durch Maßnahmen des Landes, durch zusätzliche Züge, durch die Renovierung aller Züge, durch den Einsatz von neuem Material und durch eine bessere Vertaktung erreicht. Ich glaube, wir müssen auf dem Weg fortschreiten. Dazu brauchen wir die Regionalisierungsmittel; denn sie sind die Grundlage dieser Politik.

Bevor ich zu der Kritik am Bund komme, möchte ich Gerechtigkeit walten lassen und feststellen - dies richte ich auch an die Vertreter der Opposition -, dass die Bundesregierung immerhin endlich dafür gesorgt hat, dass Straße und Schiene, was die **Investitionsmittel** angeht, gleichgestellt worden sind.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Bei Abwesenheit der Straßenbaumittel!)

In der Vergangenheit betrug das Verhältnis drei zu zwei. Der Bund hat mit der Ökosteuern und der LKW-Maut erste Schritte zur Verkehrsverlagerung unternommen. Der Bund hat mit dem neuen Bundesverkehrswegesystem endlich eine neue, brauchbare Kosten-Nutzen-Kalkulation entwickelt. Das alles sind Maßnahmen, durch die die Schiene gestärkt wird. Dadurch fließen zusätzliche Mittel in die Schiene. Das sind, seit die Bundesregierung im Amt ist, immerhin 3 Milliarden DM pro Jahr. Dies hat sich gegenüber dem, was vorher war, geändert. Auch Schleswig-Holstein hat davon profitiert. Wir haben in den letzten Jahren zum ersten Mal Mittel bekommen, um die maroden Strecken in Schleswig-Holstein zu renovieren. Das ist in Arbeit, sowohl in Hochdonn als auch bei der Strecke nach Flensburg. Darüber bin ich froh.

Aber es ist auch Kritik zu üben. Bei der **Privatisierung** der **Bahn** ist eine Fehlentscheidung getroffen worden, indem die DB AG als größter Bahnbetreiber das **Trassenmonopol** bekommen hat. Das halte ich immer noch für eine Fehlentscheidung. Sie ist trotz anders lautender Ankündigung von Minister Bodewig nicht korrigiert worden. Wir wollen investieren. Aber es geht nicht an, dass Investitionsmittel zur Erpressung der Länder benutzt werden. Wir erleben es ständig, dass den Ländern gesagt wird: Ihr bekommt nur Investitionsmittel, wenn ihr der Bahn auch Aufträge gebt. Wenn ihr die Aufträge an andere Bahnen gebt, dann bekommt ihr nichts. - Das geht nicht so weiter; das muss geändert werden.

Insofern ist das, was wir jetzt erleben, nämlich die Androhung der Kürzung von **Regionalisierungsmitteln**,

ein weiterer Schritt, der von uns nicht akzeptiert werden kann. Ich bin froh, dass sich der Landtag in dieser Frage einig ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat denn das zu verantworten, Herr Kollege?)

Die Fraktion der Grünen in Berlin kämpft dafür, dass die Länder weiterhin Regionalisierungsmittel erhalten. Ich weiß auch, dass sich alle Länder in dieser Frage einig sind.

Es geht aber nicht an - das will ich auch sagen -, dass die Länder sagen: Wir wollen die Regionalisierungsmittel, aber dafür muss die LKW-Maut fallen. Das ist völlig kontraproduktiv, wenn man wirklich umsteuern will. Wir haben in **Europa** die Situation - die Kommissarin Palacio hat es gesagt -, dass der Anteil der Schiene am Güterverkehr auf 8 % gefallen ist. Zum Vergleich: Der Anteil der Schiene in den **USA** ist in den letzten 20 Jahren auf 40 % des Güterverkehrs angestiegen. Das ist das Fünffache dessen, was wir in Europa haben. Dies zeigt, welche enormen Potenziale vorhanden sind, wenn wir endlich Wettbewerb auf die Schiene kriegen, wenn wir eine wirtschaftsorientierte Politik im Schienenverkehr bekommen. Es zeigt auch, welche Chancen in Europa vertan werden. Das gilt auch für die Bundesrepublik. Wir brauchen die Verkehrswende. Wir brauchen eine klare Finanzierung dafür. Wir stehen voll und ganz hinter Minister Rohwer, von dem wir wissen, dass er für diese Politik kämpft, dass er, was die Verkehrspolitik des Landes angeht, für diese Verkehrswende steht und Enormes geleistet hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag ist auf Unterstützung der Aktivitäten unseres Verkehrsministers ausgerichtet und findet selbstverständlich auch unsere Unterstützung.

(Beifall beim SSW)

Die Planungen auf der rot-grünen Bundesebene stehen im völligen Gegensatz zur rot-grünen Landesebene. Wenn wir hier zu einer Einigung beitragen können, so wollen wir selbstverständlich gern hilfsbereit sein. Aber merkwürdig ist die Uneinigkeit schon. Die Bundesregierung will sparen. Das ist an sich auch nichts Ehrenrühiges. Aber wenn eigene Ziele aus finanzpolitischen Erwägungen heraus torpediert werden, hat

(Lars Harms)

Berlin ein Problem mit seinem Kurs. Ziel unserer Bundesregierung ist die Stärkung des Verkehrsträgers Bahn. Hierfür gibt es verkehrstechnische und vor allem auch ökologische Gründe, die man in Berlin aber anscheinend schon wieder vergessen hat.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Derzeit erreicht uns aus Berlin in Bezug auf die Bahn eine Hiobsbotschaft nach der anderen. Systematisch wird durch die bundeseigene **Deutsche Bahn AG** der Fernverkehr von und nach Schleswig-Holstein ausgedünnt.

(Heinz Maurus [CDU]: Ein Skandal, was da passiert!)

- So ist es, Herr Kollege Maurus. - Ziel ist nicht mehr eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Verkehrsdienstleistungen, sondern nur noch die Aufrechterhaltung des Notwendigsten. Die Deutsche Bahn AG kann als Unternehmen auch nicht anders handeln und wird in Zukunft auch weiterhin nicht anders handeln. Das kommt eben davon, wenn man Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert. Mit den Folgen müssen wir nun leben, auch wenn wir damit schlechter leben als früher.

Bisher hat das Land Schleswig-Holstein versucht, die Ausdünnung des Fernverkehrs damit aufzufangen, dass es die ihm zur Verfügung gestellten **Regionalisierungsmittel** so eingesetzt hat, dass Ersatzverkehre eingerichtet wurden. So konnten wir bisher Schlimmeres verhindern.

Wenn nun die Regionalisierungsmittel abgeschmolzen werden, müssen wir damit rechnen, dass bestimmte Verkehre nicht aufrechterhalten werden können. Zur Ausdünnung des **Fernverkehrs** kommt auch noch die Ausdünnung des Nahverkehrs. Aber nichts ist so schlimm, als dass man es nicht noch verschlimmern könnte. Der Bund erwägt auch noch, die bisher geltende Dynamisierung auf Basis der Umsatzsteuerentwicklung zu streichen. Dies würde langfristig bedeuten, dass trotz Inflation und irgendwann vielleicht auch wirtschaftlicher Prosperität die Mittel für den Bahn-Nahverkehr real sinken werden. Wir werden also neben der nominalen Abschmelzung der Regionalisierungsmittel auch noch die schleichende Abschmelzung der Regionalisierungsmittel verkraften müssen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir uns dagegen wehren müssen.

Dass wir uns wehren müssen, wurde im Übrigen auch auf der verkehrspolitischen Tagung kürzlich in Schwerin deutlich, die Herr Kollege Eichelberg schon angesprochen hat. Vertreter aus den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpom-

mern und Brandenburg waren sich bei der Forderung im Sinne unseres heutigen Antrages parteiübergreifend einig.

Aufgrund der Tatsache, dass Vertreter von vier Bundesländern eine gemeinsame Position bezogen haben, wird deutlich, dass dies auch eine Frage des Föderalismus ist. Wenn wir die föderalen Strukturen erhalten wollen, müssen wir uns in solchen Fällen auch gemeinsam durchsetzen.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Aus diesem Grunde begrüßen wir es ausdrücklich, dass SPD und Grüne die Landesregierung in ihrem Antrag auffordern, auf einer angemessenen Mittelausstattung zu bestehen und diese Forderung auch durchzusetzen; so ist es jedenfalls formuliert. Eine solch scharfe Formulierung aus rot-grünen Reihen gegen unsere Bundesregierung zeigt, wie wichtig und existenziell dieses Thema ist. Ohne die Zustimmung der Länder sind die von der Bundesregierung vorgesehenen Änderungen bei den Regionalisierungsmitteln nicht durchsetzbar. Somit hat die Landesregierung Einflussmöglichkeiten, um Schlimmeres zu verhindern. Das Parlament kann mit der Verabschiedung des vorliegenden Antrages die Landesregierung entsprechend unterstützen. Daher werden wir zustimmen, aber auch sehr genau darauf achten, dass die Landesregierung sich wirklich auf die Hinterbeine stellt und gegenüber Herrn Schröder und Herrn Eichel durchaus ein bisschen bockbeinig ist.

(Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke für die vielen nützlichen und interessanten Hinweise, die ich heute bekommen habe. Vor allem bedanke ich mich für die breite Unterstützung der Verhandlungslinie der Landesregierung. Der Vorschlag des Bundesfinanzministers ist ein Affront. Er ist ein Affront gegen die Länder und er ist ein Affront gegen eine zukunftsgerichtete Bahnpolitik.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Argumentation, die dabei im Übrigen verwendet wird, ist völlig inkonsistent. Auf der einen Seite wird gesagt, dass der Nahverkehr ausgebaut werden soll. Auf der anderen Seite sollen die Mittel reduziert wer-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

den. Das ist mit der erklärten Programmatik der Bundesregierung nicht vereinbar. Zumindest der Bundesverkehrsminister weiß das. Der Bundesfinanzminister weiß dies wohl noch nicht.

Die Spielräume, die die Länder für sich aus dem zunehmenden **Wettbewerb** schöpfen, können nicht durch eine Rendite des Bundesfinanzministers abgeschöpft werden. Wir setzen doch deshalb auf Wettbewerb, damit wir die Leistungen hier in Schleswig-Holstein weiter verbessern können.

(Beifall im ganzen Haus)

Deshalb muss die Wettbewerbsrendite natürlich auch in Schleswig-Holstein verbleiben. Die **Deutsche Bahn** streicht mit klammheimlicher und manchmal sogar offener Unterstützung des Bundes - auch in Schleswig-Holstein - **Fernzüge**.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Gerade in Schleswig-Holstein!)

Das ist ein Ding! Deshalb sage ich: Durch die **Regionalisierungsmittel** muss mindestens der Ersatz für diese Fernzüge abgedeckt werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Der Bundesverkehrsminister hat dies auch akzeptiert. Nach den geführten Gesprächen bin ich auch sicher, dass die Bundesregierung dies akzeptieren wird. Das ist nicht bei allen Themen der Fall. Alle Länder - A- und B-Länder - stehen bei diesem Thema geschlossen. Wir stehen in enger Abstimmung. Es ist klar: Gegen die Länder kann es keine Revision geben. Dies ist ein zustimmungspflichtiges Gesetz. Es gibt gegen die Länder kein Aussetzen der Regionalisierungsmittel. Es gibt höchstens ein momentanes Einfrieren, jedoch keine Revision. Die Erpressungspotenziale, die es bei manchen Themen gibt, gibt es bei diesem Thema - jedenfalls nach meinen bisherigen Eindrücken - in der Form, wie es der Bund vielleicht gern hätte, nicht.

Die Forderungen der Länder gegenüber dem Bund sind klar: Erstens. Ausreichende Mittel für den Erhalt und den Ausbau des regionalen Schienenverkehrs. Zweitens. Angemessener Ausgleich für entfallende Fernverkehrsleistungen. Unter dem Strich heißt dies: Mindestens 7,06 - also rund 7,1 - Milliarden Euro. Zu diesen 7,1 Milliarden Euro muss man allerdings fairerweise sagen, dass sie natürlich an die aktuelle Mehrwertsteuerentwicklung angepasst werden. Das heißt, der Basisbetrag muss sich - der Logik folgend - der Mehrwertsteuer anpassen. Wir brauchen aber die Dynamisierung weiter. Man kann nicht beides machen: Man kann nicht - wie der Bundesfinanzminister es gern würde - den Basisbetrag aufgrund der Umsatz-

steuerentwicklung reduzieren und dann die Dynamisierung wegnehmen. Das ist ein Skandal.

(Beifall im ganzen Haus)

Frau Aschmoneit-Lücke, hier bin ich nach wie vor etwas optimistischer als Sie. Ich gebe mich nicht damit zufrieden, dass wir für Schleswig-Holstein die Mittel halten. Nach der Neuverteilung der Regionalisierungsmittel bekommt Schleswig-Holstein mehr Geld. Darüber habe ich berichtet. Daher müssen wir jetzt schauen, dass das gesamte Volumen so groß ausfällt, dass dieser Aspekt nicht konterkariert wird. Nach all den Kompromissmöglichkeiten, die wir im Moment mit dem Bund besprechen, bin ich optimistisch, dass wir insgesamt für Schleswig-Holstein mehr Geld kriegen. Wir können hier um eine Flasche Rotwein wetten. Wir brauchen aber auch mehr Geld. Das habe ich hier auch immer wieder gesagt. Wir brauchen dies nicht, weil mehr Verkehr da ist, sondern weil die Deutsche Bahn im Lichte der Gutachten ihre Preise erhöht. Auch dafür müssen wir höhere Mittel einsetzen.

Die Signale, die ich zurzeit aus Berlin empfangen, deuten darauf hin, dass man auch dort - rechtzeitig vor der Bundestagswahl - auf Kompromisse setzt. Irgendjemand sagte vorhin, wir müssen die Bundestagswahl nutzen. Herr Eichelberg, das ist ein wichtiger Hinweis, vielen Dank! Ich lerne heute viel dazu.

(Heiterkeit)

Die nächsten drei Monate müssen dies richten.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es wurde Abstimmung in der Sache beantragt. Wer dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/1506, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Wir haben einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Konzept zur Herstellung von Chancengleichheit beim Qualitätswettbewerb der strukturschwachen Regionen im „Regionalprogramm 2000“

Antrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/1514

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich noch einmal an die Ausgangslage bei der Förderung für **strukturschwache Regionen** erinnern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

- Herr Kollege Kubicki, 72 % der Fördermittel gingen in Richtung der Ballungszentren Kiel und Lübeck und nur 28 % in den Landesteil Schleswig und an die Westküste. Unter dem Abbau öffentlicher **Arbeitsplätze** hat in den letzten zehn Jahren vor allem der nördliche Landesteil gelitten. Der Norden gilt als extrem strukturschwach, was letztmalig wieder im Bericht zur gemeinsamen Rahmenplanung für die **GA-Mittel** verdeutlicht wurde. Zu guter - oder auch zu schlechter - Letzt müssen gerade die nördlichen Kreise und die Westküste darunter leiden, dass die junge Bevölkerung abwandern muss. Wer eine gute Ausbildung hat, hat schlechte Chancen, in den betroffenen Regionen Arbeit zu finden. Das ist erst einmal die Ausgangslage.

Regionen mit solch schlechten Voraussetzungen haben in einem reinen **Qualitätswettbewerb** um Fördermittel kaum eine Chance. Die Frage ist: Wie bekommen wir es hin, dass sich diese Regionen trotzdem bedarfsgerecht entwickeln können und sie auch an positiven Entwicklungen teilhaben können? Grundsätzlich gibt es zwei Wege. Der erste Weg wäre, dass dem **Landesteil Schleswig** und der Westküste eine feste Summe aus dem Regionalprogramm zur Verfügung gestellt würde, um so Initiativen dauerhaft fördern zu können. Dabei ist ein Qualitätswettbewerb innerhalb der Region natürlich ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an das alte Regionalprogramm für den Landesteil Schleswig und die Westküste, welches gute Erfolge vorweisen konnte.

Der andere Weg, den wir fordern, wäre, dass man versucht, mit den Akteuren vor Ort gemeinsame Entwicklungsziele zu erarbeiten. Im Kreis Schleswig-Flensburg gibt es schon länger ein Entwicklungskonzept. An der **Westküste** soll jetzt ein Konzept erarbeitet werden. Das sind erste gute Schritte.

Es fehlt die Vernetzung mit der Landesebene. Ich meine damit nicht, dass die Landesebene nicht informiert ist, sondern dass trotz vorliegender Konzepte nicht klar ist, in welche Richtung sich die Regionen aus Landessicht heraus weiterentwickeln sollen. Wir wissen, wie sich Lübeck entwickeln soll. Wir wissen dies auch vom Biotechnologiedreieck, das wiederum eine Region prägen wird. In welche Richtung sollen sich aber die nördlichen Kreise weiterentwickeln? Welche

übergeordneten Ziele hat sich die Landesregierung für die Westküste gesetzt?

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vorstellbar wäre zum Beispiel, dass der Tourismus an der Westküste, die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, die Erschließung erneuerbarer Energien, die Forschung im Bereich der grünen Biotechnologie oder auch der Telekommunikation Förderungsschwerpunkte für den Norden werden könnten. In dem Moment, wo wir die Entwicklungsziele der Regionen festlegen würden, könnte man die Förderung dieser Schwerpunkte an harte Kriterien binden und so innerhalb der Region einen Qualitätswettbewerb stattfinden lassen.

Bei Projekten, die sowohl im Norden als auch anderenorts gefördert werden würden, müssten der Landesteil Schleswig und die Westküste in die Lage versetzt werden, im Qualitätswettbewerb mithalten zu können. Die Projektgesellschaft Westküste hat jetzt gerade einen zusätzlichen Mitarbeiter durch das Land bewilligt bekommen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, um beispielsweise Unternehmen besser beraten zu können. Vielleicht kann aber bei der Unterstützung der regionalen Geschäftsstellen noch mehr verbessert werden. Das sollten wir herausfinden!

Außerdem gibt es in den betroffenen Regionen keine so gut ausgebaute Hochschullandschaft wie in den großen Zentren des Landes, auf die sie zurückgreifen könnten, beziehungsweise mit der die Unternehmen dort in engem Kontakt stehen können. Hier fehlt ein wichtiger Teil der Infrastruktur. In dem Konzept, das wir fordern, sollten daher auch Aussagen enthalten sein, die sich auf die Verzahnung der regionalen Hochschulen mit der Wirtschaft beziehen und die deutlich machen, wie und mit welchen Schwerpunkten die Hochschullandschaft gefördert werden soll.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Sie sehen schon anhand der komplexen Fragestellungen und anhand der Tatsache, dass noch manche Frage unbeantwortet ist, dass ein solches übergreifendes Konzept notwendig ist. Wir müssen die **Entwicklungsziele** für den Landesteil Schleswig und die Westküste festlegen, dann die entsprechenden Förderkriterien festlegen und selbstverständlich auch die entsprechenden Fördermittel bereitstellen, damit auch Planungssicherheit herrscht.

Es geht nicht darum, die Fördermittel mit der Gießkanne über das Land zu verteilen, sondern allen Regionen des Landes Entwicklungschancen zu ermögli-

(Lars Harms)

chen. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Schümann das Wort.

Jutta Schümann [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Harms, ich muss mich ein bisschen wiederholen. Ziel des Regionalprogramms ist die Förderung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung in den strukturschwachen Regionen durch Stärkung der **regionalen Potenziale**. Da sind wir uns einig. Dabei geht es nicht nur um die klassischen Infrastrukturprojekte, sondern gefördert werden auch Strukturprojekte zur Stärkung des Tourismus, zum Beispiel bei Ihnen oben in Schleswig an der Westküste, Projekte, die das technologische Potenzial und damit die Innovationskraft der Unternehmen stärken, Existenzgründungen, Projekte, die berufliche Qualifizierung der Arbeitnehmer verbessern, und die Anwendung moderner Informationstechnologien - also ein bunter Strauß unterschiedlicher Projekte.

Es ist hinlänglich bekannt und bisher waren wir von diesem Konzept auch überzeugt, dass die Auswahl der Projekte durch einen landesweiten **Qualitätswettbewerb** erfolgt, unter Beteiligung regionaler Beiräte.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wer entscheidet denn?)

- Die regionalen Beiräte entscheiden - auch das ist bekannt, Frau Kollegin -

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Tun sie nicht!)

über die regionalen Prioritäten für die Projektvorschläge. - Doch, darüber entscheiden sie in der Tat.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Und dann?)

Auch zur Erinnerung: Die **Beiräte** setzen sich aus den wichtigsten wirtschaftlichen Kräften der **Regionen** zusammen. Wichtig war von Anfang an, dass eine regionale Verteilung der Mittel nach Korridoren für die Regionen ausdrücklich nicht vorgesehen ist. Ich erinnere an die Anhörung zum Regionalprogramm.

So, wie es nicht üblich ist, dass in einem Wettbewerb, wie zum Beispiel im Sport, die Medaillen bereits vor dem Startschuss oder vor dem Wettkampf verteilt beziehungsweise zugesagt werden, sollen auch im Rahmen des Qualitätswettbewerbs die besten und

innovativsten Projekte gewinnen und dann gefördert werden.

(Beifall bei der FDP - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ein sehr passender Vergleich!)

Dies erfolgt sehr wohl im Interesse der einzelnen Regionen, besonders aber auch im Interesse des Standortes ganz Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Bei der Vergabe der Mittel seit 2000 hat es in den jeweiligen Bewilligungstranchen unterschiedliche Verteilungen zwischen den Regionen gegeben, und zwar nicht nur immer zugunsten der K.E.R.N.-Region oder der Räume Ostholstein und Lübeck. Ich verweise auf die Kleine Anfrage des Kollegen Peter Jensen-Nissen. In der letzten Bewilligungstranche war zum Beispiel die Westküste der Spitzenreiter.

Alle diese **Förderentscheidungen** waren Ergebnisse des Qualitätswettbewerbs, bei dem das Wirtschaftsministerium in einigen Fällen durch die Förderung eines Regionalmanagements - Sie haben eben darauf hingewiesen -, zum Beispiel an der Westküste, in den Regionen die Vorbereitung mit unterstützt hat.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Kolleginnen und Kollegen, ob diese Unterstützung ausreichend ist, sollten wir noch einmal kritisch im Ausschuss diskutieren. Damit bin ich einverstanden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Die Auswahlprinzipien und Entscheidungskriterien grundlegend zu verändern im Sinne von finanziell verbindlichen Korridoren, erscheint uns jedoch nicht angemessen und nicht der richtige Weg zu sein.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die CDU-Fraktion erhält jetzt die Frau Abgeordnete Brita Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat:

Im Aktionsraum sind

„95 % ländliche Räume, in denen 63 % der Bevölkerung des Aktionsraumes leben. Die niedrige Siedlungsdichte ist hier verbunden

(Brita Schmitz-Hübsch)

mit einer geringen Wirtschaftskraft, mit wenigen und kleinen wirtschaftlichen Zentren, mit einer außerordentlich niedrigen Industriedichte sowie einem entsprechend wenig ausdifferenzierten Arbeitsplatzangebot. Folge ist eine erkennbare Abwanderungsdift bei jungen Menschen mit qualifizierter Ausbildung.“

Dies ist ein Zitat aus der Anmeldung zum 31. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 12. Dezember 2001. Dieser Analyse des strukturschwachen ländlichen Raumes, zu dem immerhin fast 80 % der Fläche unseres Landes gehören, kann ich zustimmen, nicht aber den Taten, die diese Landesregierung folgen lässt.

Die Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Peter Jensen-Nissen hat es an den Tag gebracht: Die Landesregierung verteilt die Mittel des Regionalprogramms mithilfe des von ihr geschaffenen Entscheidungsinstrumentes IMAG nach Gutdünken.

(Beifall bei CDU und SSW)

Frau Schümann, Sie haben eben verschwiegen, dass die **IMAG** die Entscheidung trifft und dass das im strukturschwachen ländlichen Raum sehr umstritten ist.

(Jutta Schümann [SPD]: Wann hat die IMAG eine Entscheidung korrigiert?)

Von einer besonderen Förderung des **strukturschwachen ländlichen Raumes** kann überhaupt keine Rede sein.

Für das **Regionalprogramm 2000** stehen Mittel in Höhe von 653 Millionen DM zur Verfügung. Davon wurden bisher 306 Millionen DM vergeben, also etwa die Hälfte. Der Raum Lübeck und die K.E.R.N.-Region erhielten über 71 % der Gelder, die wirklich strukturschwachen Gebiete Landesteil Schleswig und Westküste mussten sich mit zusammen 29 % zufrieden geben.

(Zurufe von der CDU: Unmöglich! - Lars Harms [SSW]: Sauerei!)

- Es ist unmöglich. Eine Bevorzugung der städtischen Regionen hat natürlich angeblich nicht stattgefunden. Dennoch berichten Teilnehmer der Sitzungen der IMAG, dass Projekte aus **städtischen Regionen** immer recht flott verabschiedet und kaum hinterfragt werden, was für die Anträge aus dem Landesteil Schleswig und der Westküste aber nicht gilt:

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW]: So ist es!)

Sie werden mehrfach zurückgegeben, müssen neu überdacht und mit frischen Argumenten unterlegt werden.

(Jutta Schümann [SPD]: Das ist manchmal so!)

Die Antragsteller aus dem ländlichen Raum werden auch mit der Begründung abgefertigt, ihre Anträge seien von minderer Qualität und könnten daher im Qualitätswettbewerb leider nicht mithalten.

Der ansonsten begrüßenswerte Antrag des Abgeordneten Harms nimmt diese Argumentation leider auf und schlägt zur Prüfung vor, ob eine verbesserte organisatorische Ausstattung der regionalen Geschäftsstellen die Qualität der Projekte verbessern könnte.

Herr Kollege Harms, die **Ideen für Projekte** müssen von den Menschen in den Regionen entwickelt werden. Das ist keine Frage der Ausstattung der Geschäftsstellen.

Außerdem benutzt die Regierung den Hinweis auf die angeblich mangelhafte Qualität lediglich als Vorwand dafür, Projekte vorrangig an jenen Standorten zu fördern, an denen der politische Nutzen für sie am größten ist.

(Beifall bei CDU und SSW)

Schon in der Landtagsdebatte im Juli 2000 habe ich befürchtet, dass „**ziel**“, zu dem ja das Regionalprogramm gehört, ein Programm der Beliebigkeit sein wird, mit dem die Landesregierung wahllos Aufgaben herausgreifen wird, um ihre Erledigung als besondere Leistung verkaufen zu können. Diese Skepsis erweist sich nun als berechtigt - leider!

Nicht einmal die immer wieder geforderten Investitionen in Vorhaben der **touristischen Infrastruktur** werden so gefördert, wie es versprochen und notwendig ist. Das Negativbeispiel ist der Neubau des Erlebnisbades in Glücksburg. Während solche Projekte zu anderen Zeiten mit bis zu 70 % gefördert wurden, soll es nun nicht einmal mehr 50 % geben. Da die Stadt mit einer Förderung von 60 % kalkuliert hatte, ist das Projekt, das positive Auswirkungen auf alle Ferienorte an der Flensburger Förde hat, nunmehr infrage gestellt.

Immerhin enthält aber die Antwort auf die Kleine Anfrage einen Satz, der sehr ehrlich ist und alle aufhorchen lassen sollte:

„Eine anteilige Verteilung des Fördervolumens des Regionalprogramms 2000 auf die vier Programmregionen ist nicht vorgesehen.“

Dieser Satz wird hoffentlich allen ehrenamtlich tätigen **Regionalbeiräten** zur Kenntnis gebracht, die ihre Zeit und ihre Kreativität einsetzen, um konkrete Projekte zu

(Brita Schmitz-Hübsch)

entwickeln. Sie werden genauso frustriert sein wie die vielen Gemeinderäte, die sich auf Wunsch der Landesregierung in die Erarbeitung von LSEs gestürzt hatten und nun bei der Umsetzung der Konzepte von der Landesregierung schmäählich im Stich gelassen werden.

Im Regionalprogramm 2000 wird sich an der Mittelverteilung auf die Regionen kaum etwas ändern. Ich denke allein daran, dass der **Ausbau des Flughafens Holtenau** aus GA-Mitteln finanziert werden soll. Wenn das zum Beispiel nur 50 Millionen DM wären, reißt das bereits ein großes Loch in die gemeinsame Kasse.

(Lars Harms [SSW]: Das Geld kann man besser verwenden!)

Meine Damen und Herren, es ist deshalb richtig, zu diesem Zeitpunkt, zu dem noch die Hälfte der Gelder vorhanden ist, auf die schreiende Ungerechtigkeit der Mittelverwendung hinzuweisen. Wir stimmen der Forderung des SSW nach einem Konzept zu. Wir wollen eine echte Förderung der strukturschwachen Räume und keine Mittelverteilung nach Gutsherrenart.

Herr Präsident, ich möchte Sie bitten, über den letzten Satz des SSW-Antrages gesondert abstimmen zu lassen, weil wir dem nicht zustimmen können. Dem ersten Teil des Antrages stimmt die CDU zu.

(Beifall bei CDU und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erhält die Frau Abgeordnete Christel Aschmoneit-Lücke.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Damen und Herren des SSW sind unzufrieden. Wie ich gerade gehört habe, sind das aber nicht nur die Damen und Herren des SSW, sondern auch die Kollegin Schmitz-Hübsch.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Die CDU!)

Aus den Fördertöpfen des Landes, insbesondere des Regionalprogrammes, fließt Ihrer Ansicht nach viel zu wenig Geld in Ihre Wahlkreise - selbstverständlich völlig unberechtigt!

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie führen die räumliche Verteilung der Fördermittel als Beweis an. Diese Verteilung zeige, dass die **Chan-**

cengleichheit der Regionen bei der Mittelvergabe nicht groß genug sei. Mir scheint, die Kolleginnen und Kollegen interpretieren das Konzept der Chancengleichheit logisch etwas falsch.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Zumindest legen sie ungeeignete Beweise für ihre Behauptung vor. Chancengleichheit begründet keinen Anspruch auf Ergebnisgleichheit.

(Beifall bei der FDP)

Folglich beweisen ungleiche Ergebnisse alleine nicht, dass die Chancengleichheit verletzt wäre, Frau Kollegin.

Über die Zuweisung der Fördermittel wird in einem **Qualitätswettbewerb** entschieden. Um es noch einmal am Rande zu sagen, Frau Schmitz-Hübsch: Sie haben eben von mangelnder Qualität gesprochen, aufgrund derer etwas zurückgewiesen würde.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Ja, das haben Sie gesagt. Das sei die Begründung. Ich möchte darauf hinweisen, dass bei einem Qualitätswettbewerb die relative Qualität eine Rolle spielt und nicht die absolute Qualität.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD - Lars Harms [SSW]: Aber Fakt ist etwas anderes!)

Relative Qualität muss aber selbstverständlich an den Zielen des Programms gemessen werden.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Die kennen wir aber nicht!)

Unter anderem geht es also um das Ziel der Stärkung der regionalen Potenziale.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Schmitz-Hübsch?

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Bitte.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Frau Kollegin, bitte sagen Sie mir, wer schließlich über diesen Qualitätswettbewerb entscheidet! Ist das eine unabhängige Jury oder sind das die Ministerien, die dieser Landesregierung unterstellt sind?

- Frau Kollegin Schmitz-Hübsch, Sie haben eben doch selbst gesagt, dass es die IMAG ist. Ich danke für

(Christel Aschmoneit-Lücke)

diesen Hinweis. Selbstverständlich ist das die Landesregierung; und die Landesregierung hat nun einmal über die Mittel, die ihr zur Stärkung der Regionalstruktur zugewiesen sind, zu entscheiden. So einfach ist das.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Eigentlichen zurückkommen. Nach Aussagen der Landesregierung ist nicht die Qualität des Wettbewerbes, sondern die **Qualität** der vorgeschlagenen **Projekte** das Kriterium für den Zuschlag. Wenn im Ergebnis dieses Wettbewerbes eine ungleiche räumliche Verteilung der Mittel entsteht, dann kann das theoretisch mehrere Gründe haben. Ich betone dabei, dass ich von theoretischen Gründen spreche. Erstens könnten regionale Interessen unterschiedlich hohen Einfluss in den Entscheidungsgremien haben; das wird ja zum Beispiel Kiel immer vorgeworfen. Zweitens könnte die Qualität der vorgeschlagenen Projekte regional unterschiedlich sein. Drittens könnte allerdings auch der Mittelbedarf für die vorgeschlagenen Projekte regional unterschiedlich groß sein, obwohl diese quantitativ gleichwertig sind.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das Vorliegen einer dieser drei Gründe würde zu einer ungleichen regionalen Mittelverteilung führen. Aber nur im ersten Fall - also nur beim unterschiedlichen Einfluss regionaler Interessen auf die **IMAG** - wäre die Chancengleichheit verletzt. In den beiden anderen Fällen ist die regionale Verteilung des Geldes einfach das folgerichtige Ergebnis des funktionierenden Qualitätswettbewerbes. Ich sprach eben von theoretischen Möglichkeiten. Deswegen schließe ich den ersten Fall jetzt aus. Denn ich werfe den Mitgliedern der Entscheidungsgremien im Regionalprogramm nicht vor, dass regionale Präferenzen ihre Entscheidungen über die Mittelvergabe verzerren.

Es bleiben die beiden anderen Gründe. Ich denke, der dritte davon ist der entscheidende. Wenn es den Regionen im Norden und an der Westküste nicht gelingt, Erfolg versprechende Projekte vorzuschlagen, deren Mittelbedarf denen der anderen Regionen gleicht, dann ist es nur folgerichtig, dass weniger Mittel in diese Landesteile fließen. Deshalb ist ein neues Verfahren für den Qualitätswettbewerb aus Sicht der FDP nicht erforderlich.

(Beifall bei FDP und SPD)

Es kann doch nur darauf ankommen, dass im Norden und an der **Westküste** noch intensiver nach sinnvollen Möglichkeiten gesucht wird, die regionale Infrastruk-

tur auszubauen. Hierbei wären zusätzliche Ressourcen für die Projektentwicklung, Herr Kollege Harms, selbstverständlich hilfreich.

Meine Damen und Herren, in dem übereinstimmend als sinnvoll erachteten Verfahren des Qualitätswettbewerbes sind es die Regionen, die ihre Haut zu Markte tragen müssen, um erfolgreich im Wettbewerb zu bestehen, und zwar in Form sinnvoller Projekte. Deswegen gilt es für den Norden und für die Westküste, solche Projekte einzubringen.

Ein letzter Punkt. Schleswig-Holstein ist zwar aus meiner Sicht das schönste westdeutsche Flächenland, aber insgesamt betrachtet leider auch ein vergleichsweise strukturschwaches.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

- Ja, Frau Kollegin Schmitz-Hübsch, da sind wir uns doch einig. Schleswig-Holstein ist auch ein relativ kleines Land. Von der Stärkung der **Infrastruktur und der Wirtschaftsstruktur** in einem Teil des Landes profitieren unmittelbar auch die anderen Landesteile. Aus Sicht des Landes und damit aus Sicht des Landtages kommt es darauf an, dass die begrenzten und die befristeten Mittel des Regionalprogramms dort hinfließen;

(Unruhe)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Darf ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten?

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

wovon das Land als Ganzes und damit auch die Regionen, die Sie, Frau Kollegin Schmitz-Hübsch, ansprachen, am meisten profitieren. Dies sollte bei einem Wettbewerb selbstverständlich genauso berücksichtigt werden wie die **regionalen Potenziale**; darauf hat Frau Kollegin Schumann hingewiesen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns in diesem Landtag jetzt nicht anfangen, die einzelnen Regionalinteressen gegeneinander auszuspielen

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

und damit auf diese Art und Weise auch noch die begrenzten und befristeten Mittel zu verkleckern.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Rainer Steenblock das Wort.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bis zum Jahre 2006 mit den Förderungsmöglichkeiten durch die **Europäischen Strukturfonds** eine große Chance, Mängel in der Infrastruktur und in der ökonomischen Struktur dieses Landes aufzuarbeiten. Nach 2006 werden wir zumindest diese Chancen nicht mehr haben.

(Beifall beim SSW)

Deshalb glaube ich, dass es sehr wichtig ist, sich mit den hier geäußerten Bedenken sehr ernsthaft auseinander zu setzen. Es geht für Schleswig-Holstein nämlich darum, die strukturschwachen Regionen besonders in Augenschein zu nehmen. Es geht aber auch darum, das Land Schleswig-Holstein mit seinen Wirtschaftspotenzialen insgesamt in den Blick zu nehmen und zu analysieren, was wir innovativ machen können, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes insgesamt mit den Strukturfondsmitteln, die uns die EU zur Verfügung stellt, optimal zu realisieren. Da ist eine an regionalen Egoismen ausgerichtete Debatte - wenn auch in Schleswig-Holstein historisch vielleicht noch verständlich - das Allerfalscheste, was wir uns in Schleswig-Holstein leisten können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und FDP)

Wenn es uns nicht gelingt, eine **Gesamtidentität** dieses Landes in diesem **Wettbewerb** mit anderen europäischen Regionen und auch mit anderen Bundesländern hinzubekommen, dann werden wir verlieren. Wenn wir an diese Diskussion zu kleinteilig herangehen - ich will an andere Pepita-Diskussionen gar nicht erinnern -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Warum nicht?)

dann werden wir es nicht schaffen. Deshalb halte ich das Verfahren so wie bisher angelegt für vernünftig und sinnvoll. So werden aus der Region heraus Projekte entwickelt; so werden in den Regionen die Voraussetzungen geschaffen. Beides ist wichtig. Ob es aber eine Gleichheit im Wettbewerb gibt - darüber muss man einmal ernsthaft nachdenken.

Auf der anderen Seite muss ich ehrlich sagen, dass mir die Landräte aus Nordfriesland oder aus Schleswig-Flensburg bisher nie durch mangelndes Selbstbewusstsein hinsichtlich der Qualität ihrer Arbeit aufgefallen sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nie wurde von den Landräten gesagt, man sei nicht fähig, Projekte aus der Region heraus zu entwickeln. Gerade im Norden dieses Landes ist das Selbstbe-

wusstsein insofern so ausgeprägt, dass ich nicht daran zweifeln muss, dass die Regionen in der Lage sind, qualitativ hochwertige Programme zu entwickeln, die dann auch chancengleich in den Wettbewerb eingespeist werden können.

Um eines noch einmal deutlich zu sagen: Ich halte überhaupt nichts davon, die **Entscheidungsstrukturen** von der Landesregierung wegzubewegen. Es gibt in diesem Bereich eine politische Verantwortung. Deshalb können wir nicht irgendein Professorenremium mit der Verteilung von ökonomischen Strukturprojekten dieses Landes, für die die Landesregierung eben die politische Verantwortung trägt, beauftragen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoenit-Lücke [FDP])

Vielmehr muss die Landesregierung ihre Entscheidung über die Vergabe der Mittel selber verantworten. Man kann sich dann darüber streiten, ob diese Entscheidung richtig oder falsch war, aber eine Verlagerung auf irgendwelche unabhängige Gremien halte ich in jedem Fall für ausgesprochen falsch. Natürlich muss man sich Beratung organisieren. Aber letztlich liegt es doch bei den Antragstellern, ihre Anträge so zu formulieren, dass sie in dem Wettbewerb bestehen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von der Grundstruktur her, denke ich, haben wir ein vernünftiges Verfahren. Wir müssen uns allerdings, wenn es tatsächlich, wie der SSW signalisiert, eine Benachteiligung gibt - ich nehme das auch ernst -

(Lachen der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

die Projekte in der Sache noch einmal genau ansehen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ja!)

Die Landesregierung habe ich bisher nicht so wahrgenommen, dass, wenn aus dieser Region eine Kritik kommt, diese unterrepräsentiert ist. Wenn aber vernünftige, inhaltlich begründete Projekte in diesem Verfahren aus irgendwelchen Gründen von der Verwaltung nicht so behandelt werden wie andere, ist es richtig, auch mit der heutigen Debatte den Finger in die Wunde zu legen. Und es ist auch richtig, die Sensibilität für solche Probleme zu schärfen. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn Lars Harms sagt - Frau Schmitz-Hübsch hat das im Grunde angedeutet -: Wenn aus diesen Regionalisierungsmitteln der große Brocken **Flughafen** tatsächlich finanziert werden soll, dann wird es zu einer Schieflage in diesem Lande kommen. Denn dies ist nicht einmal durch EFRE-Mittel kofinanzierbar. Der große Brocken wird also die restlichen Mittel, die wir haben, so weit belasten, dass nicht nur der Norden des Landes, sondern das

(Rainer Steenblock)

ganze Land darunter leiden wird, dass notwendige innovative Infrastruktur - und ökonomische Fördermaßnahmen unterbleiben.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Stimmt! -
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ja!)

Ich glaube nicht, dass dann ein vernünftiges Gleichgewicht der Maßnahmen vorhanden ist. Deshalb gilt es, allen **Regionen** in Schleswig-Holstein ihre Chancen zu belassen. Ich fordere vor allem den Norden des Landes noch einmal auf, sich innovativ an diesem Wettbewerb zu beteiligen. Die Chance sollte er haben. Wir als grüne Fraktion werden jedenfalls mit all den Möglichkeiten, die wir haben, darauf achten, dass der Norden dieses Landes in den Gremien fair behandelt wird. Aber in erster Linie sind die Vertreter des Nordens gefordert. Herr Kollege Maurus, Sie haben eine besondere Verantwortung, diese zu stimulieren, dass sie vernünftige Projekte vorlegen. Dann kann das auch auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich jetzt dem Wirtschaftsminister, Herrn Professor Dr. Rohwer, das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Harms, in einer Hinsicht ist Ihr Antrag hilfreich. Wir können im Wirtschaftsausschuss noch einmal über die Grundfragen unserer Strukturpolitik reden, auch über das Konzept, das wir und auch ich persönlich vertreten. Ich danke an dieser Stelle Frau Aschmoneit-Lücke ausdrücklich dafür, dass sie, wie ich finde, in einer bestechenden Argumentation deutlich gemacht hat, dass es Widersprüche gibt, Widersprüche in der Logik, wenn wir uns über ein landesweites **Wettbewerbskonzept** oder wenn wir uns über regionales Wettbewerbskonzept unterhalten. Ich werde das gleich noch einmal begründen. Ich bedanke mich dafür und verstehe die Zielrichtung Ihres Antrages so, dass Sie mit Ihrem Antrag in Wahrheit eine höhere Förderquote für eine bestimmte Region fordern. Dann aber ist der Weg nicht der richtige. Auch das will ich versuchen zu begründen.

Sie fordern Chancengleichheit der Regionen beim Qualitätswettbewerb. Dies hat natürlich zwei Aspekte. **Chancengleichheit** im Verfahren des Förderprogramms „Regionalprogramm“ gibt es, um das ganz klar zu sagen. Wettbewerb und Chancengleichheit

schließen sich auch nicht aus. Das wissen wir aus anderen Bereichen. Im Gegenteil! Wettbewerb und Chancengleichheit bedingen sich für mich wirtschaftspolitisch.

(Beifall im ganzen Haus)

Das heißt, das Regionalprogramm ist so ausgelegt, dass gerade jede Region eine faire Chance hat. In Wahrheit haben wir ein anderes Problem und darüber sollten wir auch im Wirtschaftsausschuss reden. In Wahrheit sind die Ausgangsbedingungen der Regionen im Wettbewerb unterschiedlich. Das ist das Grundproblem. Die Frage ist, wie wir damit umgehen und wie wir die jeweils eigenen Chancen einer Region, die sehr unterschiedlich sind, wahrnehmen. An dieser Stelle sei schon einmal gesagt: Dafür brauchen wir kein neues Konzept. Das ist es in Wahrheit nicht. Wir brauchen **regionale Entwicklungskonzepte** - Sie haben dies, glaube ich, vorhin selbst angedeutet -, die wir gemeinsam abstimmen. Ich will an dieser Stelle schon einmal sagen: Ich bin - auch persönlich - derjenige gewesen, der in Dithmarschen, in Nordfriesland gesagt hat: Macht ein regionales Entwicklungskonzept, damit ihr mit vernünftigen, konsistenten Vorschlägen in das Regionalprogramm aufgenommen werdet. In der Region Brunsbüttel - einige von Ihnen wissen das - arbeiten wir genauso. Jetzt finden in Flensburg und Schleswig Gespräche genau in diesem Sinne statt.

Wir brauchen kein neues Konzept, sondern wir brauchen ein neues Verhalten im Prozess. Darauf werde ich noch einmal zurückkommen.

Unser Prinzip - das muss ich nicht wiederholen - ist die Eigenverantwortung der Region. Das ist die Basis. Diese ist auch im Konsensprozess gut verankert, von der EU vorgeben, von uns durch die Wege vorgezeichnet. Erforderlich ist auch - das muss ich nicht weiter erläutern - ein landesweiter **Qualitätswettbewerb**, Frau Schmitz-Hübsch, mit der Endentscheidung einer Steuerungsgruppe - Staatssekretäre oder zunächst **IMAG** - auf Landesebene.

Wir müssen uns schon entscheiden, ob wir einen landesweiten oder einen regionalen Qualitätswettbewerb wollen. Ich stehe für einen landesweiten Qualitätswettbewerb. Stellen Sie sich vor, wir würden etwas anderes machen, es gäbe vier Förderregionen, vier Qualitätswettbewerbe. Dann käme im Zweifelsfall viermal eine Campushalle, viermal ein Innovationspark dabei heraus. Das ist doch in der Logik so. Das ist doch widersinnig. Frau Aschmoneit-Lücke hat ja im Grunde den Finger in diese Wunde gelegt.

Sie erwähnten das Stichwort „Beliebigkeit der Projekte“. Gerade wenn Sie die Beliebigkeit der Projekte

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

vermeiden wollen, brauchen Sie das von mir skizzierte Verfahren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wenn Sie das nämlich so machen, wie Sie vorschlagen, dann erhalten Sie gerade die Beliebtheit der Projekte. Jedenfalls ist die Gefahr größer, dass das so kommt.

Ich lehne **Förderkorridore** für die Regionen ab, weil ich der Meinung bin, dies widerspricht einem fairen Wettbewerb. Allerdings setze ich mich und setzt sich die gesamte Landesregierung dafür ein, dass es einen fairen Wettbewerb, also über die gesamte Periode betrachtet, einen möglichen Ausgleich dahin gehend gibt, dass wir fragen: Was können wir in Flensburg/Schleswig noch zusätzlich machen? Was könnte die Westküstenregion zusätzlich machen? Aber diese Ansätze müssen aus der Region kommen. Ich habe unzählige Gespräche dazu geführt. Ich habe Regionen dazu ermuntert, etwas anzumelden. Wenn es dann nicht geschieht, dann lieber Herr Harms, tut es mir Leid; dann können wir auch nicht mehr helfen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD)

Ich will auf die Verteilung der Mittel nicht mehr eingehen. Es ist richtig beschrieben worden: Im Moment entfallen auf die Westküste und die Nordregion nur rund 30 %. Das ist, statistisch gesehen, etwas zu wenig. Wir müssen zwar auch die Einwohnergröße beachten. Dann relativiert sich dies ein wenig. Man kann über diese Frage streiten. Aber ich werde keinem Verfahren zustimmen, bei dem am Schluss gesagt wird: Es müssen aber 40 % sein. Das wäre widersinnig. Wir müssen vielmehr zu qualitativen Projekten kommen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das wollen wir ja auch!)

Dazu brauchen wir mehr Kreativität und Beweglichkeit in den Regionen. Wir brauchen den Abschied von der Fördermentalität und der **Anspruchsmentalität**, dass es immer 80 % sein müssen. Das ist auch ein wichtiges Thema.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir brauchen den Abschied von der Vorstellung, dass jede Kommune, jede Stadt alle Kompetenzfelder besetzen muss.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir müssen akzeptieren, dass Dinge in Lübeck gemacht werden, die in Kiel nicht gemacht werden, dass in Kiel Dinge gemacht werden, die in Flensburg nicht

gemacht werden, aber in Flensburg auch Dinge, die vielleicht in Niebüll oder in Heide nicht gemacht werden. Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben völlig Recht: Schleswig-Holstein ist so klein, dass das eigentlich möglich sein müsste.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Ich will jetzt nicht erläutern, wie ich mir die verschiedenen Profile vorstelle. Ich habe das im Wirtschaftsausschuss schon einmal erläutert. Wir können das dort auch gerne vertiefen. Die Konzepte müssen abgestimmt werden, so weit stimme ich ihnen zu. Das geschieht. In meinen Augen zeigt es sich immer wieder: Wenn die Konzepte wirklich gut sind, werden sie auch gefördert. Nennen Sie mir ein Konzept, aus welcher Region auch immer, das wirklich gut ist und für das wir keinen Weg gefunden haben! Ich wüsste kein Beispiel.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Das wird auch noch gefördert, lieber Herr Harms.

Lassen Sie uns insofern im Wirtschaftsausschuss in Ruhe darüber diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt.

(Zurufe: Überweisung)

- Überweisung des gesamten Antrages an den zuständigen Wirtschaftsausschuss! Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag vom Haus einstimmig an den zuständigen Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Als letzten Punkt für heute rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 17 auf:

Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Wirtschaft

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1507

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die Aussprache eröffnen. Für die SPD hat die Frau Abgeordnete Birgit Herdejürgen das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Im vergangenen Jahr legte das Wirtschaftsministerium den Bericht zur Stärkung und Stabilisierung des Wirt-

(Birgit Herdejürgen)

schaftsstandortes Schleswig-Holstein durch ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger vor. Wir haben hier im Landtag und in den beteiligten Ausschüssen ausgiebig darüber diskutiert. Einige Punkte verdienen es nochmals hervorgehoben zu werden und geben Anlass für weitere Initiativen. Daher der vorliegende Antrag.

Die zuständigen Ministerien - hervorzuheben sind die Bereiche Wirtschaft und Bildung - sind bereits aktiv geworden. Der Bericht beschreibt neben den Leistungen, die Ausländerinnen und Ausländer für die schleswig-holsteinische Wirtschaft erbringen, auch eine Reihe von Feldern, in denen noch dringender Handlungsbedarf besteht.

Wir halten dieses Thema für zu wichtig, als dass sich das Parlament mit einer reinen Kenntnisnahme des Berichtes begnügen sollte. Wir wollen weitere Initiativen auf den Weg bringen, um damit auch der Kritik zu begegnen, dass die Leistungen ausländischer Bürgerinnen und Bürger in der Öffentlichkeit zu wenig Aufmerksamkeit erhalten.

Gerade vor dem Hintergrund der Debatten zum Thema **Fremdenfeindlichkeit** kommt es darauf an, die Chancen der multikulturellen Gesellschaft zu erkennen. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass wir den ausländischen Jugendlichen, den Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Steine aus dem Weg räumen müssen, die integrative Prozesse behindern.

Dabei handelt es sich in großen Teilen nicht um Gäste auf Zeit. Auch in Schleswig-Holstein wächst die Zahl der **ausländischen Selbstständigen**. Der Aufbau einer selbstständigen Existenz dokumentiert am deutlichsten eine enge Verbundenheit mit dem Wohn- und Arbeitsort. Auch Deutsche und Beschäftigte anderer Nationalitäten profitieren von diesen Unternehmensgründungen.

Aus der selbstständigen Tätigkeit ergibt sich aber auch eine stärkere gesellschaftliche Verantwortung, zum Beispiel im Bereitstellen von Arbeits-, vor allem aber auch von Ausbildungsplätzen. Eine Studie des Zentrums für Türkeistudien hat ergeben: **Türkische Unternehmen** schaffen viele Arbeitsplätze, bilden aber wenige Lehrlinge aus, weil ihnen das deutsche Ausbildungssystem nicht vertraut ist. Unser Antrag trägt diesem Umstand Rechnung.

Die Scheu, sich auf das deutsche System der **Berufsausbildung** einzulassen, kann durch gezielte Information abgebaut werden. Wir begrüßen ausdrücklich die Zusammenarbeit mit der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein und halten einen Ausbau der erfolgreichen Initiativen für dringend erforderlich. Wir sehen dies sowohl unter dem Aspekt einer besseren Integra-

tion als auch unter dem nicht unerheblichen Gesichtspunkt einer höheren Akzeptanz ausländischer Betriebe in der breiten Öffentlichkeit. Gleichzeitig geht es natürlich um die Zukunftschancen der Unternehmen, die schließlich qualifiziertes Personal zur Sicherung des Betriebes benötigen. Die Ausbildung ausländischer Jugendlicher, die Weiterbildung und die erleichterte Anerkennung von Qualifikationen bilden die andere Seite eines auch wirtschaftspolitisch motivierten Integrationsprozesses.

Der vorliegende Bericht macht deutlich, dass ausländische Jugendliche in der beruflichen Ausbildung in Schleswig-Holsteins Betrieben unterrepräsentiert sind. Junge Migrantinnen und Migranten müssen genau wie ihre Eltern über die Möglichkeiten und - ganz wichtig - über die Bedeutung der beruflichen Bildung in Kenntnis gesetzt werden. Auch einer gerade in dieser Bevölkerungsgruppe verbreitete Skepsis gegenüber zukunftssträchtigen Ausbildungsberufen in den neuen Arbeitsfeldern muss dringend entgegenwirkt werden. Hier bietet sich der Rückgriff auf einschlägige Erfahrungen außer- beziehungsweise überbetrieblicher Aus- und Weiterbildungsträger in der Arbeit mit Migrantinnen und Migranten an. Gleichzeitig müssen gegenüber deutschen Betrieben die interkulturellen Kompetenzen deutlich herausgestellt werden, die die bei uns lebenden ausländischen Bürgerinnen und Bürger mitbringen.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Diese Kompetenzen sind ein Wettbewerbsvorteil, der auf dem globalen Markt genutzt werden kann.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die in unserem Antrag aufgeführten Punkte unterstützen die angesprochenen Vorhaben und wir bitten um Zustimmung.

(Beifall bei SPD, SSW und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der CDU erhält jetzt der Herr Abgeordnete Manfred Ritzek.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in dieser Legislaturperiode und auch während dieser Debatte schon sehr viel über Integration von Migrantinnen und Migranten gehört. Frau Herdejürgen hat auf eine Expertise hingewiesen; ich möchte auf zwei andere Expertisen hinweisen, die dieses Thema hervor-

(Manfred Ritzek)

gend beschreiben. Einmal ist es der umfassende Antrag der CDU-Fraktion vom Mai letzten Jahres, den wir auch hier im Plenum debattiert haben und der wesentlich umfassender ist als das, was dieser Antrag formuliert, nämlich nur die **Integration im Wirtschaftsbereich**. Das ist zu wenig.

(Beifall bei der CDU)

Das Zweite ist das daraufhin erstellte Konzept der Landesregierung; es datiert vom 17. November. Dies ist nach meiner Einschätzung ein sehr gutes Konzept. Beide zusammen, sowohl das Konzept der Landesregierung wie auch der umfassende Antrag der CDU, sind die besten Grundlagen für die Fortsetzung einer qualifizierten Diskussion und Besprechung zu diesem Thema.

Frau Herdejürgen, Sie sprechen von der Türkischen Gemeinde. Ich kenne auch eine Türkische Gemeinde in Norderstedt; es ist der Islamisch-Türkische Kulturverein. Diesen Verein kenne ich persönlich. Das ist ein sehr friedlicher Verein. Aber gehören zu einer Türkischen Gemeinde auch die Kurden oder gibt es eine Kurdische Gemeinde und eine Türkische Gemeinde? Diese Frage hätte ich auch ganz gern einmal geklärt.

(Rolf Fischer [SPD]: Die Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein ist ein Verein!)

Es gibt keinen Zweifel, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass das Thema Integration ein sehr ernstes Thema ist, ich sage einmal ein dynamischer Entwicklungsprozess, denen sich alle zu stellen haben, die von dieser Integration betroffen sind. Das sind einmal wir als Politiker, das sind Organisationen wie Gewerkschaften, Kirchen, Schulen, das sind aber auch die Migrantinnen und Migranten selbst. Auch die müssen wir verpflichten, ihren Anteil an der Integration wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

In Ihrem Antrag - das hat mich gestört - beginnen Sie mit folgendem Satz:

„Die wichtigste Voraussetzung für die Integration in das Wirtschaftsleben sind“

- jetzt kommt es! -

„neben dem Erlernen der deutschen Sprache - -“

- Neben dem Erlernen der deutschen Sprache! Nein, das ist die Voraussetzung. Das Kennen und Können der deutschen Sprache ist die **Schlüsselqualifikation** für alle anderen Integrationsmaßnahmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie müssen die Sprache beherrschen - das ist die Voraussetzung - und man kann nicht irgendwie sagen: Es reicht eine ausreichende Sprachkenntnis. Damit können wir uns nicht zufrieden geben.

Deshalb frage ich Sie: Warum stellen Sie in Ihrem Antrag nicht die Forderung zur Erarbeitung eines einheitlichen Sprachenkonzepts? Das wäre doch ein vernünftiger Ansatz.

(Beifall bei der CDU)

Generell sind die Bemühungen aller Organisationen - ich erwähnte sie bereits: Bildungszentren, Gewerkschaften, Kirchen, Schulen und so weiter - wichtig, um den Integrationsprozess fortzuschreiben und zu fördern. Aber dazu gehören auch die Betroffenen selbst.

Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen und Angeboten sowie Vorschlägen. Warum werden diese nicht angenommen? Fehlt hier vielleicht eine enge Kooperation oder - wie es heute immer so schön heißt - eine Vernetzung? Dann vernetzen wir doch! Fordern Sie im Antrag, die Aktivitäten der Anbieter von **Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen** zu vernetzen! Das wäre doch auch ein sinnvoller Antrag.

Aber nun zu den einzelnen Antragsinhalten! Das 1998 vom Land gestartete - ich gebe das zu - Programm „Migranten schaffen zusätzliche Ausbildungsplätze“ ist ja mit 150 neuen Arbeitsverhältnissen erfolgreich verlaufen. Das sollten wir fortsetzen; ebenso auch das Projekt „Ausbildung und Integration von Migranten“, das sicherlich auch ein Erfolg versprechendes Programm ist.

Kritisch hinterfragt werden muss aber, inwieweit die **ausländischen Jugendlichen** in diesen ausländischen Betrieben die deutsche Sprachkompetenz verbessern. Werden die einstellenden Betriebe dazu verpflichtet? Auf die Antwort auf diese Frage bin ich gespannt.

Deutsche Betriebe, Kolleginnen und Kollegen, die jetzt in diese Programme einbezogen werden sollen, kennen das Problem der Ausbildung sowohl für deutsche wie für ausländische Jugendliche. Sie kennen auch das Sprachenproblem. Aber ein viel größeres Problem besteht für diese Betriebe darin, dass sie keine qualifizierten Schulabgänger bekommen - deutsche wie ausländische. Das hat also nicht nur etwas mit Nationalitäten und Sprachdefiziten zu tun, sondern viel mit dem katastrophalen **Bildungsniveau** der Schulabgänger. Hier muss auch angesetzt werden.

Gerade letzte Woche haben wir auf dem Jahresempfang der **IHK** hier in Kiel erfahren, in der Rede des Präsidenten, dass 20 % der **Schulabgänger** wegen der Lerndefizite nicht ausbildungsfähig sind. Das mag natürlich auch an der Sprachkompetenz liegen, aber

(Manfred Ritzek)

nicht ausschließlich. Also tun wir auch etwas in unseren Bildungsprogrammen!

(Beifall bei der CDU)

Auf die Antragspositionen „freie Berufe“, „öffentlicher Dienst“, „Studenten“ und „Studienabgänger“, die es zwar etwas schwerer haben, möchte ich nicht weiter eingehen. Ich meine aber, dass es hier vornehmlich um bürokratische und administrative Erschwernisse geht, die es zu beheben gilt und die nicht unmittelbar mit diesem Integrationsprozess zu tun haben.

Aber eine andere entscheidende Frage möchte ich zum Schluss doch noch stellen: Bei dem eingeforderten Handlungsbedarf darf nicht die Forderung nach einem detaillierten **Finanzierungskonzept** für diese Integrationskosten fehlen. Die beabsichtigte Verteilung der Lasten auf alle Ebenen ist zu nennen: auf den Bund, auf das Land, auf die Kommunen.

Dabei darf auch eine Beteiligung der Zuwanderer nicht ausgeschlossen werden. Ob Unternehmen einbezogen werden können oder müssen, ist eine Frage, die zu stellen ist. Das könnte kontraproduktiv sein. Die Frage nach dem Finanzierungskonzept hätte als ein wichtiger Antragspunkt gestellt werden müssen.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege, beachten Sie die Redezeit!

Manfred Ritzek [CDU]:

Wir haben die Basis für den ständigen Verbesserungsprozess Integration geschaffen. Lassen Sie ihn uns gemeinsam weitergehen. Ich beantrage Überweisung an die entsprechenden Ausschüsse.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erhält jetzt Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der beiden Regierungsfractionen ist zwar sicherlich gut gemeinte Absicht, bedauerlicherweise aber nur ein Sammelsurium von Platitüden und Ungereimtheiten. Das muss man so sagen.

(Beifall bei der FDP)

Dem hohen Anspruch, die **Integration** der Ausländer in der **Wirtschaft** zu fördern, wird dieses Papier unserer Auffassung nach nicht gerecht.

Zu einzelnen Punkten. Erstens. In der allgemeinen Zielsetzung, dass **junge Ausländer** sowohl im Hinblick auf das Erlernen der deutschen Sprache als auch ansonsten im Bereich der Allgemeinbildung wie in der beruflichen Bildung besser gefördert werden sollen, sind wir uns sicherlich einig. Aber es kann doch nicht einfach beim Backen von solchen Allgemeinplätzen in einem solchen Antragspapier bleiben -

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

abgesehen davon, dass die Regierung dies nicht schon längst als ihre Aufgabe erkannt hat. Warum muss man das als Landtag noch beschließen? Es geht doch um die Frage, was man in diese Richtung konkret voranbringt. Es geht um konkrete Schritte im Übrigen gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der PISA-Diskussion.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Im zweiten Drittel des Antragstextes ist vom Handlungsbedarf in diversen Teilbereichen die Rede. Im Einzelfall mag man darüber reden. Unsinnig erscheint mir jedoch die Prämisse, die den Formulierungen des Antrags offenbar zugrunde liegt. Die Autoren gehen, wie es scheint, von der Vorstellung aus, man müsse in dem breiten Spektrum der Arbeitswelt zu einer Art Normalverteilung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelangen. Das jedenfalls ist mein Eindruck. Das ist schon deshalb nicht einleuchtend, weil unser Land in der Vergangenheit **ausländische Arbeitnehmer** speziell für Berufe und Tätigkeiten angeworben hat, in denen inländische Kräfte nicht in ausreichendem Maß verfügbar waren. Im Antrag wird der Pflegebereich genannt. Man könnte die Gastronomie, aber auch viele andere Berufszweige nennen. Mit der Greencard-Regelung wird ein solches zielgenaues Anwerben für bestimmte Bereiche jetzt auf einem sehr hohen Niveau von beruflicher Qualifikation weitergeführt.

Die aus der **zielgenauen Anwerbung** resultierende Überrepräsentanz von Ausländern in bestimmten Bereichen muss logischerweise korrelieren mit einer Unterrepräsentanz in anderen Bereichen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: So ist das!)

Die in dem Sinn abbauen zu wollen, sie müssten überall gleichmäßig verteilt werden - das scheint mir durchzuscheitern -, halte ich nicht für sinnvoll, im Übrigen auch deshalb nicht, weil, würde das tatsächlich so verwirklicht, in einigen Bereichen neue Lücken aufgerissen würden, die dann wieder irgendwie mit

(Dr. Ekkehard Klug)

neuen Programmen gefüllt werden müssten. Das würde einen Kreislauf in Gang setzen, in dem das immer so weitergeht.

Drittens. Soweit der Antrag konkrete Berufszweige benennt - um einmal einen positiven Punkt zu nennen -, also die Bereiche Handwerk und freie Berufe, wo es Probleme beim **Zugang** von ausländischen Fachkräften gibt, sollte man nach unserer Auffassung mit den Kammern, mit den Verbänden aus dem jeweiligen Bereich einmal über konkrete Schritte im Sinn einer Förderung des Zugangs von Ausländern sprechen, anstatt hier eine solch allgemeine Aussage zu treffen, die nach meiner Auffassung zu wenig konkret ist.

(Beifall bei der FDP)

Viertens. Im letzten Drittel des Antrags geht es um die Situation der **ausländischen Studierenden**. Auch hier sind die Formulierungen entweder zu allgemein gehalten oder missverständlich beziehungsweise widersprüchlich. Es gibt konkrete Rahmenbedingungen, die gar nicht benannt werden, wie zum Beispiel die Forderung des Deutschen Studentenwerks, erst einmal in Deutschland bundesweit 21.000 Plätze in neuen internationalen Studentenwohnheimen zu errichten, damit die ausländischen Studierenden, die wir ins Land holen wollen, hier überhaupt Wohnheimplätze finden können.

Die derzeitige Rechtslage - auch das ist ein Punkt, den man ansprechen muss -, dass Studierende oft nur 90 Tage im Jahr für ihren Lebensunterhalt erwerbstätig sein dürfen, baut in der Tat unnötige und unsinnige Hürden für einen Teil der ausländischen Studierenden auf und verkennt die Realität, dass eben Studierende heute in gewissem Umfang im Rahmen von Studentenjobs und Teilzeittätigkeit hinzuverdienen müssen. Es ist sicherlich richtig, hier etwas zu tun. Aber auch da ist der Antrag zu wenig konkret.

Wenn man von Visumerleichterungen spricht, will ich darauf hinweisen, dass nach dem 11. September gerade Verschärfungen bei der Visumserteilung eingeführt worden sind. Also: Rin in die Kartoffeln, rut aus die Kartoffeln! Von der Rasterfahndung, bei der in Nordrhein-Westfalen allein 10.000 Studenten aus dem Raster herausgekippt worden sind, will ich hier gar nicht einmal reden. Wie gesagt: In der Politik muss es eine gewisse Konsistenz geben.

Fünftens. Ich komme zum letzten Spiegelstrich, unter dem gesagt wird, dass für ausländische Studierende, die hier in Deutschland ihren Abschluss erwerben, bessere Möglichkeiten eröffnet werden sollen, dass sie hier eine Berufstätigkeit aufnehmen können. Das kann man in einem Gesamtpaket durchaus diskutieren. Ich

möchte aber doch auch Folgendes anmerken. Der eigentliche Sinn des erweiterten Zugangs für ausländische Studierende zum Studium in Deutschland sollte doch der sein, qualifizierten **akademischen Nachwuchskräften** etwa aus der Dritten Welt hier eine akademische Ausbildung zu ermöglichen, die sie bei sich zu Hause nicht bekommen können, um dann zu Hause in der Entwicklung ihrer Heimatländer tätig werden zu können. Es kann sich doch nicht alles nur auf ein Braindrain, auf das Anwerben der geistigen, der intellektuellen Elite aus Drittweltländern konzentrieren, die wir zu uns holen, sodass sie im Ergebnis bei der Entwicklung ihrer eigenen Länder fehlen. Dass dieser Aspekt überhaupt nicht angesprochen ist, ist meiner Auffassung nach ein Manko. Man darf die Sache nicht nur auf die Anwerbung von ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für unseren deutschen Arbeitsmarkt reduzieren.

(Beifall der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Dann kriegt das Thema ausländische Studierende eine totale Schiefelage.

Ich beantrage Ausschussberatung. Dann kann man das eine oder andere vielleicht noch konkretisieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben mit diesem Antrag die Konsequenzen aus dem Bericht der Landesregierung vom Januar 2001 gezogen, der immer noch im Wirtschaftsausschuss liegt. Ich hätte mich gefreut, wenn sich diejenigen, die hier geredet haben, den Bericht noch einmal angeschaut hätten. Das, was in dem Antrag an konkreten Punkten formuliert ist, sind genau die Punkte, die in dem Bericht als Defizite genannt sind. Der Antrag versucht - sicherlich noch nicht in allen Punkten genügend konkretisiert -, die Konsequenzen, die Schwachpunkte zu nennen und die Landesregierung aufzufordern, Konsequenzen zu ziehen.

Ich will auf einige Punkte eingehen, die hier genannt worden sind. Es geht nicht darum, eine Gleichverteilung zu erreichen. Aber es gibt in dem Bericht Hinweise darauf, dass bestimmte Bereiche überhaupt nicht vertreten sind, bei denen offensichtlich Eingangsbarrieren besonderer Art existieren.

(Karl-Martin Hentschel)

Es gibt bestimmte Bereiche, in denen Migrantinnen und Migranten überproportional vertreten sind, bei unterqualifizierten Jobs. Gerade im Handwerksbereich ist es so, dass Migranten bei Tätigkeiten ohne Qualifikation überproportional vertreten sind, deutlich unterproportional aber bei qualifizierten Tätigkeiten. Das lässt darauf schließen, dass hier Möglichkeiten bestehen, mehr Leute zu qualifizieren und mehr qualifizierte Leute anzuwerben. Ich gehe nicht davon aus, dass es so ist, dass Migranten grundsätzlich dümmer sind. Wenn ein großer Teil keine Ausbildung hat und in unqualifizierten Jobs beschäftigt ist, besteht offensichtlich ein **Qualifikationsdefizit** und es bestehen Möglichkeiten, gute Leute auf entsprechende Positionen zu bringen. Das schaffen wir wohl noch nicht ausreichend. Deswegen ist das hier benannt.

Zum Bereich **Hochschulen!** Ihre Argumentation, wir bilden ausländische Studenten in Deutschland aus, damit sie hinterher zurückgehen und sozusagen zu Hause tätig sind, ist nur eine Seite des Gedankens.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Wesentliches Motiv!)

Wir reden heute über Globalisierung und Internationalisierung der Ausbildung. Ich glaube, wir brauchen auch das andere. Das heißt, wir brauchen auch die Möglichkeit, dass gute Leute, die aus anderen Staaten kommen - es geht nicht nur um arme Länder, sondern durchaus auch um Studenten aus reichen Ländern, aus OECD-Staaten -, sich hinterher weiter qualifizieren, etwa ins Lehrpersonal kommen und auf diese Art und Weise die Internationalisierung unserer Hochschulen weiterentwickelt wird.

Es gibt offensichtlich Abschreckungspotenziale, so dass man lieber in andere Industriestaaten als nach Deutschland geht, weil man glaubt, dass man hier nicht die Möglichkeiten hat, die zum Beispiel in den USA selbstverständlich sind. Es ist nicht einzusehen, dass unsere guten Studenten zum Teil in die USA gehen, wo sie Möglichkeiten haben, sich weiter zu qualifizieren und in die Lehre zu gehen, und danach nach Deutschland zurückkommen, während es in der umgekehrten Richtung nicht funktioniert und damit der Anreiz für Leute, in Deutschland zu studieren, unterproportional ist.

Sie haben völlig Recht, wenn Sie auf die Schwachpunkte hinweisen und sagen, dass wir zum Beispiel gerade die **Visa-Regelungen** verschärft haben. Es kann einfach nicht sinnvoll sein, über Internationalisierung zu reden und gleichzeitig Studenten aus bestimmten Ländern dem Generalverdacht des Terrorismus auszusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist - das muss man deutlich sagen, auch wenn es die eigene Bundesregierung macht - eine falsche Politik. Gegen diese Politik haben wir uns gewehrt. Wir konnten uns angesichts der Ereignisse gegenüber dem Innenminister nicht genügend durchsetzen; das gebe ich zu. Aber ich glaube, dass es richtig ist, diese Defizite hier zu benennen und darüber zu reden.

Ich möchte abschließend noch auf den öffentlichen Dienst zu sprechen kommen. Der Bericht macht sehr deutlich, dass der **öffentliche Dienst** selbst ein Schwachpunkt ist, für den die Politik mit verantwortlich ist. Das heißt, wir müssen uns die Frage stellen, warum es kaum gelingt, Migranten für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Das ist nicht nur ein Problem bei der Polizei. Es kann durchaus attraktiv sein, solche Menschen zu gewinnen, um Ansprechpartner für bestimmte Bevölkerungsgruppen zu haben. Das gilt aber auch für andere Bereiche, wie die Verwaltungshochschule in Altenholz und ähnliche Dinge. Auch diese Fragen sind hier genannt worden, damit die Landesregierung angestoßen wird, diese stärker zu beachten und Konsequenzen aus dem Bericht zu ziehen. Ich denke, dass es nach einer bestimmten Zeit nach Verabschiedung des Antrages durchaus sinnvoll ist, bei der Landesregierung nachzufragen, welche Konzepte sie hat, wie sie weiterarbeiten will und was man tun kann.

Insgesamt gesehen, meine Damen und Herren, kann ich nur sagen: Helfen Sie mit, dass es uns gelingt, die Integration von Einwanderern in unsere Gesellschaft zur Leitaufgabe der deutschen Kulturpolitik, quasi zur deutschen Leitkultur zu machen.!(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, das wird auch Deutschland bereichern, wie es übrigens in der Geschichte oft der Fall gewesen ist. Deutschland ist seit Jahrhunderten ein Integrationsland.

(Unruhe)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Deutschland ist seit Jahrhunderten ein Immigrationsland. Nur dann, wenn wir diese Aufgabe bewältigen, werden wir die Probleme der Zukunft vernünftig in den Griff bekommen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wirklich bedauerlich, dass der Bericht der Landesregierung aus dem letzten Jahr immer noch im Wirtschaftsausschuss liegt. Aber Ende letzten Jahres hat die Landesregierung ein Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten vorgelegt. Dabei beschreibt die Landesregierung die **Integration** der in Schleswig-Holstein lebenden Migrantinnen und Migranten als ein zentrales Ziel ihrer Politik. Der SSW begrüßt diese Initiative als einen Schritt in die richtige Richtung. Dieses ausgezeichnete **Konzept** geht jetzt gerade in die Anhörungsphase mit dem kommunalen Bereich und mit vielen verschiedenen Verbänden und Organisationen.

Auch der Innen- und Rechtsausschuss des Landtages hat sich mit dem Konzept beschäftigt und wird dies auch weiterhin tun. Auf Bundesebene sind mit dem Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung Bestrebungen in Gang, die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Diese Zielsetzung wird vom SSW ausdrücklich unterstützt.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Konzept der Landesregierung, das gemeinsam mit dem **Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen** erarbeitet wurde, greift als Schwerpunktthemen der Integration unter anderem den Spracherwerb, die interkulturelle Bildung und Erziehung, das Wohnen, das soziale Umfeld, die Gesundheit, die sozialen Dienste und auch die Ausbildung und Arbeitswelt auf.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wenn das Präsidium die Beiträge in den Abgeordnetenreihen stärker hört als die Rednerin, dann ist das ein sicheres Indiz dafür, dass in den Reihen zu laut gesprochen wird.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Nach wie vor erfolgt die Integration von Migrantinnen und Migranten hauptsächlich über den Eintritt in den Arbeitsmarkt. Das ist auch logisch: Denn wo sonst können unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen mit

anderem ethnischen Hintergrund die deutsche Sprache, die Kultur und die allgemeinen Umgangsformen am leichtesten erlernen?

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nach wie vor leben viele Migrantinnen und Migranten leider nicht Seite an Seite mit deutschen Nachbarn. Wer also die Integration in der Bundesrepublik wirklich voranbringen will, der muss dafür sorgen, dass auch diese in Arbeit kommen.

Das Problem ist aber, dass jugendliche und erwachsene Migrantinnen und Migranten neben den fehlenden **Sprachkenntnissen** vielfach auch aufgrund von großen Bildungs- und Ausbildungsdefiziten gegenüber einheimischen Arbeitsplatzbewerberinnen und -bewerbern benachteiligt sind.

Man darf natürlich nicht außer Acht lassen, dass es diese Bevölkerungsgruppe bei einer Arbeitslosenzahl von knapp 4 Millionen Menschen noch schwerer als die einheimischen Arbeitslosen hat, einen Arbeitsplatz zu finden. Aber es gibt durchaus viele Bereiche, in denen man durch gezielte Ausbildung und/oder Weiterbildung der bereits in Deutschland lebenden Menschen die eine oder andere Lücke der 1,2 Millionen offenen Stellen - auch im Facharbeiter- oder Handwerksbereich - schließen könnte.

Genau darauf zielt der uns vorliegende Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab, indem die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Wirtschaft mit verschiedenen Maßnahmen gefördert werden soll.

Selbstverständlich kann ich nicht auf alle Themen eingehen, die in dem Antrag angesprochen worden sind. Das haben zum Teil auch schon die Vorrednerinnen und Vorredner getan. Ob aber wirklich alle diese Vorschläge sinnvoll sind oder ob nicht schon einige dieser Vorschläge durch das Konzept der Landesregierung abgedeckt werden, sollten wir im Ausschuss noch einmal besprechen. Aber die Richtung des Antrages kann der SSW voll unterstützen. Unserer Meinung nach führt das von der Landesregierung vorgelegte Migrationskonzept einen Schritt weiter. Es ist eine Konsequenz aus dem Bericht, der im letzten Jahr abgegeben wurde.

Abschließend möchte ich noch auf ein besonderes Problem bei der Integration von Migrantinnen hinweisen; denn noch viel schwerer als die Migranten haben es **Frauen** mit anderem ethnischen Hintergrund, auf unserem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das Schicksal vieler Frauen, die trotz vieler Jahre Aufenthalt in der Bundesrepublik kaum ein Wort Deutsch sprechen und deshalb in völliger Abhängigkeit ihrer männlicher

(Silke Hinrichsen)

Familienmitglieder sind, ist bekannt. Natürlich liegt es an der oft sehr patriarchalischen Kultur und der traditionellen Rollenverteilung für Frauen im In- und Ausland. Aber gerade deshalb müssen wir gezielt Angebote entwickeln, damit auch Frauen die Möglichkeit erhalten, in die Gesellschaft integriert zu werden. In diesem Zusammenhang weise ich auf das Migrationskonzept der Landesregierung hin, die ausdrücklich gesagt hat, es wäre absolut wichtig, bei Sprachkursen Kinderbetreuung anzubieten. Es nützt nichts, einfach nur einen Sprachkurs anzubieten und nichts für die Kinderbetreuung zu tun.

(Beifall bei SSW, CDU und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal hat man bei den Debatten, die wir hier führen, den Eindruck, dass einige Repräsentanten dieses hohen Hauses die Einschlüge nach dem 11. September noch nicht gehört haben. Herr Kollege Hentschel, vor genau vier Wochen haben Sie hier gestanden und gemeinsam mit der Union und den Sozialdemokraten vehement das Schily-II- oder Otto-III oder was weiß ich für ein Paket verteidigt und erklärt, warum es notwendig ist, dass wir die Rasterfahndung gegen ausländische Studenten einführen müssen, warum es notwendig ist, dass wir die Visa-Erteilung verschärfen, warum Lichtbilder und sonstige Kennzeichen aufgenommen werden müssen, warum die Leute, die aus dem Ausland bei uns einreisen wollen, demnächst noch ihren Abstammungsnachweis mitbringen müssen.

Heute, vier Wochen später, stellen Sie sich hier hin und sagen, dass das alles ganz schlimm sei und Sie das alles gar nicht wollten, dass für die **Migrationspolitik** das genaue Gegenteil von dem der Fall sein müsse, was Sie hier vor vier Wochen noch vehement verteidigt haben. Diese Schizophrenie auch in Ihrem Denken, Herr Kollege Hentschel, müssen Sie der Recht suchenden Bevölkerung noch erklären.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der
SPD)

Ich empfehle allen Beteiligten - ich weiß, wovon ich rede -, einmal zu fragen, ob es überhaupt noch private Vermieter gibt, die bereit sind, arabisch aussehenden, arabisch sprechenden, arabisch denkenden, aus arabischen Ländern kommenden Studenten eine Wohnung

zu vermieten, oder ob sie sich weigern, dies zu tun, aus lauter Schiss davor, dass dann, wenn sie das tun, demnächst das BKA bei ihnen einmarschiert, weil es auf der Suche nach El-Kaida-Schläfern ist.

Das Problem hat der Kollege Klug angesprochen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel
[SPD])

- Aussagen wie die der Ministerpräsidentin, es solle in unseren Schulen nicht geduldet werden, dass Frauen als Ausweis ihres islamischen Glaubens Kopftücher tragen, tragen natürlich unglaublich zur Integration bei, Herr Kollege Nabel. Die Bereitschaft der Bevölkerung, das auf der Straße zu erdulden, wird dadurch, dass es schon in der Schule nicht sein darf, unglaublich geweckt. Man muss auch überlegen, was man mit bestimmten Sätzen anrichtet und ob das mit der sonstigen Politik, die man hier dauernd vor sich herträgt, konsistent ist oder nicht. Das ist es definitiv nicht. Ich habe darauf schon einmal hingewiesen.

Ich empfehle Ihnen, einmal den Artikel „Mit den Augen der anderen sehen lernen“ in „Hochschulpolitik aktuell“ 2/2001 durchzulesen. Ich will daraus nur einige kleine Passagen anführen. Erlebte Wirklichkeit in Deutschland: Wie muss sich ein russischer Wissenschaftler fühlen, der mit Frau und Kindern fünf Stunden auf dem Flur einer Ausländerbehörde warten muss, um dann sofort wieder fortgeschickt zu werden, weil die Passfotos nicht den Ansprüchen des Beamten genügen? Am Folgetag und nach erneuter Wartezeit will ein anderer - inzwischen Dienst habender - Beamter die neuen Fotos noch nicht einmal sehen. Was muss ein japanischer Stipendiat denken, der aufgrund seiner rudimentären Deutschkenntnisse im zuständigen Ausländeramt schroff und unhöflich behandelt wird? Wie kommt sich ein russischer Nobelpreiskandidat vor, der mehrfach und unter schikanöser Behandlung bei einem Ausländeramt vorsprechen muss und daraufhin fast seinen Deutschlandaufenthalt abbricht? Was muss eine jüdische Forschungsstipendiatin aus den USA erdulden, die ihre Familienangehörigen in einem deutschen Konzentrationslager verloren hat, wenn die bayerischen Behörden ihr routinemäßig einen Blut- und HIV-Test abverlangen?

Das sind Szenen aus dem heutigen Deutschland. Wir debattieren quasi im luftleeren Raum. Seit der Situation nach dem 11.9., über die wir in diesem Haus debattiert haben, hat sich die Situation nicht verbessert, sondern durchaus verschärft.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das Signal, das Ihre Fraktion und Ihre Bundesregierung ausströmen, Frau Fröhlich, lautet eher: Lieber

(Wolfgang Kubicki)

keine Ausländer nach Deutschland, statt Ausländer zu holen, die hier arbeiten, forschen und lehren können. Statt mehr Migration zu signalisieren, signalisieren Sie weniger Migration. Dies zeigt sich allen verbalen Erklärungen zum Trotz. Noch einmal: Wenn Sie etwas bewirken wollen, sorgen Sie dafür, dass die Rechtsgrundlagen wieder sauber hergestellt werden und nicht weiter verschärft werden!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich über den engagierten Beitrag. Ich finde es völlig richtig, was Sie gesagt haben. Wenn Sie schon versuchen, mir Vorwürfe zu machen, hätte ich mir allerdings gewünscht, dass ihre Kollegen in den Ländern bei den Beratungen über „Schily II“ im Bundesrat und auch in der Justizministerkonferenz und entsprechenden anderen Konferenzen die Justizministerin aus Schleswig-Holstein auch nur in einem einzigen Punkt unterstützt hätten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben sie!)

- Das haben sie leider nicht. Leider ist es so gewesen, dass sich Schleswig-Holstein bei diesen Abstimmungen allein gegen die Verschärfung der Gesetze gestellt hat, während Ihre Kollegen aus Rheinland-Pfalz, Hamburg und Hessen mit den B-Ländern explizit noch für die Verschärfung gestimmt haben. Das ist allerdings inkonsequent gewesen, wenn Sie sich hier als Hüter des Liberalismus hinstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich freue mich aber, wenn die FDP in Schleswig-Holstein eine andere Politik macht und einen Rest von Liberalismus überbehalten hat. Ich begrüße Ihren Beitrag ausdrücklich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben auch im Bundestag dagegen gestimmt!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Professor Dr. Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, der vorgelegte Antrag ist aus mehreren Gründen sinnvoll. Er fasst die Diskussion aus dem Wirtschaftsausschuss zusammen und benennt die wichtigsten Maßnahmen, die wir umsetzen müssen. Das wurde auch gesagt. Jenseits der Debatte, die wir eben geführt haben, sind wir uns doch hoffentlich darüber klar, dass die Integration von Ausländerinnen und Ausländern und Migranten - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Dies ist zurzeit der letzte dem Präsidium vorliegende Wortbeitrag. Ich bitte darum, dass die Kolleginnen und Kollegen den Äußerungen des Redners rein akustisch folgen können.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Vielen Dank Herr Präsident! Ich hoffe, wir haben Einigkeit darüber, dass sich die Integration der Ausländerinnen und Ausländer über die rechtlichen Fragen hinaus im Wesentlichen über die Schule und dann im **Wirtschaftsleben** vollziehen muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt insbesondere beim Einstieg in die Berufsausbildung und in einen Job. Dies haben wir im Wirtschaftsausschuss doch gemeinsam diskutiert. Wir haben gesagt, dass wir hier an weiteren Anstrengungen gar nicht genug tun können. Ich werde dazu noch einige Punkte nennen.

Als Wirtschaftsminister sage ich ganz egoistisch: Die Migrantinnen und Migranten nehmen den Deutschen keine Arbeitsplätze weg. Sie schaffen - auch in Schleswig-Holstein - **Arbeitsplätze**. Das haben wir in unserem Bericht dargestellt. Gut ausgebildete Ausländer helfen durchaus, unseren Fachkräftemangel zu bekämpfen.

Es wurde gesagt: Die Landesregierung hat nicht nur den Wirtschaftsteil bearbeitet, sondern wir haben ein umfassendes **Integrationskonzept** vorgelegt. Das befindet sich in der Anhörung und wird in den Ausschüssen beraten. Es geht weit über diese Dinge hinaus. Wir werden dies an anderer Stelle weiter diskutieren.

Ich sage es noch einmal deutlich: Das Problem ist, dass jeder dritte junge Migrant in Deutschland keine Berufsausbildung hat. Entsprechend schlägt sich das natürlich in der Beteiligung an der dualen Ausbildung

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

nieder. Insofern ist es einer der wichtigsten Beiträge zur Integration, an dieser Stelle anzusetzen, nämlich beim Einstieg in die **Berufsausbildung** und beim Übergang in den Beruf zu helfen.

Die Landesregierung fördert seit 1998 sehr erfolgreich das Projekt „Migrantenbetriebe schaffen Lehrstellen“. Das ist bekannt. Darüber haben wir diskutiert. Wir haben dieses Projekt aufgrund seiner Erfolge ausgeweitet, indem wir den ausländischen Familien insgesamt Informationen über das deutsche System der dualen Berufsausbildung bieten. Damit bieten wir ein umfassendes Beratungsangebot. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Schritt.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir legen darauf Wert, die Ausbildungsfähigkeit der ausländischen Jugendlichen zu verbessern. Das beginnt in der Schule und wird fortgesetzt bei der **Berufswahl** und der Orientierung über die Arbeitsämter, gefördert durch die Programme der Landesregierung.

Ein weiteres Projekt richtet sich an die Jugendlichen, die bereits in der Ausbildung sind. Hintergrund ist, dass 36 % aller Jugendlichen zwischen 20 und 29 eine Berufsausbildung begonnen, aber abgebrochen haben. Hier versuchen wir über die regionale Ausbildungsbetreuung in zehn landesweiten **Beratungsstellen** solche Jugendlichen zu unterstützen. Im Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ versuchen wir das natürlich auch mit Qualifizierungsmaßnahmen.

(Unruhe)

- Ich finde, dass dieser Punkt so wichtig ist, dass wir noch einen Moment zuhören können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind Maßnahmen, die vielen Jugendlichen in Schleswig-Holstein wirklich helfen. Es ist mehr als nur Gerede, wenn man auch manchmal Sonntagsreden

schwingt. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir diesen Antrag noch einmal in die Ausschüsse mitnehmen. Dies nicht, um über den Antrag selbst zu beraten, sondern um Schritt für Schritt die Konkretisierung vorzunehmen, die wir noch brauchen. Allerdings muss dies irgendwann Einfluss in die Haushaltsberatungen finden.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir können nicht Programme kürzen, die relativ wenig kosten, aber gerade an diesem Punkt ansetzen. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass wir in diesem Sinne eine konsistente Politik machen. Dieses Wort ist vorhin gefallen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag „Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Wirtschaft“, Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/1507, zur abschließenden Beratung federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Ich wünsche allen einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen früh um 10:00 Uhr zur Fortsetzung der Tagung wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:09 Uhr